

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnements-Preis pränumerando:  
 Vierteljährlich 3,20 Mk., monatlich 1,10 Mk.,  
 wochentlich 26 Pf., frei ins Haus.  
 Einzelne Nummer 6 Pf., Sonntags-  
 nummer mit Wochenschrift 10 Pf., Post-  
 nummer: 1,10 Mark pro Monat.  
 Eingetragen in die Post-Zeitungs-  
 Verzeichnisse. Unter Kreuzband ist  
 Deutschland und Österreich-Ungarn  
 2 Mark, für das übrige Ausland  
 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr

beträgt für die sechsgepalte Kolon-  
 nelle oder deren Raum 40 Pf., für  
 politische und gewerkschaftliche Vereins-  
 und Versammlungs-Anzeigen 25 Pf.,  
 „Kleine Anzeigen“, das erste (stet-  
 gedruckte) Wort 10 Pf., jedes weitere  
 Wort 6 Pf., Worte über 16 Buchstaben  
 zählen für zwei Worte. Inserate für  
 die nächste Nummer müssen bis 6 Uhr  
 nachmittags in der Expedition abgegeben  
 werden. Die Expedition ist an Wochen-  
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und  
 Feiertagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse:  
 „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
 Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

Sonnabend, den 10. Februar 1906.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
 Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

### Wir sind die Macht . . .

Es war ein trübseliges Zeichen der ungeheuren politischen Rückständigkeit unserer politischen Verhältnisse, daß Graf Pofadowsky am Mittwoch seine Rede zu dem sozialdemokratischen Wahlrechtsantrag mit den überschwänglichsten Byzantinismen schließen zu müssen glaubte. Die Hohenzollernerndynastie, erklärte er, habe Preußen durch die Genialität ihrer Herrscher zu seiner heutigen Größe emporgehoben, und da könne doch eine republikanisch gesinnte Arbeiterklasse nicht erwarten, daß ein Hohenzoller durch Einführung des Reichstagswahlrechts für Preußen seine Herrschaft selbst preisgebe. Das heißt doch nichts anderes, als den preussischen Staat mit seinen 37 Millionen Einwohnern für einen Besitzgegenstand der Hohenzollern zu erklären und für das 20. Jahrhundert den absolutistischen Grundgesetz Ludwigs XIV. zu proklamieren: *l'état c'est moi, der Staat bin ich!* Und dabei ist Graf Pofadowsky zweifellos noch der fähigste und modernste Kopf der Regierung.

Es ist unglaublich, daß ein moderner Staatsmann die Ansicht vertreten kann, eine Erweiterung der Volksrechte, die von der Mehrheit des Volkes so dringend gefordert wird, könne einfach damit abgelehnt werden, daß eine Dynastie durch dies Zugeständnis ihre Rechte bedroht fühle. Als ob es nicht die ganz selbstverständliche Tendenz der modernen politischen Entwicklung sei, die Volksrechte zu stärken und die Kompetenzen der Krone einzuschränken. Daß diese Tendenz das Ergebnis der ganzen geschichtlichen Entwicklung ist, sollte doch einem Pofadowsky nachgerade klar geworden sein, ebenso, daß es die Aufgabe eines wirklichen Staatsmannes sein muß, dieser unaufhaltsamen Entwicklung durch rechtzeitige Konzessionen Rechnung zu tragen. Statt dessen scheint Graf Pofadowsky glauben machen zu wollen, daß die gegenwärtige Machtverteilung zwischen Krone, Junkertum und Volk in Preußen das glorreiche Endziel aller politischen Entwicklung sei, und daß erst dann die Arbeiterklasse weitere Rechte beanspruchen könne, wenn sie durch ihr Verhalten den überzeugenden Beweis liefere, daß sie von den erlangten Rechten keinerlei Gebrauch mache, der die alten Vorrechte der Krone und Junker bedrohe!

Fast ungeheuerlicher noch als diese einem Pofadowsky alle Ehre machende Auffassung war ihre Begründung: die Hohenzollernerndynastie habe deshalb ein Anrecht darauf, für alle Zeiten in Preußen absolut zu herrschen, weil sie erst Preußen zu dem gemacht habe, was es sei. Ein byzantinischer Heroenkult, den ein Pofadowsky denn doch besser dem Fürsten Bülow überlassen hätte!

Freilich, Pofadowsky weiß ganz genau, was er dem Reichstag bieten darf. Hat doch unsere Bourgeoisie an Byzantinismus dem junkerlichen Hofschranzertum längst den Rang abgelassen, hat doch selbst die bürgerliche Wissenschaft die Theorie schmarotzender Parasiten, daß die Wohlfahrt und der Aufschwung eines ganzen Landes das ureigenste Verdienst einer einzigen Familie sei, in ein System zu bringen versucht.

So ist denn der Sozialdemokratie auch die Mission zugefallen, ihrerseits die gute alte Tradition des politisch aufstrebenden Bürgertums und seiner Wissenschaft zu übernehmen und der lächerlichen Hohenzollernvergötterung unserer Byzantiner die ehrliche historische Wahrheit entgegenzusetzen. Dabei kann die Sozialdemokratie völlig objektiv sein. Gerade weil sie nicht glaubt, daß einzelne Menschen im Guten oder Bösen die Geschichte eines ganzen Landes, eines ganzen Zeitalters zu beeinflussen vermögen, weil sie im Gegenteil den Verhältnissen den bestimmenden Einfluß auf Menschen und Ereignisse beimißt, kann sie Lob und Tadel für die Handlungen der Personen gerecht abmessen.

Wenn die Sozialdemokratie auch gegen die ebenso geschmacklose wie unhistorische Hohenzollernverherrlichung protestiert, so braucht sie deshalb noch lange nicht in den Fehler ungedachter Vererblichkeit der Hohenzollernerndynastie zu verfallen. Es genügt, die Geschichte Preußens politisch und wirtschaftsgeschichtlich objektiv darzustellen, um der Hohenzollernerndynastie ein für allemal ein Ende zu machen. Und erfreulicherweise ist diese Arbeit durch die sozialdemokratische Literatur zum guten Teil bereits geleistet. In erster Linie und methodisch wegweisend durch die „Lebendige“ Franz Mehrings, der in diesem prächtigen Buche mehrere Kapitel der Geschichte des preussischen Staates gewidmet hat. Dann neuerdings durch Maurenbrechers „Hohenzollernerndynastie“, die demnächst abgeschlossen vorliegen wird und die bei aller Objektivität des Tones und des Urteils den Byzantinismus unserer herrschenden Klassen als widerliche Umschmelzung brandmarkt. Wir können dem Großen Pofadowsky die Rettung dieser Werke nur dringend empfehlen.

Man hat den Hohenzollern unzählige Verdienste nachgerühmt. Sie sollen die Pioniere des Deutschtums in den Ostmarken gewesen sein, sie sollen den märkischen Raubadel unterdrückt und damit der Entwicklung der Städte freie Bahn geschaffen haben, sie sollen die Vorkämpfer des Protestantismus gewesen sein, sie sollen die Einigung Deutschlands als ihre Mission betrachtet haben. Dem gegenüber ist es die Wahrheit, daß die Befriedung Osteliens mit deutschen Bauern nicht nur unter deutschen, sondern auch unter den slavischen Dynastien, beispielsweise Mecklenburgs, Pommerns und Schlesiens erfolgte. Wie wenig speziell der erste

Hohenzoller, der Burggraf Friedrich von Nürnberg, als Pionier des Deutschtums betrachtet werden kann, geht aus seinem Projekte hervor, seinen Sohn Friedrich mit der Tochter des Königs von Polen zu vermählen und diesem dann bei der Vernichtung der Deutschritter in Preußen Helfersdienste zu leisten! Ebenso unrichtig ist die Behauptung, Friedrich habe durch seine Niederwerfung der Quisquos dem städtischen Bürgertum gegen die Junker Hilfe geleistet. Friedrich schloß mit den Junkern nur zu bald ein Kompromiß, das auf Kosten der Bauern und der Städte zustande kam. Die späteren Hohenzollern setzten dann diese Politik der Begünstigung des Junkertums und der Unterdrückung von Bürgern und Bauern fort. Und wie steht es mit den Verdiensten der Hohenzollern um die Reformation? Joachim I., der bis zum Jahre 1535 regierte, war ein Protektor Tetels und ein erbitterter Gegner der Reformation. Sein Sohn Joachim II. führte dann die Reformation sehr verspätet ein, aber in sehr eigentümlicher Weise. Da er der Schwiegerohn des streng katholischen Königs von Polen war, entschied er sich für eine Reformation unter Beibehaltung des äußerlichen Ritus der katholischen Kirche, um die Sache dem Polenkönig möglichst harmlos erscheinen zu lassen. Luther urteilte über diese Art der Kirchenreform und ihre Träger sehr despektierlich. Joachims Hofprediger Agricola nannte er einen Pöbselehrer. Freilich, meinte er, wie der Fürst, so der Diener. „Große Narren müssen große Schellen haben.“ Der „Narr“ wußte freilich ganz genau, warum er die Reformation einführt. Seine ausschweifende Hofhaltung hatte ihn in ungeheure Schulden gestürzt, so daß ihm die Konfiskation der Kirchengüter sehr zu statten kam. Im übrigen gab auch dieser Hohenzoller die Bauern den Junkern preis: er gab dem Adel das Recht des Bauernlegens dafür, daß er darein willigte, daß — die Städte und die Bauern Joachims Schulden bezahlten! Und was das „Deutschtum“ seines Vaters Joachims I. anlangt, so verdient bemerkt zu werden, daß er wiederholt mit dem König von Frankreich gegen gute Verzahlung — Joachim I. erwarb sich den Namen des „Vaters der Sabrier“ — gegen das Reich intrigierte. Eine Politik beiläufig, die auch der große Kurfürst dem Franzosenkönig Ludwig XIV. gegenüber fortsetzte. Man hat diese Handlungen damit entschuldigt, daß die Fürsten der damaligen Zeit den nationalen Begriff überhaupt nicht gekannt hätten, sondern egoistisch für Vergrößerung ihrer Hausmacht eingetreten seien. Das ist völlig richtig; nur feiere man dann auch nicht solche Fürsten als nationale Helden!

Nun könnte man sagen: Wie schlecht es immer um die Verdienste der Hohenzollern um die Nation und den Protestantismus stehen möge, jedenfalls zeuge es von besonderer Tüchtigkeit der Hohenzollern, daß sie das arme Kurfürstentum Brandenburg zur Vormacht Deutschlands emporzubringen vermochten. Die Hohenzollern hätten zuerst die Bedeutung einer starken Militärmacht erkannt, ohne die nun einmal ein Staat zur Ohnmacht verurteilt sei. Nun, selbst das sehr zweifelhafte Verdienst, Preußen zur ersten Militärmacht in Deutschland entwickelt zu haben, kann den Hohenzollern nicht zugestanden werden. Militärmächte waren im 17. Jahrhundert, als Brandenburg seine Militärmacht schuf, alle Staaten. Daß die Militärmacht der Hohenzollern sich so zu entwickeln vermochte, ist nicht dem staatsmännlichen Genie der Hohenzollern geschuldet, sondern der kulturellen Rückständigkeit Brandenburg-Preußens. Gerade weil hier Bürger und Bauern rechtlos und geknechtet waren, während die Fürsten und Junker sich in die Macht teilten, gerade weil sich die Interessen des Junkertums und der Fürstenmacht auf dem Gebiete des Militarismus deckten, vermochte sich in Preußen der Militarismus zu einer alle wirklichen Kulturaufgaben völlig überwachenden Institution zu entwickeln. Diesen Militarismus benutzten dann die Hohenzollern des 18. und 19. Jahrhunderts, um kulturell überlegene, aber gerade deshalb militärisch minder starke deutsche Staaten zu unterjochen. Nicht die größere Genialität und Tüchtigkeit der Hohenzollern haben diese Entwicklung Preußens bedingt — die preussische Dynastie weist wie jede andere in bunter Reihe neben sittlich klüchtigen und begabten Herrschern moralisch und geistig minderwertige Träger der Krone auf — sondern die besonderen wirtschaftlichen Zustände Preußens, auf denen sich seine politische Organisation aufbaute.

Preußen hat sich auf Kosten schwächerer Nachbarn kolossal ausgedehnt, es hat neue wirtschaftliche Elemente in sich aufgenommen; aber den kulturfeindlichen Charakter seiner junkerlichen-absolutistischen Regierungsform hat es noch immer bewahrt. Sicher würde auch die stärkere wirtschaftliche Macht der Bourgeoisie diese feudale Regierungsform überwinden haben, wenn sich nicht die Bourgeoisie aus Furcht vor der Arbeiterklasse mit dem Feudalismus ausgeföhnt hätte und ihn als willkommenen Schützer des bürgerlichen Geldsacks betrachtete!

Und dennoch: Mag immerhin die Bourgeoisie in feigem Verzicht auf ihre ehemaligen politischen und kulturellen Ideale den preussischen Korporalstod in brünstiger Verehrung küssen und die Hohenzollern als die Schöpfer aller nationalen Errettungsschichten preisen — die Masse des Volkes, die moderne Arbeiterklasse, mag diesen kläglichen Null nicht mit, sondern fordert auch in Preußen ihre längst fälligen Bürgerrechte. Und wenn demgegenüber ein Pofadowsky die Forderungen des Volkes mit der geheiligten Theorie des Gottesgnadentums be-

kämpfen zu können glaubt, so begegnet er damit bei der Arbeiterklasse nur mitleidiger Heiterkeit. Wenn die Krone erklärt, „der Staat bin ich“, so entgegnet das Proletariat mit den Worten Freiligraths:

Wir sind die Macht, wir hämmern jung das alte, morose Ding,  
 den Staat,  
 Die wir von Gottes Jorne sind bis jetzt das Proletariat!

### Politische Uebersicht.

Berlin, den 9. Februar.

#### Die Steifheiten der Sozialpolitik.

„So lag ich, und so führt ich meine Klinge“ — in dieser Pose trat der Junker Oldenburg heute nach zerschmetternder Rede von der Tribüne des Reichstages ab, nachdem er seine Blempe in noch drohlicheren Luftstößen gegen die Sozialdemokratie geschwungen hatte als die Heyl und Rogalla v. Bieberstein. Im allgemeinen gibt ja die Beratung des Etats des Reichsamts des Innern unseren Gegnern Gelegenheit, ihre Köhlein speziell gegen die Sozialdemokratie zu tummeln, während die Sozialdemokratie das ganze Gebiet der Sozialpolitik zu ihrem parlamentarischen Kampfplatz erwählt und dabei alle Parteien samt der Regierung aus ihren sozialpolitischen Deckungen herausreibt. Dann laufen ob der Vernachlässigung der Arbeiterinteressen die Siebe hageldicht auf die herrschenden Gewalten nieder, und männiglich fühlt sich berufen, sie abzuwehren, wer sich im Besitz eines brauchbaren Nebenwunders wähnt. Aber das Schwafeln allein tut nicht, Laftaden sind damit nicht aus der Welt zu schaffen, und die Genossen Hue und Sachse hatten in diesen Tagen die Tatsache unerhörter Ausbeutung und Unterdrückung der Arbeiter in Montanindustrie und Bergwerken mit zu vielen Beispielen belegt. Diese Beweise suchte unter andern auch der Abg. Prinz Schönaich-Carolath zu entkräften, aber der christlich-sozialen Arbeiterführer, Abgeordneter Giesbertz, bestätigte im allgemeinen die traurige Lage jener Arbeiter und konstatierte zum Mißbehagen seiner Partei, des Zentrums, daß diese Zustände das Wachstum und die Schärfe des Klassenkampfes förderten. Das will freilich weder das Zentrum noch eine der anderen Parteien, deren Redner heute zum Worte kamen, zugeben. Die Burleske v. Oldenburgs im Verichte nachzulesen empfehlen wir; denn sie ist ebenso heiternd, wie sie Aufschluß gibt über das geistige Niveau der „starken Männer“. Aber die Rede hatte auch zur Folge, daß Graf Pofadowsky, der von Herrn v. Oldenburg schwächlicher und verkehrter Laftik gegen die Sozialdemokratie geziehen worden war, den Junker kurz und drastisch abschüttelte, indem er ihm zu verstehen gab, daß Leute vom Schlage Oldenburgs keine vier Wochen an seiner Stelle stehen würden, falls sich überhaupt einmal das Heft der Regierung in die Hände bekämen.

Von unserer Seite nahm Genosse Fräßdorf Veranlassung, die Krankenversicherung einer sachverständigen Besprechung zu unterziehen und dabei die Ausschläge Mugdars gegen die Sozialdemokratie sowie seine auf die Beseitigung der Selbstverwaltung der Krankenkassen gerichteten Bestrebungen ins rechte Licht zu stellen.

Damit ist wieder ein Beratungstag für das Reichsamt des Innern ausgefallen. Vorher war debattelos die erste und zweite Lesung eines Gesetzentwurfs über Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit erledigt worden.

Sonnabend: Sozialdemokratische Interpellation über das Unglück auf der Beche „Vorussia“.

#### Die Kolonialpolitik des Zentrums.

In der Stellungnahme des Zentrums zu der offiziellen Kolonialpolitik hat sich seit dem Herbst des vorigen Jahres eine höchst eigenartige Wandlung vollzogen. Im September richtete Herr Erzberger noch in der „Ndn. Volkszeitung“ wütende Angriffe auf das Kolonialamt und beschuldigte den Geheimrat der Täuschung der Reichstagsabgeordneten; bald aber glätteten sich die Entrüstungswogen; die Vorwürfe der Zentrumspresse wurden milder und milder und seit dem Wiedereintritt des Herrn Spahn in die Zentrumskolonie des Reichstages bewegte sich, wie dieser Tage die „Ndnische Zeitung“ mit Anerkennung konstatierte, die Kolonialpolitik des Zentrums wieder in ruhigen Bahnen. Man läßt — sogar das Ndnische Zentrum macht darin keine Ausnahme — deutlich hervortreten, daß die Angriffe des Abgeordneten Erzberger in der Praxision keine Billigung finden, und daß man am liebsten über die ganze Angelegenheit einen Schleier breiten würde. Charakteristisch ist in dieser Hinsicht, daß der Berichtsfatter der Budgetkommission, Prinz Krenberg, sich in seinem Berichte mit allen Kräften bemüht, die Differenzen zwischen Erzberger und dem Kolonialamt als möglichst unerheblich hinzustellen und der Regierung für ihre Kolonialpolitik seine Anerkennung zu zollen. In dem Schlusswort seines Berichtes heißt es, hinsichtlich der dem alten Syndikat zugefügten 300 000 Mark in Anteilen franco valuta sei von der einen Seite eine kaufmännische Misance behauptet, von der anderen geleugnet worden. Diese Meinungsverschiedenheit könne füglich außer Betracht gelassen werden, da es sich hier lediglich um eine Privatmachung handle durch die nach den gegebenen Umständen nur der als durchaus berechtigt anerkannte Geschäftsgewinn des Bauunternehmers berührt werde. Der Redner müsse es als



durchaus gerechtfertigt anerkennen, daß Herr Lenz, der Berater und Sachverständige des ersten Syndikats gewesen und Hauptperson in dem Bankenkongress geworden sei, sich lokalweise für verpflichtet gehalten habe, den Inhabern der Vorzession, auf deren Initiative das ganze Projekt beruht, eine Abfindung aus seinem voraussichtlichen Gewinne zu gewähren. Es müßte anerkannt werden, daß für die Kolonialverwaltung weder ein Anlaß, noch selbst die Möglichkeit vorgelegen habe, in diese keine Privatabmachung einzugreifen, wie sie dem auch von dieser Abmachung keine Kenntnis gehabt habe. Andererseits sei zu erwägen, daß — während die Kolonialverwaltung nach Prüfung und Billigung des Kostenvoranschlages gebunden ist — der Reichstag freie Hand hat, die Forderung der verbündeten Regierungen in dem ihm geeignet erscheinenden Betrage zu bewilligen. Da nun nach der übereinstimmenden Ansicht der Kommission erstens die Vorzession des Syndikats abgekauft ist, zweitens aber der Abfindung in Anteilen kein entsprechendes Risiko gegenübersteht, empfehle ich auch nach seiner Ansicht der Abstrich von 360 000 M. Ueber die Berechtigung des Erlases für die Aufwendungen des alten Syndikats in Höhe von 120 000 M. bestimme ich in der Kommission kaum mehr eine Meinungsverschiedenheit.

Das Zentrum hält sich eben trotz aller gelegentlichen Reibereien als Regierungspartei. —

### Drei Männer-Neben.

Des Deutschen Reiches Kanzler hat auf dem Festmahl des Landwirtschaftsrats nicht bloß die Töne geredet, von denen wir gestern noch schnell unter den letzten Depeschen melden konnten, sondern er hat außerdem allerlei andere hübsche Dinge gesagt. So ist Bülow z. B. kurz hinter der Stelle, die uns zeigte, daß unser teurer Fürst eine Rhinogeros-Haut sein eigen nennt, auf die Agrarpolitik zu sprechen gekommen. Und da hat Bernhardchen losgelegt, wie es kaum jemals Pod oder Oldenburg, Wangenheim oder Hahn besser machen konnte. Diese Stellen der reichskanzlerischen Rede standen wieder im Zeichen des Zitats. Nicht als ob Büchmann bemüht worden wäre, nein — hier zitierte Bülow die ältesten, unzählige Male widerlegten Leidenhüter der Landwirtschaft. Hier war es ferner, wo der Kanzler entdeckte, daß der Bauer auch ein Mensch sei! Diese Keuzerung ist aber geradezu tragikomisch, weil Bülow, wenn er schon einmal originell sein will, unbewußt ins Zitierte kommt; denn gerade da ist dem Büchmann-Freunde sein Geringerer als Schiller zugekommen, der bekanntlich in „Wallensteins Lager“ den ersten Arbeiterjungen sagt: „Der Bauer ist auch ein Mensch — sozusagen.“ Armer Bernhard!

Nach Bülow sprach Ballestrem — unbedeutend wie bei solchen Anlässen immer. Der vielgewandte Parlamentspräsident scheint ein miserabler Tischredner zu sein, oder aber er kann nicht viel Wein trinken. Da ist Podden ein ganz anderer Kerl! Der legte denn auch ganz anders los. So erzählte er z. B., es wäre notwendig, daß der grüne Tisch mit der Praxis verbunden sei — eine geniale Idee, die wir den Zeichnern der „fliegenden Blätter“ zur Illustration empfehlen. — Am interessantesten aber ist, daß Pod in höchster Stimmung geriet — das geht bekanntlich beim Redieren manchmal so — und daß er in dieser höchst interessanten Vision hatte, als ob ihm bereits Lucanus vor den Bauch stöbe; sagte Pod doch: „Seien Sie überzeugt, daß wenn ich Abschied von meiner Stellung nehme, ich ein einfacher Soldat in Ihren Reihen bin.“ !!

Das wäre ungefähr alles. Nur noch eins: Die Neben-Klagen natürlich alle in die obligaten „Hochs“ aus. Bülow erhob — dem Charakter seiner agrarischen Rede entsprechend — das Glas aus Wohl der deutschen Landwirtschaft und des deutschen Landwirtschaftsrats. Ballestrem trank auf das Wohl des Vorstandes des deutschen Landwirtschaftsrates. Pod aber überraschte die staunende Mit- und Nachwelt dadurch, daß er zum Schluß seiner Rede die — Wissenschaft anpöbelte.

Und dieser Effekt war natürlich nicht mehr zu überbieten.

## Deutsches Reich.

### Antisemitismus-Dalles.

Herr Schad, die geistige Leuchte des Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verbandes, befindet sich in arger Verlegenheit. Er hat zwar durch Unterstützung der Landbändler, Merkanten und Nationalliberalen glücklich das Reichstagsmandat für den Eisenacher Wahlkreis erlangt, aber der Wahlkampf hat viele Ausgaben verursacht, die durch die milden Spenden christlicher Kommunitäten und kaufmännischer Gegner der „jüdischen Warenhäuser“ bisher nicht gedeckt werden konnten. Da aber die Angepumpten nicht länger borgen wollen, muß Geld angeschafft werden. Der Ausschuss des Verbandes erläßt demnach in den vertraulichen „Mitteilungen für die Vertrauensmänner des Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verbandes“ folgende „herzliche Bitte“:

„Der Reichstagsabgeordnete Wilhelm Schad hat als unangenehme Folge seiner Wahl noch für die Deckung von 2000 M. Wahlschulden zu sorgen. Er möchte diese Deckung nicht irgendwo beantragen, wo ihm Verpflichtungen irgend welcher Art daraus erwachsen könnten. Andererseits muß die Sache in diesem Monat oder doch Anfang Februar aus der Welt geschafft sein, wenn nicht sible Rathreden entstehen sollen. Wir Handlungsgehilfen sind es unserem Führer doch wohl schuldig, neben der Ehrung durch die Schad-Spende auch diese Summe Geldes aufzubringen, und wir bitten unsere Freunde daher ebenso herzlich wie dringend, sich nur nicht einer auf den anderen zu verlassen, sondern aus jeder Stadt etwas zur Tilgung der Schuld nach Hamburg einzuschicken, damit die Sache in den nächsten Tagen erledigt werden kann, bevor unserem Führer Wilhelm Schad größere Unannehmlichkeiten erwachsen. Kleinere hat er ohnehin dadurch schon in den Kauf nehmen müssen.“

### Der Ausschuss:

J. A.: Rich. v. Pein. A. Zimmermann.“

Der Satz: „Er möchte diese Deckung nicht irgendwo beantragen, wo ihm Verpflichtungen irgend welcher Art daraus erwachsen könnten“ ist nicht recht verständlich. Bekannt ist ja, daß die Antisemiten häufig von christlichen Konkurrenten jüdischer Geschäftshäuser Zuwendungen erhalten und ebenso bekannt ist auch, daß diese Spenden nicht immer ganz freiwillig aus gutem Herzen erfolgen, sondern manchmal mit sanftem Rohdruck „beantragt“ werden; aber daß als Gegenvergütung für solche Unterstützungen die Antisemiten besondere „Verpflichtungen“ — jedenfalls doch politische Verpflichtungen — übernehmen, war bisher öffentlich noch nicht bekannt. Es wäre höchst interessant, wenn die Unterzeichner der obigen „herzlichen Bitte“ etwas Näheres über die Natur solcher „Verpflichtungen“ mitteilen wollten. Sollten diese vielleicht darin bestehen, daß die Herren Antisemiten feste Zusicherungen abgeben, zu irgend welchen gesetzgeberischen Aktionen im Interesse ihrer gütigen Geber in bestimmter Richtung Stellung zu nehmen? —

### Wird Pod gehen müssen?

Unzweifelhaft sieht der Landwirtschaftsminister nicht mehr fest im Sattel, das kündigte er selbst gestern auf dem Festmahl des Deutschen Landwirtschaftsrates mit den Worten an: „Aber seien Sie überzeugt, daß, wenn ich Abschied von meiner Stellung nehme, ich ein einfacher Soldat in Ihren Reihen bin ein einfacher Soldat für

unser heimisches Gewerbe, für das wir Schulter an Schulter kämpfen wollen.“ Aber mit welchen mächtigen Personen Herr v. Podbielski es verdonnen hat, und warum ihn Herr von Lucanus mit einem hübschen Brief „beehren“ wird, ist den gewöhnlichen Sterblichen noch verborgen. Die agrarische Presse bemüht diese Frist, um seine Entlassung in Aussicht zu stellen und seine Verdienste zu preisen. Sie weiß, wie sehr an einer bestimmten, sogenannten allerhöchsten Stelle derartige vorzeitige Ankündigungen verschlingen und spekuliert darauf, daß im Unmut über diese Freßgierigkeiten der Kaiser vielleicht seine Dispositionen ändert. Auch der Reichskanzler sieht allem Anschein nach seinen edlen Mitstreiter für das Wohl der junkerlichen Großgrundbesitzer nicht gern aus seinem Amte scheiden. In seiner Tafelrede versicherte er gestern:

„Wegen der Fleischartener regnete es ja Angriffe auf mich und auf den Herrn Landwirtschaftsminister, den Landwirtschaftsminister, von dem ich hoffe und von dem wir alle hoffen, daß sein praktischer Blick und sein Organisations-talent der Landwirtschaft noch lange an verantwortlicher Stelle erhalten bleiben mögen.“

Und läßt die Frage, ob Herr v. Podbielski bald durch Herrn Dr. Benzler oder eine andere Größe ersetzt werden wird, läßt sich ans Herz hängen. In seiner junkerlichen Urwürdigkeit ist uns Herr v. Podbielski entschieden lieber, als irgend ein nächsterer Bureaucrat. Die geistige Qualität des heutigen Regierungskurses würde entschieden einen schweren Verlust erleiden, wenn er aus dem ministeriellen Konzert scheidet — solch eine Autorität auf dem Gebiete der höheren Schweinezucht gewinnt die preussische Regierung kaum wieder. —

### Ein Nichtswisser.

Wie das „Verl. Tagebl.“ mitteilt, soll sich der Gouverneur von Kamerun, Herr Jesko v. Puttkamer, auf seiner Rückreise von Kamerun nach Deutschland über das Verfahren gegen die Altkolonialklinge folgendermaßen geäußert haben:

„Die ganze Gerichtsverhandlung gegen die Altkolonialklinge habe ohne seine Mitwirkung oder Einwirkung stattgefunden. Der Regierungsrat v. Brauchitsch habe die Sache selbständig in die Hand genommen; er, Puttkamer, selbst habe weiter nichts dazu getan, als einige Akten an das Gericht auszuliefern. Im übrigen sei ein Zustand in Kamerun nicht zu beklagen, da die Beulente zur Regierung hielten; die Beulente seien aber stärker als die Altkolonialklinge. Offiziell habe er aber die Beschwerde der Altkolonialklinge überhaupt nicht gewußt, da ihm darüber vom Kolonialamt kein Bescheid zugegangen sei. Nur aus Privatbriefen und Zeitungen habe er darüber etwas erfahren.“

Herr v. Puttkamer weiß von nichts. Der Regierungsrat v. Brauchitsch hat die Sache mit den Altkolonialklingen in die Hand genommen, folglich braucht sich Herr v. Puttkamer als Gouverneur um solche Dinge nicht zu kümmern. Selbst über die Beschwerde der Altkolonialklinge hat er nach seiner Behauptung nichts erfahren — wenigstens „offiziell“ nicht; und da für ihn als Gouverneur nur existiert, was in seinen Akten steht, hat auch diese Angelegenheit, obgleich sich alle Zeitungen mit ihr beschäftigten, ihn in seiner behaglichen Ruhe nicht gestört. Uebrigens hat der frühere Kolonialdirektor Dr. Stübel behauptet, und der Erbherr von Hohenlohe-Langenburg hat auf Grund seiner Einsicht in die Akten bestätigt, daß Herr v. Puttkamer über die Beschwerde der Altkolonialklinge amtlich unterrichtet worden ist. Es ist also ein Widerspruch zwischen beiden Aussagen vorhanden. Vielleicht entsprach die Herr v. Puttkamer vom Kolonialamt zugegangene Meldung nicht ganz der üblichen Form, so daß er sie nicht für „offiziell“ angesehen hat. Die ganze Gerichtsprozedur mit allen ihren Folgen beruht also vielleicht nur auf einem „Formfehler“. —

### Ungarische Hundstagsphantasien im Winter.

Herr Dr. Albrecht Birch, bekannt geworden durch seine Propaganda für ein pangermanisches Weltreich, leistet sich im „Scherlischen Tag“ einen kuriosen Vorschlag. Die Handelsvertragsverhandlungen mit den Vereinigten Staaten von Amerika stöden, die Konferenz in Algieras kommt nicht vom Fied, und in Ostasien spinnt England mit Japan böse Ränke — in dieser Situation könnte, meint Herr Birch, eine Amerika-Fahrt des Kaisers nach dem Lande der Planten nichts schaden. Wörtlich sagt er:

Eine Reise nach Washington nimmt schließlich nicht mehr Zeit in Anspruch als die Reise nach Langer und Konstantinopel. Funkenleuchtungen sorgen für ständige Uebermittlung der Staatsdepeschen. Die Amerikaner aber, darüber kann kein Zweifel sein, würden den deutschen Kaiser mit gigantischem Enthusiasmus aufnehmen. Everybody loves dearly a lord. Grafen und Marquis und Dukes stehen drüben hoch im Preise. Man spricht von „Prinzessin“ Alice. Hat ein Amerikaner gut gekostet, so war es a royal dinner. Ein Kaiser aber, das war noch nicht da. Man würde ihn ehren, wie noch nie ein Sterblicher geehrt worden ist. Und ein Bündnis zwischen Deutschland und Amerika — wie verstanden da in nichts alle Besorgnisse wegen Algieras! Es wäre ein herrlicher Streich. Zugleich ein germanisches Gegenstück zur englisch-japanischen Allianz. Vor allem aber: das Zeitalter der Weltpolitik verlangt Bündnisse nicht mit zerfallenden Großstaaten, sondern mit wirklichen Weltmächten.

Es handelt sich demnach um die Befriedigung der Schaulust Uncle Sams. Darauf wird sich der Kaiser schwerlich einlassen. Aber vielleicht läßt sich ein Ausweg finden. Könnte man nicht als deutschen Repräsentanten geistiger Größe Herrn v. Podbielski, und als Repräsentanten körperlicher Größe den langen Josef, der in der neuen Hofoper „Der lange Kerl“ mitwirkt, hinüberfenden? Solch seltenen Raritäten hat selbst Vaticanum den Amerikanern nie geboten. —

### Kolonialpolitik der gepanzerten Faust.

Von dem Generalstabswerk über den südwestafrikanischen Krieg liegt zurzeit das erste Heft vor. In der liberalen Presse ist diesem Werk nachgerühmt worden, daß es durchaus nicht schwerfällige wissenschaftlich, sondern absichtlich populär gehalten sei und sich deshalb nicht nur für breitere Massen, sondern auch zum Vertrieb in den Schulen besonders eigne. Wir glauben nun nicht, daß das Werk von den Schülern besonders begehrt werden dürfte, da die Schilderung der einzelnen Streuz- und Quersüge auf die Dauer denn doch zu langweilig ist. Charakteristisch aber für die liberale Presse ist es, daß man ein Werk für die heranwachsende Jugend empfiehlt, in dem die Kolonialpolitik der gepanzerten Faust mit unverhüllter Rücksichtslosigkeit gepredigt wird!

Das Werk erörtert auch die „Ursachen“ des Herero-Aufstandes. Aber in welcher Weise! Ueber die ungeheuerlichen Mißstände, welche die Eingeborenen zu dem Verzweiflungskampf gegen Deutschland getrieben haben, gleitet es mit der Bemerkung hinweg, „daß die kolonisierenden Bestrebungen in ihren Wirkungen zu tief in das Leben und die Gewohnheiten der Eingeborenen eingegriffen hätten, als daß diese sich mit dem Fortschreiten der Kultur nicht immer mehr in ihrer Unabhängigkeit und Freiheit hätten bedroht fühlen müssen, zumal sie die Vorteile der deutschen Kolonisation, Friede, Ordnung, persönliche Sicherheit und Arbeitsgelegenheit wenig zu schätzen wußten“. Schonender kann man wahrlich nicht die Ungeheuerlichkeiten des Landraubes und Viehraubes, der unerhörten Auswanderung der Eingeborenen und der Arbeitsflaverei umschreiben! Dann aber meint das Werk, daß es auf die Ursachen gar nicht so sehr ankomme. Der große unvermeidbare Kampf mit den Eingeborenen habe früher oder später kommen müssen. „Wer hier kolonisieren wollte, mußte zuerst zum

Schwert greifen und Krieg führen.“ Die deutsche Kolonialpolitik habe schon im Jahre 1894 vor der entscheidenden Frage gestanden, ob sie diesen Kampf ihrerseits beginnen oder erst den Aufstand der Eingeborenen abwarten sollte.

In den Schulen pflegt man die Freiheitskämpfe der barbarischen Germanen gegen die zivilisierten Römer in den glühendsten Farben teutonischer Freiheitsbegeisterung zu schildern. Aus den Schilderungen der Strabon, Cäsar und Tacitus geht unzweifelhaft hervor, daß die hauptsächlich von der Jagd und der Kriegsbeute lebenden Germanen auf keiner höheren Stufe der Kultur standen, als die Hereros und Hottentotten. Trotzdem preist man die Freiheitskämpfe der Germanen, speziell den Freiheitshelden Arminius, der einen so hinterlistigen Verrat an dem römischen Statthalter und Feldherrn Varus übte, wie er in dem südwestafrikanischen Krieg von den Eingeborenen nicht verübt worden ist. Was sollen nun die Schüler denken, wenn ihnen in dem Generalstabswerk die Theorie gepredigt wird, daß ein Volk mit höherer Kultur das unbestreitbare Herrenrecht besitze, ein Volk mit minderer Kultur zu unterjochen und zu versklaven, und daß jede Erhebung eines freilebenden Naturvolkes von Rechts wegen mit unerbittlichster Grausamkeit niederzuwerfen sei? Uns kann es schließlich recht sein, wenn man schon die Kinder gewaltfam mit der Nase auf die Tafel setzt, daß die zwei Jahrtausende christlicher Kultur an den Barbaren einer brutalen Eroberungspolitik auch nicht das geringste geändert haben! —

Neue Opfer. Berlin, 8. Februar. Amtliche Meldung. Oberleutnant Richard Schröder, geboren am 17. 6. 1875 zu Glogau, früher im 8. Westpreussischen Infanterie-Regiment Nr. 176, am 16. Januar 1906 beim Sturm auf die Höhlen Agutes durch Schuß ins Auge gefallen.

Am 1. Februar 1906 im Gefecht bei Antas leicht verwundet: Hauptmann Fedor von Oeffe, geboren am 21. 5. 72 zu Hannover, früher im 1. See-Bataillon; Streifschuß rechter Unterarm. Unteroffizier Otto Höder, geboren am 12. 10. 83 zu Düsseldorf, früher im Königin Elisabeth-Garde-Grenadier-Regiment Nr. 3; Fleischschuß rechter Oberarm.

Ferner Gefreiter Martin Kröber, geboren am 18. 11. 83 zu Leipzig, früher im 7. Königlich sächsischen Feldartillerie-Regiment Nr. 77, am 28. Januar durch Posten in Karichas schwer verwundet; Schuß Arm, Achselhöhle, Rücken. Reiter Franz Dallmann, geboren am 18. 8. 83 zu Benzaffsbagen, früher im Kaiser Franz-Garde-Grenadier-Regiment Nr. 2, am 4. Februar 1906 im Lazarett Reetmandshoop an Nierenentzündung gestorben.

Eine Klage gegen das Auswärtige Amt, Kolonialabteilung, fand gestern vor der vierten Zivilkammer des Berliner Landgerichts I zur Verhandlung. Kläger war der Kaufmann E. Buddeus, Berlin, der durch den Rechtsanwalt Dr. Eger vertreten wurde. Für die beklagte Partei fungierte Rechtsanwalt Dr. Wolff. Aus dem Klageantrag ergab sich folgender Sachverhalt: Buddeus wurde im April 1902 von der Kolonialabteilung als Lagerverwalter für Herberisdhöhe im Bismarck-Archipel engagiert und trat die Stellung auch an. Eine Vereidigung als Beamter erfolgte nicht. Seine Frau, eine Engländerin, nahm Buddeus mit Genehmigung des Gouverneurs nach seinem neuen Wirkungskreis mit. Neben seinem Gehalt soll ihm noch eine Monatszulage von 50 M. zugesichert worden sein, die er aber nie erhalten hat. Kläger fühlte sich nun angeblich darüber beschwert, daß der Bezirksrichter Dr. Kornmeier eine chinesische Prostituierte in seinem Hause eingelockt, wodurch sich seine Frau geärgert fühlte. Als diese im April 1904 vor der Einbindung stand, soll sie mit ihrem Mann mit Genehmigung des Gouverneurs nach Singapore befördert worden sein, um dort das Wochenbett abzuwarten. Vorher aber ist, wie Kläger behauptet, ein neuer Engagementsvertrag mit dem Gouverneur schriftlich vereinbart worden, nach dem Buddeus auf weitere drei Jahre für die Lagerei verpflichtet wurde. Das Original des vom Gouverneur mit unterschriebenen Vertrages soll sich in Herberisdhöhe, eine Kopie davon aber im Auswärtigen Amt befinden. Kläger besitz davon nur eine unbeglaubigte Abschrift. Nachdem nun Buddeus im September 1904 mit seiner Frau von Singapore wieder nach Herberisdhöhe zurückgekehrt war und die Prostituierte immer noch in seinem Hause vorfand, hat er sich anderen Personen gegenüber dahin geäußert, daß es doch eine Schamlosigkeit des Bezirksrichters sei, zu verlangen, daß seine Frau täglich die Prostituierte um sich haben müsse. Die Folge hiervon war, daß er sofort entlassen wurde. Er ist dann samt seiner Frau nach der Heimat beordert worden, und zwar im Zwischenstadium, obgleich er nach seiner Behauptung Anspruch auf Klasse II. Klasse gehabt habe. Auf dieser Reise ist nun die Frau erkrankt und auch heute noch nicht wieder hergestellt. Kläger erhebt nun Anspruch auf Kur- und Verpflegungskosten in Höhe von 2000 M., und verlangt außerdem Entschädigung für seine ohne Kündigung erfolgte Entlassung. Im gestrigen Termine kam es noch nicht zu einem Urteil. Beschlossen wurde: 1. Der neue Engagementsvertrag ist vom Auswärtigen Amt vorzulegen. 2. Die amtlichen Bestimmungen über Kolonialbeamte sind zu prüfen, um zu sehen, ob Beamten freie Fahrt in II. Klasse zusteht. 3. Soll Beweis darüber erhoben werden, was für beleidigende Ausdrücke Kläger gegen den Bezirksrichter gebraucht habe.

## Husland.

### Schweiz.

#### Einigungsamt in Zürich.

Zürich, 6. Februar. (Fig. Ver.) Anlässlich des vorjährigen Streits in der Stadt Zürich erhielt der Stadtrat den Auftrag, die Verordnung betreffend die Vermittlung bei Arbeitseinstellungen zu revidieren, und nun hat er eine Vorlage veröffentlicht, die 22 Artikel umfaßt und im wesentlichen folgendes bestimmt: Zur friedlichen Schlichtung von Streitigkeiten wird ein ständiges Einigungsamt eingesetzt. Dasselbe besteht aus drei ordentlichen Mitgliedern und drei Stellvertretern, die jedoch weder Arbeiter noch Unternehmer sein dürfen. Den Vorsitzenden bezieht der Stadtrat, Profokollführer ist der Verwalter des städtischen Arbeitsamtes. Die Stellvertreter sind berechtigt, an jeder Verhandlung des Einigungsamtes mit beratender Stimme teilzunehmen. Bei drohenden bezw. ausgedehnten Konflikten (Streik oder Absperrung) sollen beide Parteien das Einigungsamt anrufen, je drei Vertreter bezeichnen und mit den nötigen Instruktionen versehen. Wird von den Parteien das Einigungsamt nicht angerufen, so hat es von sich aus den Konflikt aufzunehmen und die Wahl von Vertretern zu veranlassen. Das Einigungsamt soll sobald in erster Linie die Ursachen und näheren Umstände der Streitigkeit genau erforschen und die Einzelheiten feststellen, zu welchem Zwecke es von Sachleuten Gutachten einfordern oder auch selbst Erhebungen vornehmen oder veranlassen kann. Die Verhandlungen sind öffentlich. Nach Schluß derselben hat das Einigungsamt einen Vorschlag vorzulegen, und die Parteienvertreter haben zu erklären, ob sie dem Vorschlag namens ihrer Auftraggeber sofort oder nur unter Vorbehalt zustimmen oder ihn ablehnen. Die angenommene Vereinbarung ist mit den Unterschriften der Mitglieder des Einigungsamtes und der Parteienvertreter im städtischen Amtsblatt zu veröffentlichen. Kommt eine Einigung nicht zustande, so kann das Einigungsamt einen Schiedsspruch fällen, der im Amtsblatt veröffentlicht wird. Die Mitglieder des Einigungsamtes sind verpflichtet, auf Wunsch der Parteien oder des Stadtrates sich um die Annahme des Schiedsspruches bei den Parteien in geeigneter Weise zu bemühen.

Ohne die Institution des Einigungsamtes in ihrer Bedeutung für die Kämpfe zwischen Arbeit und Kapital überschätzen zu wollen, ist doch zuzugeben, daß sie schon viel gutes gewirkt hat und zweifellos auch in Zukunft manchen Erfolg haben wird. Dabei scheint uns weniger die Form des Einigungsamtes — Zusammensetzung und Reglement — die Hauptsache zu sein, als vielmehr die Quali-



Klaktion der dazu Berufenen Personen und der die Institution belebende Geist. —

**Frankreich.**

**Die Antimilitaristen eingekerkert.**

Paris, 8. Februar. (Fig. Ver.) Die verurteilten Antimilitaristen sind, nachdem ihre Nichtigkeitsbeschwerden in der letzten Woche abgewiesen worden war, gestern frühmorgens in ihren Wohnungen verhaftet und ins Gefängnis eingeliefert worden. Von den 26 Verurteilten wurden nur 4 nicht zu Hause gefunden. Die bekannteren Propagandisten: Herbo, Bousquet, Sobier, Poret, sind alle in Haft. Man hält es indes in allen Kreisen für ausgeschlossen, daß sie ihre barbarischen Strafen voll abbüßen werden. Für eine politische Amnestie werden jetzt wohl auch die Reaktionäre euer zu haben sein, die der wegen der Kirchenzeitschriften verurteilten Jeunesse dorée gern zur Freiheit verhelfen möchten! Es ginge aber doch wirklich nicht an, die wegen eines Meinungsdelikts Verurteilten ins Kerker zu lassen, wenn man die Vererber tätlicher Delikte freilassen wollte.

**Späfferei nach der Kirchentrennung.**

Paris, 7. Februar. (Fig. Ver.) Wie wenig ernst es im Grunde der in Frankreich zurzeit regierenden Clique mit dem Antimilitarismus ist, zeigt ein Erlaß, den der Kriegsminister Etienne herausgegeben hat. Ein Rundschreiben vom 15. November, das noch von dem drei Tage früher zurückgetretenen Berthelet vorbereitet worden war, schrieb vor, daß jedem in einem Hospital verstorbenen Militär, sofern nicht eine ausdrückliche, von ihm oder seinen Angehörigen getroffene Bestimmung vorliege, ein ziviles Begräbnis veranstaltet werden sollte. Etienne hat nun diese Verfügung aufgehoben und im Gegenteil bestimmt, daß in allen Fällen, wo keine entgegenstehende Verfügung vorhanden sei, das Begräbnis einen kirchlichen Charakter haben solle! Die Merkale und die „gemäßigte“ Presse spendet dem „liberalen“ Minister reiches Lob. Etienne hat mit seiner Verordnung offenbar die Günst der verpfaßten Offizierskreise erkaufen wollen. Wo der weltliche Charakter des Staates, wo die „Nichtmischung“ des Staates in Glaubenssachen“ bleibt, wenn man voraussetzt, daß jeder Bürger konfessionell gläubig sei, der seine Irreligiosität nicht ausdrücklich erklärt habe, das ist hier schwer zu entscheiden. Die Fürsorge des Kriegsministers, den Soldaten nur ja das kirchliche Begräbnis mit Pfaffengeleite und „Geläute nicht entgegen zu lassen, zeigt, wie recht diejenigen Merkale haben, die ihre Unzufriedenheit mit den die Inventurkassabale veranstaltenden ultramontanen Abgabenbrüdern kundgeben. Die schlauneren Politiker der Kirche sehen eben, daß der Regierung Kowbird, die die Kirchentrennung doch nur gezwungen durchgeföhrt hat, der Antimilitarismus nichts weniger als eine Heberzeugungssache und daß es ein tatsächlicher Fehler ist, sie zu energischen Repressionsmaßnahmen zu zwingen, wo sie doch stille Konzessionen vorzieht. —

**Belgien.**

**Antimilitaristische Propaganda.** Wie alljährlich, wird jetzt von der Arbeiterpartei und im besonderen von den Jugendvereinen (Jeunes Gardes) eine eifrige antimilitaristische Agitation geföhrt zur Zeit der Aushebung der Rekruten, die diese Woche anfängt. Die 50 000 Rekruten Belgiens bekommen je ein Exemplar des Agitationsblattes „Der Rekrut“, das in flämischer und französischer Sprache durch die Jeunes Gardes herausgegeben wird. In Brüssel und in Gent wurden große Volksversammlungen veranstaltet. In Brüssel knüpfte sich an die Versammlung ein Strafenzug, an dem Tausende von Arbeitern und vierhundert Rekruten teilnahmen. Die Militärbehörden hatten es für notwendig erachtet, die Garnison konfigniert zu halten und ganz außerordentliche „Sorgföhts“-maßnahmen zu treffen. Die Demonstration verlief trotzdem ohne Zwischenfall. —

**Italien.**

Rom, 6. Februar. (Fig. Ver.) Ein heftiger Wahlkampf um eine Wohltätigkeitsanstalt hat am vorigen Sonntag in Mailand stattgefunden.

Dieselbst besteht ein großes Wohltätigkeitsinstitut l'Umanitaria, das der reiche Israelit und Freidenker B. R. Loria durch sein Testament gegründet und mit dem Kapital von über 12 Millionen ausgestattet hat. Der Erblasier hat als Aufgaben des Instituts alle Maßnahmen bezeichnet, die dazu dienen, den arbeitenden Klassen ihre Erhebung aus eigener Kraft zu ermöglichen. Die Verwaltung des Instituts, die aus allgemeinen Wahlen der (7) Mitglieder hervorgeht, liegt seit drei Jahren in Händen der reformistischen Sozialisten, die die Tätigkeit der Umanitaria in der jetzigen Weise organisiert haben. Die Anstalt hat sechs Sektionen. Die erste — für die Arbeiterorganisation — hat eine mit jährlichem Zuschuß von 60 000 Lire ausgestattete Arbeitslosenliste, eine gemeinsam mit der Mailänder Arbeitskammer betriebene Stellenvermittlung (10 000 Lire), ein Arbeitsamt zum Sammeln von Daten über die Lage der Arbeiter (10 000), ein Auswanderungsamt für die Auswanderung nach Europa (15 000 Lire) und andere kleinere Unternehmungen. Die Sektion für die Hilfe in Notlagen hat ein Auskunfts-Bureau über die Wohltätigkeitsanstalten Mailands (3000 Lire), bezahlt 35 000 Lire für die Erhaltung von Nachtasylen, hat ein Arbeitshaus für die Arbeitslosen (50 000 Lire). Die dritte Sektion für Genossenschaftswesen hat eine Darlehnskasse mit einem Fonds von 300 000 Lire und unterstützt alle ausschließlich aus Arbeitern bestehenden genossenschaftlichen Organisationen. Die vierte Sektion ist die des beruflichen Unterrichts für die industriellen Arbeiter und hat eine elektrotechnische Schule (die Anlage kostet 300 000 Lire, Betrieb 89 000 Lire jährlich), eine typographische und lithographische Schule (Anlagekosten 300 000 Lire, Betrieb 20 000), eine Kunstgewerbeschule, Uhrmacherschule usw. Die fünfte Sektion strebt die Hebung der Landarbeiterschaft an und hat ein landwirtschaftliches Amt für die wirtschaftliche und genossenschaftliche Organisation, beschafft den Genossenschaftlichen Maschinen und landwirtschaftlichen Düngern und hat bei Gallarate eine Kolonie für die arbeitslosen Landarbeiter. Die sechste Sektion hat sich den Bau von Arbeiterwohnungen zur Aufgabe gemacht und zu diesem Zweck zwei Millionen ausgeben.

Es ist begreiflich, daß eine derartige Organisation eine bedeutende Macht besitzt und daher die anderen Parteien danach streben mußten, die Leitung in ihre Hände zu bekommen. Auf die Wahlen des Verwaltungsrates hatten also die Merkale sich seit langem vorbereitet, indem sie Hunderte von neuen Mitgliedern worden. (Mitglied kann jeder gegen einen geringen Jahresbeitrag werden.) Auch die revolutionären Sozialisten, die den Reformisten vorzuziehen, die Umanitaria parteilich verwaltet und all ihren Lieblingsstellungen verschafft zu haben, stellten eine Kandidatenliste auf. Das Resultat der Wahl war aber den mit den Merkalen verbündeten Reformisten günstig. Ihre Liste erhielt — die landlichen Sektionen stehen noch aus — 10 500 Stimmen, die der Merkale 8200, die der Revolutionäre nur 1200. Die geringe Stimmenzahl der letzten Liste beweist, daß die Mehrzahl der Mailänder Arbeiter — die Arbeiterkammer hat 10 000 Mitglieder — sich nicht zur sozialistisch-revolutionären Fraktion der „Avanguardia“ rechnen. —

**Sizien.**

**„Vorschlag des deutschen Kaisers“.**

Sesing, 9. Februar. (W. S.) Infolge der feindsidigen Haltung der Chinesen haben die meisten Mächte beschlossen, dem Vorschlage des deutschen Kaisers, die internationalen Truppen zurückzuziehen, nicht Folge zu geben. —

**Nachwehen.** Tokio, 8. Februar. Der Landtag hat nach erregter Debatte den Vorschlag, daß die Kriegssteuern weiter erhoben werden sollen, mit 222 gegen 125 Stimmen angenommen. —

**Arbeitsverhältnisse in Japan.**

Japan tritt unter ähnlichen Verhältnissen in die kapitalistische Ära ein wie England Ende des 18. und Anfang des 19. Jahr-

hunderts. Kein Fabrikgesetz, keine Organisation der Arbeiter hindert die Ausbeutungsdurst der Fabrikanten. Man höre, was ein Japanesischer in einem englischen Blatte über die Arbeitsverhältnisse in einer japanischen Fabrik schreibt: Von 8000 in dieser Fabrik beschäftigten Arbeitern waren 2300 Frauen und Mädchen. Für drei Jahre mußten sich diese Arbeiterinnen kontraktlich verpflichten, und zwar zu folgenden Bedingungen: 12 Stunden Arbeitszeit, abwechselnd in Tag- und Nachtschicht, den Sonntag einbezogen. 2. Knebelage im Monat waren vorgegeben. An Lohn erhielten sie 10 Sen (20 Pf.) pro Tag. Von diesem Schandlohn wurden aber etwa 15 Pf. pro Tag in Abzug gebracht für eine miserable Kost und für Unterkunft, welche die Mädchen direkt in der Fabrik erhielten. An Verlohn verblieben den Frauen also nur etwa 40 Pf. die Woche. Diese armen Geschöpfe wurden in den drei Jahren wie Gefangene gehalten, durften nie von der Arbeit fernbleiben, selbst bei Krankheiten wurden ihnen noch Abzüge gemacht. Die bescheidenen Verdünge dieser grenzenlosen Ausbeutung menschlicher Arbeitskraft durch Fabrikgesetzgebung ein Ende zu machen, sind bisher noch immer gescheitert. Für jugendliche Personen unter 16 Jahren ist zwar die Arbeit in den Fabriken zwischen 10 Uhr abends und 4 Uhr morgens verboten; aber auch hiervon sind eine Menge Ausnahmen zulässig, und im übrigen kümmern sich die Fabrikanten wenig um das Gesetz. Eine Unfallversicherungs-Gesetzgebung besteht nicht. Die Fabrikanten sind nur durch Haftpflicht gebunden bei Unfällen geringe Abfindungssummen zu zahlen. Schutzvorrichtungen an den Maschinen fehlen fast immer, da Unterlassungen mit Strafen nicht bedroht sind.

Es wird der in Japan in der Entwicklung begriffenen modernen Arbeiterbewegung vorbehalten bleiben, der von den Kapitalisten systematisch betriebenen Knechtung und Verelendung der Massen einen Damm entgegenzusetzen, die Arbeiterklasse aufzurütteln und zu höheren Zielen zu führen. —

**Amerika.**

Senator Depew, der mit dem Senator Platt den Staat New York im Bundesrat vertritt, wurde im Staatsrat von New York als ehrlos gebrandmarkt und an den Pranger gestellt. Depew ist eine der bekanntesten Gestalten im öffentlichen Leben von Amerika, hochangesehen als Staatsmann und als großer Redner. Daher erregte es allgemeines Aufsehen, als seine Verbindung mit dem Skandal der Versicherungsgesellschaften in New York bekannt wurde; er stand da als Mitschuldiger der aufgedeckten Korruption und als Betrüger, dem nachgewiesen wurde, daß er 20 000 Dollar pro Jahr von der Equitable-Gesellschaft erhielt, ohne Gegendienste zu leisten. Diese gewaltige Summe bezog er während der letzten 20 Jahre als „Rechtsbeistand“, obgleich er gar keine Rechtspraxis führt. Er wurde ferner angeklagt, um die ganze Korruption und Geldverschwendung bei den Versicherungsgesellschaften genügt, sie begünstigt und bei Gelegenheiten für sie gesummt zu haben. Das alles brachte sein Ansehen im Staatsrat vor, und das Interesse an dieser Anklage war groß, denn der Sitzungssaal wie die Galerien waren überfüllt. Der Ankläger forderte den Amtsverzicht Depew's als Bundes Senator und erklärte es als eine Schmach für New York, daß dieser Mann den Staat noch weiter in Washington vertreten solle; die zweite Vertretung, durch den Senator Platt, sei auch nicht besser, und er würde es begünstigen, wenn ein anderer Senator eine Resolution gegen Platt vorlegen möchte. Natürlich fand sich dazu niemand bereit; aber Depew's viele Freunde standen auf und verteidigten den beliebigen Chauncy W. Depew warm, ohne die Anklagen entkräften zu können. Ein Senator meinte, daß andere angesehene Männer, wie Paul Morion, Elihu Root und Grover Cleveland, genau dasselbe taten oder noch tun wie Depew, daß aber niemand einen Vorwurf gegen sie erhebt! Als es zur Abstimmung kam, war Bradett, der Antragsteller, der für seine Resolution stimmte; 34 republikanische Senatoren stimmten dagegen! Die Demokraten aber — enthielten sich der Abstimmung. Sie betrachteten die Sache als eine — Parteiangellegenheit der Republikaner. Depew bleibt Bundes Senator von New York.

Diese Abstimmung ist charakteristisch für die herrschende politische Moral. Es wird sehr milde beurteilt, wenn ein Politiker keinen Einfluß bemut, um sich zu bereichern. Das geschieht im Kongreß, in den Staatslegislaturen bis hinunter zu den Stadträten. Wer dabei die Form zu wahren weiß, kann immer auf Deckung und Unterstützung rechnen; nur in den größten und plumpsten Fällen wendet man sich von ihm und schüttelt ihn als Dummkopf ab. —

**Soziales.**

**Die Heimarbeit in der Konfektion.**

Einen der in Verbindung mit der Heimarbeitenausstellung veranstalteten Vorträge hielt Lily Braun am Donnerstag vor einer zahlreich, meist aus Frauen bestehenden Zuhörerschaft im großen Saale des Gewerkschaftsaules. Die Rednerin behandelte das Thema: Die Heimarbeit in der Konfektion. Nach den Angaben, die sie auf Grund verschiedener statistischer Feststellungen machte, hat die Konfektion in Berlin die weitaus größte Ausdehnung. Hier sind in 22 238 Betrieben 35 726 Personen beschäftigt. Das sind mehr wie in Bayern, Baden und Württemberg zusammen. Die Beschäftigten sind zumeist Frauen. Aber auch die Kinderarbeit spielt eine große Rolle. Was die Betriebsverhältnisse in der Konfektion betrifft, so sind große Fabrikationswerkstätten selten. Am häufigsten sind die Zwischenmeisterwerkstätten, sehr zahlreich die einzelnen Heimarbeiter. Wo Fabrikarbeit herrscht, wie in der Wäsche-konfektion, da ist es üblich, daß die Arbeiterinnen Arbeit mit nach Hause nehmen, die sie Abends und Sonntags fertig machen. Mit diesem Umstand rechnet der Unternehmer. Die Löhne sind deziert festgesetzt, daß die Arbeiterinnen ohne die Arbeit im Hause nicht bestehen könnten. Die in der Konfektion herrschende Betriebsweise ist die Dezentralisation des kapitalistischen Großbetriebes. Die Unternehmer fördern diese Betriebsweise, weil sie ihnen billiger zu stehen kommt, wie der Fabrikbetrieb. Der starke Zug der proletarischen Bevölkerung nach den Großstädten gibt den Unternehmern die Möglichkeit, jederzeit billige Arbeitskräfte genug zur Verfügung zu haben. Dazu kommt noch, daß auch Frauen und Töchter des bürgerlichen Mittelstandes, besonders der schlecht besoldeten kleinen Beamten, den Konfektionsarbeiterinnen eine Konkurrenz bereiten, um die eigenen schlechten Verhältnisse aufzubessern. — Wie das Vorhandensein eines zahlreichen Proletariats auf die Verbreitung der Heimarbeit einwirkt, dafür bietet Nordamerika ein Beispiel. Dort wurden die Konfektionsartikel bis in die achtziger Jahre nur in Fabriken angefertigt. Als sich dann ein großer Strom billiger Arbeitskräfte, namentlich aus Rußland und Polen, nach Amerika wandte, verschwanden die großen Fabriken nach und nach und die Konfektion wurde in der Heimarbeit angefertigt.

Ein großer Uebelstand für die Arbeiter besteht darin, daß die Konfektion ein Saisongewerbe ist. Nur 4 bis 8 Monate währt die Produktionsdauer in den meisten Berliner Betrieben, in manchen sogar nur 2 Monate. Die Hochsaison, wo die Arbeiter einigermaßen menschenwürdig leben können, dauert höchstens 5 Monate. Da muß denn auch die Arbeitskraft bis zum äußersten angespannt werden. Während der Hochsaison ist die durchschnittliche Arbeitszeit in der Werkstatt des Zwischenmeisters 13 Stunden, in der Regel werden aber noch Überstunden gemacht, so daß der Arbeitstag 15 bis 17 Stunden währt. Auch am Sonntag wird mindestens einen halben Tag gearbeitet. Die Arbeitszeit der Heimarbeiter geht meist noch über die in den Zwischenmeisterwerkstätten hinaus.

Wie ist es nun mit den Lohnverhältnissen? Nach Feststellungen des Berliner Gewerbe-Inspektors braucht eine allein-stehende Arbeiterin zur Beschaffung des allernotdürftigsten Lebensunterhalts wöchentlich 11 bis 12 M., das sind 500 bis 600 M. jährlich. Für eine Familie von vier Köpfen sind die Mindestausgaben auf 21 bis 28 M. wöchentlich berechnet. Nach verschiedenen Feststellungen verdient aber ein heimarbeitendes Ehepaar nur 20 Mark, ja oft noch weniger, bis herunter zu 14 M. Alleinlebende Frauen verdienen jährlich 260 bis 300 M., Wochenlöhne von 3 bis

10 M. sind nicht selten. In der Hochsaison kann eine Heimarbeiterin 11 bis 12 M. in der Woche verdienen, in der stilleren Zeit fällt der Lohn jedoch auf 7, ja auf 3 M. pro Woche. Die Rednerin führte hinsichtlich der Löhne einige Beispiele aus der Ausstellung an und hob besonders hervor, daß unter den traurigen Verhältnissen der Heimarbeit auch Beamtenuniformen, Militärjacken und Bekleidungsgegenstände für die Marine angefertigt werden. Für die Marineverwaltung in Kiel sind 500 Heimarbeiterinnen beschäftigt und in Bayern verdienen gelehrte Arbeiter bei der Anfertigung von Militärhosen in der Stunde 10 Pf.

Die Rednerin schilderte die überaus niedrige Lebenshaltung der Heimarbeiter, ihre schlechten Wohnungsverhältnisse und unzureichende Ernährung und berührte dann die soziale und sittliche Seite der Heimarbeit. Eine der wichtigsten Folgen der Heimarbeit ist die Zerstörung des Familienlebens. Wo die Frau von früh bis spät für den Erwerb arbeiten muß, da ist jede Annehmlichkeit des Familienlebens ausgeschlossen. Es ist verkehr, wenn man meint, ein Teil der Heimarbeit müsse mit Rücksicht auf die Familie erbalten werden. Die Fabrikarbeit zerstört das Familienleben viel weniger wie die Heimarbeit. Die Heimarbeit ist auch der größte Hemmschuh für die Organisation, welche die Lage der Arbeiter verbessern könnte. Die traurigste Folge der Heimarbeit in sittlicher Hinsicht ist die, daß sie eine große Zahl unzureichend entlohnter Arbeiterinnen in die Prostitution treibt.

Ferner behandelte die Rednerin die Frage des geschlichen Schutzes der Heimarbeiter. Sie zeigte, daß Deutschland in dieser Hinsicht hinter anderen Industrieländern weit zurück ist und daß in Australien, Amerika und England eine Reihe von Schutzbestimmungen zugunsten der Heimarbeiter bestehen. In den Ländern, wo ein Heimarbeiterschutz besteht, hat man die Scheu vor dem Eingriff der Gesetzgebung in die Familie überwunden. Wo der harte Kampf ums Dasein in die Familie eingezogen ist, da kann nicht die Rede sein vom Schutz der Familie vor der Gesetzgebung, sondern vielmehr vor ihrem Schutz durch die Gesetzgebung. Die Rednerin präziserte ihren persönlichen Standpunkt in dieser Hinsicht dahin: Das Ziel der Gesetzgebung muß auf allmähliche Befreiung der Heimarbeit gerichtet sein. Jede gesetzliche Maßnahme wird dahin geprüft werden müssen, ob sie die Folge, die Heimarbeit für den Unternehmer unrentabel zu machen. Das ist der beste Weg, sie zu beseitigen.

**Gewerkschaftliches.**

**An die Tabakarbeiter Deutschlands.**

Kollegen! Die Reichs-Finanzreform-Kommission des Reichstages, welcher das Zigarettensteuergesetz zur Vorberatung übergeben worden ist, hat in der ersten Lesung Beschlüsse gefaßt, welche anfangs zwar die Regierungsvorlage einstimmig ablehnten, nachdem aber sich einer freiwilligen extraordinären Regierungskommission untergeordnet.

Diese extraordinäre Steuerkommission hat sich aus Vertretern folgender Parteien zusammengesetzt:

Konservative, Nationalliberale, Antisemiten und Zentrum.

Von seiten dieser Nebenkommission wurden der Finanzreform-Kommission folgende Vorschläge unterbreitet: Die §§ 1-16 der Regierungsvorlage auszuschalten und an Stelle dessen folgende Paragraphen zu setzen:

§ 1. An Eingangsgesetz ist zu erheben für 1 Doppelpack:

- 1. feingehackten Tabak . . . 800 M.
- 2. Zigaretten . . . 2000 M.

§ 2. Außer den auf Grund des Tabaksteuergesetzes von dem verwendeten Tabak zur Erhebung gelangenden Abgaben unterliegen der im Inlande gechnittene Zigarettentabak und die im Inlande hergestellten Zigaretten einer besonderen in die Reichskasse fließenden Steuer, die beträgt:

- 1. für Zigaretten:
  - a) im Kleinverkaufspreise bis zu 10 M. das Tausend 1 M. für 1000 Stüd.
  - b) im Kleinverkaufspreise über 10 M. bis 20 M. das Tausend 2 M. für 1000 Stüd.
  - c) im Kleinverkaufspreise über 20 M. bis 30 M. das Tausend 6 M. für 1000 Stüd.
  - d) im Kleinverkaufspreise über 30 M. bis 40 M. das Tausend 10 M. für 1000 Stüd.
  - e) im Kleinverkaufspreise über 40 M. das Tausend 12 M. für 1000 Stüd.
- 2. für Zigarettentabak:
  - a) im Kleinverkaufspreise über 2 M. bis 3 M. das Kilo 0,20 M. für 1 Kilo.
  - b) im Kleinverkaufspreise über 3 M. bis 5 M. das Kilo 0,60 M. für 1 Kilo.
  - c) im Kleinverkaufspreise über 5 M. bis 8 M. das Kilo 1,60 M. für 1 Kilo.
  - d) im Kleinverkaufspreise über 8 M. das Kilo 2 M. für 1 Kilo.

Als Zigarettentabak im Sinne dieses Gesetzes gilt aller feingehackte Tabak, der im Kleinverlaufe mehr als 2 M. das Kilo gramm kostet.

Als Kleinverkaufspreis gilt der Warenpreis einschließlich der Steuer.

Der Bundesrat ist ermächtigt, Tabakerzeugnisse von der Art und Form der Zigarette, bei denen das Papierdeckblatt fehlt, der gleichen Steuer zu unterwerfen.

Diese Vorschläge obengenannter Kommission gehen weit über das hinaus, was die Reichsregierung von Anfang an der Zigarettenindustrie zugedacht hatte.

Diese Vorschläge, wenn sie Gesetz würden, bedeuten den Ruin der gesamten Kleinindustrie in der Zigarettenfabrikation!

Diese Vorschläge werden gemacht von Leuten, welche stets vorgeben, dem Mittelstande helfen zu wollen!

Durch diesen von den Mittelstandsbrettern herbeizuföhrenden Ruin der Kleinindustrie steht die Brotlosmachung vieler Tausende von Arbeitern und Arbeiterinnen bevor; ebenso eine dadurch herbeigeföhrt Verabrückung der Löhne ins Unabsehbare. Den Beweis für diese Behauptung hat die Tabaksteuererhöhung des Jahres 1879 gebracht.

Allerdings wurde von seiten des Regierungsvertreters sowie der nationalliberalen Abgg. Becker und Held den Brotlosgeordneten der Rat erteilt, „einerseits in der Landwirtschaft ihr ferneres Brot zu suchen, andererseits als Dienstmädchen Stellung zu nehmen, da in beiden Fällen die Nachfrage außerordentlich groß sei“.

Diese Herren liefern durch ihr Verhalten den Beweis, daß ihnen das Wohl des Arbeiters sehr gleichgültig ist und ebenso daß sie von den Verhältnissen dieser Arbeiterkategorie nicht die leiseste Ahnung haben.

Mit Recht wiesen die sozialistischen Abgeordneten v. Elm, Förster, Geyer, Raden, Wollenbuhr und Schmalfeld darauf hin, daß es den vielen Tausenden von Krüppeln, Schwindsüchtigen usw. usw. doch ganz unmöglich sei, in der Landwirtschaft Unter-  
kunft zu finden; ebenso daß viele der Brotlosgeordneten Stübe und Ernährer alter Eltern sind; daß es diesen doch ganz unmöglich sei, diese Angehörigen mit aufs Land oder in den Dienst zu nehmen, weil in beiden Fällen der Lohn zur Erhaltung derselben nicht hinreichen würde.

Tabakarbeiter Deutschlands! Laut den Beschlüssen des vom 29. — 31. Januar in Berlin abgehaltenen



Kongresses gilt es nunmehr, energisch einzutreten gegen die Verschlechterungsanträge der extraordinären Steuerkommission, welche in der Finanzreformkommission zur Beratung gekommen sind.

Es gilt gegen diese Anträge und die jedenfalls noch zu erwartenden Anträge auf der Wacht zu sein, uns vor Ueberumpelung zu schützen.

Der uns leider so sehr bekannte Kuhhandel ist im vollen Gange; bis zur dritten Lesung im Plenum ist noch eine lange Zeit, die diese Unterhändler ausnützen werden.

Kollegen allerorts! Kollegen einschließend der in den Hilfsberufen beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen! Es gilt im Kampf nicht zu erlahmen, die Agitation fortzusetzen, bis auch der letzte Rest der Tabaksteuer-Vorlage gefallen ist!

Die Zentralkommission der Tabakarbeiter Deutschlands.  
Wilhelm Börner, Karl Nutry, Max Kiesel,  
Max Müller, Fritz Sperber.

Alle Arbeiterblätter werden um gest. Abdruck gebeten.

#### Berlin — Am Morgen.

**Tarifberatungen in der Wäschebranche.** Nach den Vereinbarungen, durch welche der Wäschearbeiterstreik im November vorigen Jahres seinen Abschluß fand, müssen in allen Fabriken bis spätestens zum 1. März d. J. Tarife vereinbart und dem Gewerbegericht eingereicht sein. In einem Teil der Fabriken sind die Preise zur Zufriedenheit der Arbeitnehmer bereits abgeschlossen, in anderen Betrieben schweben die Verhandlungen noch. Ueber die Frage, auf welche Punkte des Arbeitsverhältnisses sich die Tarife zu erstrecken haben, herrscht Meinungsverschiedenheit zwischen den Fabrikanten und den Arbeitern. Aus den Verhandlungen der Schlichtungskommission, die am Freitag unter dem Vorsitz des Herrn v. Schulz tagte, ging hervor, daß die Fabrikanten der Ansicht sind, die Tarife hätten nur die Löhne festzusetzen, die nach dem beim Streik gefällten Schiedsspruch um 6 Proz. erhöht werden müssen. Die Arbeiter streben dagegen auf dem Standpunkt, daß im Tarif außer den mit dem Aufschlag berechneten Abfindungen auch Mindestlöhne für die in Teillohn beschäftigten Arbeitskräfte festgesetzt werden müssen. Dagegen meinen die Fabrikanten, es genüge, wenn auch die Zeitlöhne, welche vor dem Streik gezahlt wurden, um 6 Proz. erhöht werden und daß etwaige weitere Erhöhungen der freien Vereinbarung überlassen seien. Weiter wünschten die Arbeitnehmer, daß auch die Lehrlingsfrage geregelt werde, besonders die Lehrgeld der Zuschneider, die jetzt eine sehr verschiedene ist. Auch die Frage des Arbeitsnachweises wollen die Arbeitnehmer geregelt wissen. — Die Fabrikanten erklärten, daß die Punkte, weil sie allgemeiner Natur seien, nicht in den Lohnvertrag gehören. Sie seien nicht dagegen, daß auch über diese Punkte eine Vereinbarung getroffen werde, jedoch erst, nachdem die Lohnfrage endgültig festgelegt ist. — Damit eine Fertigstellung aller Tarife — es ist für jede Fabrik ein solcher aufzustellen — bis zum 1. März ermöglicht werde, sollen alle Fälle, wo die Arbeitnehmer sich mit dem Fabrikanten nicht einigen können, bis spätestens zum 18. Februar der Schlichtungskommission gemeldet werden. — Einigkeit wurde in der Schlichtungskommission darüber erzielt, daß sämtliche Tarife bis zum 1. Oktober 1908 Gültigkeit haben und immer ein Jahr weiter laufen, falls sie nicht drei Monat vor Ablauf gekündigt werden. Auch darüber einigte man sich, daß die Lohnzahlung, je nach den Betriebsverhältnissen am Freitag oder Sonnabend jeder Woche erfolgen muß. Ferner wurde bestimmt, daß nur solche Tarife als gültig anzusehen sind, welche die nach der Bestimmung des Schiedsspruches erhöhten Löhne für jede einzelne Position ansetzen. Nicht statthaft soll sein — was in einer Fabrik geschieht ist —, daß im Tarif die alten Löhne aufgeführt und hinzugefügt wird, daß dieselben mit einem Aufschlag von 6 Proz. bezahlt werden. — Die noch strittigen Fragen (dazu gehört auch ein Aufschlag für Überstunden und das Verbot, in den Ferien zu arbeiten) sollen in späteren Sitzungen der Kommission verhandelt werden.

**Der Hiesigenlerstreik.** Am Donnerstag fand in den „Arminhallen“ eine gemeinsame Versammlung der Sektion der Hiesigenler des Maurerverbandes und der Sektion der Hiesigenler-Hilfsarbeiter des Bauarbeiterverbandes statt. Vorsitz, der Lehmann der Hiesigenler, berichtete über den Stand der Lohnbewegung. Von den 24 Firmen, die in Betracht kamen, hatten innerhalb der ersten fünf Tage bereits 12 die Forderungen unterschrieben anerkannt, und 60 Hiesigenler arbeiteten zu den neuen Bedingungen. Die Firma Gebr. Vogel, die 16 Hiesigenler beschäftigte, hat jedoch ihre Zustimmung wieder rückgängig gemacht. Damit stieg die Zahl der Firmen, wo gestreikt wird, auf 13, die Zahl der Streikenden auf 62. Nach dem, was der Redner weiter mitteilte, wäre es leicht, auch diese Firmen binnen kürzester Zeit zur Anerkennung des neuen Tarifes zu veranlassen, wenn die dem Gewerkschaftskomitee angehörende Freie Vereinigung der Hiesigenler sich neutral verhalten würde. Es scheint, daß hier wieder einmal der unglückliche Widerstreit zwischen den beiden Organisationsrichtungen den Unternehmern das Rückgrat reißen soll. Wie der Referent ausführte und durch die Diskussion bestätigt wurde, werden die Firmen, wo die Hiesigenler der Sektion streiken, von der Freien Vereinigung mit Arbeitskräften versorgt, und da in Berlin keine Arbeitslosen mehr aufzuweisen sind, holt man Hiesigenler von anderswärts heran, aus Dresden, Nürnberg und selbst streikende Hiesigenler aus München, die hier die Stellen der streikenden „Sektionisten“ besetzen. Es wurde in der Versammlung eine von Karl Vobergsche, dem Arbeitsnachweisleiter der Freien Vereinigung, unterzeichnete, an einen Hiesigenler in Dungsau gerichtete Postkarte verlesen, in der dem Adressaten mitgeteilt wird, daß er und andere Hiesigenler in Berlin sofort Arbeit erhalten könnten. Sie möchten sich besorgen und sich dann sofort bei ihm, in der Petersburgerstr. 81, melden. Von Dräger, dem Sektionsleiter der Hiesigenler-Hilfsarbeiter, wurde bemerkt, daß der Arbeitsvermittler der Freien Vereinigung sich sogar telephonisch an den Arbeitsnachweis der ebenfalls dem Komitee angeschlossenen Freien Vereinigung der Bauhilfsarbeiter gewandt habe, um von hier aus Arbeitskräfte für die vom streikenden Hiesigenler-Hilfsarbeitern verlassenen Stellen zu vermitteln. Trotz alledem war man einstimmig der Ansicht, daß der Streik ohne Rücksicht auf das Vorgehen jener Organisation fortgesetzt werden soll.

**Achtung, Schaffarbeiter!** Die Differenzen in der Schafffabrik von Radde, Markgrafenstr. 81, sind durch Zurücknahme der Kündigung erledigt.

Die Ortsverwaltung des Schuhmacherverbandes.

**Hausdiener, Pader, Berufslosen!** Im Betriebe M. C. o. h. u. s., Alexanderstr. 35 (Westing-Hof), brachen gestern infolge Entlassung des ältesten Hausdieners, welcher es unternommen hatte im Auftrage seiner Kollegen beim Arbeitgeber vorstellig zu werden, Differenzen aus. Der Kollege ersuchte um Zurücknahme einer Bestimmung, welche besagte, daß sämtliche dort beschäftigten Hausdiener und Pader so lange zu warten hätten, bis der Chef erlaubt Feterabend zu machen. Alle dort tätigen Berufslosen, welche im Verein Berliner Hausdiener organisiert sind, legten daraufhin die Arbeit einmütig nieder. Die Betroffenen hatten wenig zu verlieren, da diese noble Firma es verstand, trotz des Prachtbaus, den sie als ihr Eigentum aus den Ueberschüssen des Betriebes sich erbaut hat, ihren Arbeitern nur sehr geringe Löhne zu zahlen. Noch jetzt werden trotz der Teuerung, kräftige Arbeiter mit einem Wochenlohn von 18 M. abgefunden. Eine in höflicher Form angebotene Vermittlung von Vertretern des Vereins zeitigte, daß der Inhaber der Firma den bekannten Herrenstandpunkt herabsetzte und brüsk erklärte, sich von seinen Arbeitern Vorwürfen nicht machen zu lassen. Seine Arbeiter hätten ohnehin bei ihm ein Herrenleben geführt und keine Ursache gehabt, die Arbeit niederzuliegen. Dieje-

sonderbare Ansicht zu widerlegen hielt nicht schwer, veranlaßte jedoch den uniernehmer die Verhandlung kurzerhand abzubrechen. An alle Berufscollegen riefen wir das dringende Ersuchen, Solidarität zu üben und diesen Betrieb zu meiden.

#### Deutsches Reich.

**Gegen den früheren Verbandsvorstand der Gemeindefabrikanten** Pürsch haben die Breslauer Gemeindefabrikanten Stellung genommen, indem sie eine Resolution votierten, in der sie erklären, unerschütterlich auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung zu stehen, und daß alle Antriebskräfte zu verurteilen seien, die darauf gerichtet sind, die Gewerkschaftsbewegung zu verwässern und in das Fahrwasser der Tisch-Dunderischen Gewerkschaften zu drängen. Ein solches Bestreben sei vor allem bei einem Arbeiterführer in der jetzigen Zeit zu verurteilen, wo das Bestreben allerorten sich geltend mache, die Einheitslichkeit der Arbeiterbewegung zu zersplittern.

Ein Gewerkschaftshaus wird nun jetzt bald auch in Nürnberg entstehen. Der Deutsche Metallarbeiterverband, dessen reisende Mitglieder unter den trübseligen Herbergsverhältnissen Nürnbergs besonders zu leiden haben, hat in der Markthausergasse beim Germanischen Museum drei Häuser um den Preis von 107 000 M. erworben. Diese werden niedergebaut, um einem Neubau Platz zu machen, in dem außer Herbergsräumen, Wirtschafts- und Sitzungsräumen auch Büroräume für die Verbandsverwaltung eingerichtet werden sollen. — Ueber die Notwendigkeit dieses Schrittes haben wir in diesem Einzelfall kein Urteil. Im allgemeinen aber halten wir es für unrichtig, daß die Geldmittel, die der Arbeiterschaft bei Lohnkämpfen nützen sollen, so feigegelegt und ihrem eigentlichen Zweck entzogen werden.

#### Ausland.

Der schweizerische Gewerkschaftskongress wird an den Ostertagen in Basel abgehalten, ferner finden daselbst vor dem Kongress auch die Delegiertenversammlungen verschiedener Berufsverbände, so die der Holzarbeiter, Metallarbeiter, Schuhmacher, auch des Arbeiterinnenverbandes statt, der ebenfalls dem Gewerkschaftsbunde als besonderes Glied angehört.

Die Heizer und Matrosen der ungarisch-kroatischen Schiffahrtsgesellschaft sind in den Ausstand getreten. Sie fordern eine Lohnerhöhung. Die Direktion hat sich an die Kriegsmarine mit der Bitte gewandt, ihre Mannschaften zur Verfügung zu stellen. Der Verleher ist nicht gehört.

Ein langwieriger Bauarbeiterstreik in Schweden. Seit zehn Monaten streiken in Malmö die Maurerarbeitende. Wiederholt sind Einigungsversuche gemacht worden, aber bis jetzt ohne Erfolg. Wie vom 6. Februar aus Malmö gemeldet wird, ist nun wiederum ein Einigungsversuch gescheitert. Die Vorschläge, die von den Vertretern beider Parteien ausgearbeitet waren, wurden zwar von den Unternehmern angenommen, von den Arbeitern jedoch verworfen, und zwar mit 352 gegen 61 Stimmen. Grund der Ablehnung ist der zu niedrige Stundenlohn, der nach dem Vorschlag bis zum 1. April 1907 36 Cere, dann 38 Cere betragen sollte. Die Arbeiter machten sofort einen neuen Vorschlag und verlangen nun 37 Cere und jährliche Steigerung des Stundenlohns um 1 Cere bis zu 40 Cere Stundenlohn.

### Verfammlungen.

Eine zahlreich besuchte Versammlung aller in den Wagenfabriken Berlins und Umgegend beschäftigten Arbeiter nahm am Sonntag im großen Saal des Gewerkschaftshauses an der Frage Stellung: Wie schaffen wir in den Wagenfabriken bessere Verhältnisse? Ebering, der namens der Agitationskommission der Wagenfabriken Berlins und Umgegend das Referat hielt, bemerkte einleitend, daß zum erstenmal eine derartige allgemeine Versammlung aller Beteiligten stattgefunden, für die als Organisationen namentlich in Betracht kamen: der Holzarbeiterverband, der Metallarbeiterverband, die Vereinigung der Maler und Lackierer, der Verband der Sattler und der Verband der Schmiede. Redner besprach dann die Mißstände in den Fabriken von Beermann, Dittmann, Franke, Altem, Käßlein, Kaufmann, Neuf, Gebrüder Wionede, Erdmann, Deinhardt u. a. Zu lebhaften Beschwern gibt vielfach das Lohnmangel Anlaß. Es ist allföhrdarbeit vorherrschend mit allen Auswüchsen derselben. Namentlich die Kolonnenarbeit führen, hier mehr, dort weniger, zu Ungehörigkeiten. Mangels direkter Berechnung der Unternehmer mit den einzelnen Kolonnenmitgliedern tritt verschiedentlich eine Verneinung der Kolonnenangehörigen zugunsten der Kolonnenführer ein. In einzelnen Fabriken gibt es überhaupt keine geregelten Affordpreise, oder es wird beim Beginn der Arbeit dem Arbeiter kein Affordpreis genannt, sondern der Arbeiter damit vertröstet, daß er schon zurecht kommen werde. Ganz niedrige Verdienste kommen öfter vor. Von solchen wird besonders aus der Fabrik von Beermann berichtet. Die sanitären Zustände lassen viel zu wünschen übrig, zum Beispiel in bezug auf Afsseit- und Wascheinrichtungen. Bei Beermann (Trepow) besteht noch das Zottenmysterium; bei Neuf ist keine Wasserpflanzung; bei Dittmann muß man sich auf die Afsseiten stellen, da es unmöglich ist, darauf zu sitzen. Ventilation ist in vier Betrieben gar nicht vorhanden, in den übrigen Betrieben ist sie mangelhaft. In den elf Betrieben gibt es neun verschiedene Arbeitszeiten. Sie schwanken zwischen 55 1/2 und 53 Stunden pro Woche. Ueber mangelhafte Schutzvorrichtungen wurde ebenfalls geflagt, und zwar bei Beermann. Mehrere Betriebsstätten leiden Mangel an Licht, z. B. Käßlein. Bei Franke, von wo sonst allgemeine Mißstände nicht gemeldet sind, ist die Schmelze im Keller, was nach Meinung des Referenten verboten werden müßte. Der Inhaber der Firma Neuf, Herr Trupp, der kürzlich Maßregelungen organisierter Arbeiter vorgenommen hat, wurde als der größte Schamacher des Wagenbau-gewerbes geschildert, der zwar für sich selbst das Recht der Organisation in Anspruch nehme, aber in schärfster Weise gegen seine Arbeiter vorgehe, wenn sie nicht wollten wie er. Herr Trupp habe eine eigene Werkstattorganisation begründet, an deren Spitze ein Arbeiterauschuss stehe, der teilweise gewählt, teilweise von Herrn Trupp ernannt sei. Die Bedeutung eines derartigen Arbeiterauschusses könne sich jeder selber anmalen. Die Agitationskommission läßt nun, so führte Redner zum Schluß aus, der Meinung, daß all den im einzelnen dargelegten Mißständen einmal durch ein gemeinsames Vorgehen aller Branchen in den fraglichen Fabriken mit ihren etwa 1400 Arbeitern entgegengetreten werden müsse. Zunächst denke man an die Einführung einer gleichmäßigen Arbeitszeit von 52 Stunden, Montags und Sonnabends 8 Stunden, an den anderen Wochentagen 9 Stunden. Eine weitere Hauptaufgabe, neben der Beseitigung der sanitären Mängelstände, müßte die Erstreckung einer annehmbaren Regulierung des Lohn- und Löhnsystems sein. Um aber das zu können, müßte erst noch die Spitze der Organisierten in den Fabriken, wenn sie auch schon eine stützliche wäre, doch noch verstärkt werden. Unter lebhaftem Beifall forderte Redner dazu auf.

In der Diskussion wurden die Mißstände von verschiedenen Rednern bestätigt und scharf kritisiert. Auch die von Herrn Trupp vorgeschlagenen ergreifen das Wort, um das ganze Verfahren des Herrn ins rechte Licht zu rufen. — Interessant ist, was ein Redner über Eigenarten des Kolonnenaffordsystems ausführte. Es sei bei Beermann infolge mangelhafter Regelung vorgekommen, daß eine Kolonne 800 M. mehr an Vorschüssen erhalten habe, als der Affordpreis ausmachte. Das werde auf das Konto der Kolonne gesetzt und bei besseren Afforden derselben nach und nach abgetragen. Da aber ein steter Wechsel an Arbeitskräften stattfindet, und damit auch ein Wechsel in den Personen der Kolonnenmitglieder, so müßten die Reueingetretenen, die ganz unschuldig an der Kolonnenschuld seien, diese mit abtragen helfen. Diese unerhörte Uebung führe dann dazu, daß

Leute mal mit 12, 15 und 18 M. in der Woche nach Hause gingen, obwohl sie tüchtig gearbeitet hätten.

Die Versammlung nahm einstimmig eine Resolution an, in der ausgesprochen wird, daß die in den fraglichen Betrieben herrschenden Zustände dem Hohn sprächen, was nach heutigen Anschauungen in materieller, moralischer und hygienischer Beziehung gefordert werden müsse. Ferner verpflichteten sich die Versammelten, mit aller Energie für eine ausreichende Organisation in diesen Betrieben zu sorgen, um zu gegebener Zeit gerüstet dazustehen und endlich den Zuständen ein Ende zu bereiten.

Die Vereinigung Berliner Zuschneider hatte zu Dienstag nach Trüfels Lokal eine öffentliche Versammlung einberufen, die von Zuschneidern aller Branchen recht gut besucht war. Arbeitersekretär Ritter sprach daselbst über „die neuen Handelsverträge und die deutsche Konfektionsindustrie“. Redner ging besonders auf die Schäden ein, welche die deutsche Zollpolitik für die ganze Konfektionsindustrie voraussichtlich im Gefolge haben dürfte, weil außer der Textilindustrie gerade dieser Erwerbszweig von den ausländischen Regierungen als ein dankbares Objekt für Repressionsmaßnahmen gegen die deutschen Zollrückstellungen angesehen wird. Da unter derartigen Repressalien naturgemäß die Konfektionsarbeiter am meisten zu leiden haben werden, so sei es auch Pflicht der Zuschneider, sich einer auf modernem Boden stehenden Organisation anzuschließen und nicht länger nur solchen Vereinigungen anzugehören, in denen lediglich die sachgewerbliche Vervollkommenung und die Geselligkeit gepflegt werde. So wie die Dinge gegenwärtig liegen, könne man von der Berufsarbeit der Zuschneider mit Recht schon als von einem Proletariat im Stichtagen sprechen. Komme es doch häufig genug vor, daß, wenn von den Konfektionsgeschäften per Annonce „erstaunliche Zuschneider“ gesucht würden, diesen nur ein Wochenlohn von 28 bis 35 M. geboten werde. Löhne von 40 M. seien den Konfektionsarbeitern für einen erstklassigen Zuschneider schon meistens zu hoch. Ueberdies müßte so mancher Zuschneider die Erfahrung machen, daß es mit der ihm zugesicherten „Lebenshaltung“ in der Regel nichts weiter ist als eine leere unverbindliche Versprechung. Aus all diesen Gründen ermahnte der Redner die Anwesenden, dafür zu sorgen, daß der bisherige Berufsdünkel aus den Reihen der Zuschneider verschwinde und ein moderner Arbeitergeist unter ihnen Platz greifen möge. Ohne Debatte wurde folgende Resolution angenommen:

Die Versammelten erklären sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden. In Anbetracht der gewaltigen Entwicklung, die sich während der letzten Jahre auch in der Konfektionsindustrie vollzogen hat, erkennen die Versammelten an, daß eine einheitsliche Organisation auch für die Zuschneider eine Notwendigkeit ist, und verpflichten sich die Anwesenden, dementsprechend zu wirken.

Zum Schluß wurde noch darauf hingewiesen, daß die Firma Scheuer u. Plauth in Mainz im „Berliner Tageblatt“ Streik und Zuschneider such. Da bei der genannten Firma ein Streik ausgebrochen ist, so wurden die Anwesenden dringend ermahnt, die Kollegen darauf aufmerksam zu machen, daß sich niemand von ihnen als Arbeitswilliger nach Mainz anwerben lasse.

Der Verband der Rüsther Berlin hielt am 31. Januar im allen Schützenhause seine Generalversammlung ab. Der Jahresberichtsbericht lag den Mitgliedern gedruckt vor. Danach hatte der Verband eine Gesamteinnahme von 9000,57 M. Das Vermögen am Jahresabschluss betrug 4789,26 M., die Gesamtausgaben betrugen 11 492,87 M., es verbleibt ein Bestand von 2306,26 M. Die Mitgliederzahl beläuft sich auf 616. — Regge gab den Jahresbericht vom Arbeitsnachweis. Als arbeitslos meldeten sich 494 männliche und 705 weibliche Personen. Verlangt wurden von Arbeitgebern 731 männliche und 1289 weibliche Arbeitskräfte. Arbeit wurde am 354 männliche und 478 weibliche Gehülften vermittelt. Der Bibliothek wurden 602 Bücher entliehen. — Der Vorsitzende Schärer gab einen ausführlichen Bericht über die Tätigkeit des Vorstandes. Das verfloßene Jahr war ein Kampfsjahr in des Wortes wahrer Bedeutung; in dem 10wöchentlichen Kampfe um die Arbeitsvermittlung wurden alle Kräfte angestrengt. Es fanden statt: 25 öffentliche, 4 Mitglieder- und 4 Generalversammlungen, 22 Vorstand- und 6 Reichstättvertreutermännerungen. Versammlungen wurden 16 abgehalten. Mit den Arbeitgebern der Holz- und Rüstherbranche wurden in 5 Sitzungen Verhandlungen gepflogen. Dem Kassierer, Geschäftsführer, ebenso dem Gesamtvorstand wurde Decharge erteilt. Die Neuwahl ergab folgendes Resultat: 1. Vorsitzender Fr. H., 2. Vorsitzender Jäger, 3. Kassierer Storkmann, 4. Kassierer Hoffmann, 1. Schriftführer Herr Karze, 2. Schriftführer Pfennigsdorf. Beisitzer: Bitter, Wenzel, Hanisch. Zu Neuwahlen wurden gewählt: Rathke, Grandel, Schmeier. Das Gehalt des Geschäftsführers wurde auf 2100 M. erhöht. Zugunsten der russischen Freiheitskämpfer wurden dem Parteivorstand 100 M. überwiesen.

### Letzte Nachrichten und Depeschen.

#### Dynamit-Explosion.

**Sudapest, 9. Februar.** (W. S.) Im Ludwigschacht bei Arcemint fand heute beim Aufhauen eingetragenen Dynamits eine furchtbare Explosion statt, bei welcher 2 Bergleute getötet, 2 schwer verletzt wurden, ein weiterer hat das Gehör verloren.

#### Eine Hand wäscht die andere.

**Paris, 9. Februar.** (W. L. V.) Deputiertenkammer. Das Haus berät den Handelsvertrag mit Rußland. Blichon (liberal) führt aus, Rußland habe kein Zugeständnis gemacht; die französischen Unterhändler seien ohne Waffen gewesen, sie hätten nicht wie die deutschen das Schwert des Kampftarifs schwingen können. Andererseits habe Rußland noch die französischen Kapitalien nötig, Frankreich sei daher wohl in der Lage zu unterhandeln. Redner spricht dann von der mißlichen Lage der französischen Weinbauer; er wirt der Regierung vor, sie habe die Gelegenheit veräußert, den französischen Weinen neue Absatzgebiete in Rußland zu schaffen. Man hätte Rußland an die Denke, die ihm Frankreich erwiesen habe, erinnern sollen; Frankreich habe die russischen Papiere genommen, Rußland solle die französischen Waren nehmen. Rouvier erwiderte: Es ist der französischen Unterhändler und des großen Landes, von dem Sie sprechen, durchaus unwürdig, wenn Sie sagen, daß es uns Papieren verkauft und wir ihm dafür Geld geben. Warum glauben Sie, daß die Unterhändler eine Nachlässigkeit begangen hätten, wie Sie sie ihnen vorwerfen?

Deputierter Dommergue: Wir urteilen noch den Ergebnissen! Wenn Rußland sich auf den Sportrupps Frankreich verlassen will, so muß dieser Strumpf auch immer wieder gefüllt werden. Gerade weil wir an die Entwicklung der russischen Nation glauben, und weil wir der verblühten Nation unsere Sympathie entgegenbringen, müssen wir mit diesem großen Absatzmarkt rechnen und haben wir das Recht, ihr zu sagen: „Nehmt unser Geld, aber nehmt auch unsere Waren!“ Rußland muß uns gegenüber seinen guten Willen zum Ausdruck bringen. (Lebhafter Beifall.) Der Berichtsführer Deputierter Laurone verteidigt die Konvention und weist darauf hin, daß verschiedene Ermäßigungen gegen den Normaltarif zugestanden sind. Diese Ermäßigungen seien allerdings nur unbedeutend, aber die Unterhändler hätten nicht mehr erwischen können. (Zwischenrufe, Bewegung.)

#### Ein schweres Minenunglück.

**Johannesburg, 9. Februar.** (Melbung des „Newerischen Bureau“.) Ein schweres Unglück hat sich heute morgen an der Mine „Truth Rose Deep“ zugegetragen, indem durch schwere Regengüsse die Grube unter Wasser gesetzt wurde, wobei 55 Eingeborene ertranken.



Reichstag.

39. Sitzung vom Freitag, den 9. Februar, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsstische: Graf Posadowsky. Der Gesetzentwurf betreffend Änderung einzelner Bestimmungen des Gesetzes über die freiwillige Gerichtsbarkeit wird in erster und zweiter Beratung ohne Besprechung angenommen.

Es folgt die Fortsetzung der zweiten Beratung des Etats des Reichsamts des Innern.

Abg. Wiesberts (Z.):

Die bisherige sozialpolitische Debatte war als Gewissensprüfung ja recht wertvoll. Wichtig aber wäre es, sich auf einzelne sprachliche Fragen zu konzentrieren. Ein Heimarbeiterschutzgesetz läßt sich ja nicht aus dem Kessel schüttelein. Im ganzen aber könnte der Reichstag dem Reichsamte des Innern mehr Dank hinterlegen, zum Beispiel in der Frage des Maximalarbeitstages. In der Debatte ist viel von dem Einfluß der Sozialdemokratie auf die Krankenkassen die Rede gewesen, aber Material dafür hat eigentlich niemand beigetragen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Man wird sich immerhin erst noch überlegen müssen, ob durch Abänderung der Bestimmungen, daß die Arbeiter zu zwei Dritteln an der Wahl des Vorstandes beteiligt sind, nicht Zustände geschaffen werden, die noch schlimmer sind als die bisherigen. (Sehr richtig! bei den Sozialdem.) Der Einfluß der Arbeiter ist im allgemeinen nicht zu schwächen, sondern entsprechend den Fortschritten der Zeit eher zu verstärken. Man muß die Arbeiter teilnehmen lassen an der geistigen Kultur. Das beste Mittel zu diesem Zwecke wäre die Durchführung des Festschindentages, was durchaus schon jetzt möglich ist. Auch seiner Familie kann sich der Arbeiter bei zu langer Arbeitszeit nicht genügend widmen. (Sehr wahr! im Zentrum.) Eine Untersuchung über die Länge der Arbeitszeit in den Holz- und Hüttenwerken, wie sie von der sozialdemokratischen Partei beantragt wird, halte auch ich für dringend notwendig. Es ließe sich die Frauenarbeit in den Holz- und Hüttenwerken ganz gut befördern. Auch müßten mehr Beschäftigten in diesen Betrieben eingeführt werden. Allerdings erhalten die Werk- und Hüttenarbeiter höhere Löhne, als z. B. die Textilarbeiter, aber man bedenke, wieviel mehr Nahrung diese Hüttenarbeiter täglich zu sich nehmen müssen. Die Arbeiterorganisationen der Hüttenarbeiter sind noch sehr schwach.

Ich begrüße den Beschluß des Ausschusskomitees der Heimarbeiterversammlung, die Ausstellung in anderen Städten zu wiederholen. Eventuell müßten Reichs-Zuschüsse dazu gewährt werden. (Beifall links und im Zentrum.)

Die Arbeitskammern sollten als gemeinsame Instanz für Arbeitgeber und Arbeiter geschaffen werden, damit Streit und Ausperrungen möglichst selten werden. Gätte man schon Arbeitskammern, so wäre der Vergarbeitsstreit wahrscheinlich vermieden worden. Unsere Partei bringt der reichsgesetzlichen Regelung des Vergarbeitsstreites nicht nur keinen Widerstand, sondern lebhafteste Förderung entgegen. (Widerpruch bei den Sozialdemokraten.)

Die Arbeiterorganisationen sind heute so erstarbt, daß von einem Nichtverhandeln mit ihnen auf die Dauer nicht mehr die Rede sein kann. Die Arbeiter werden sich ihr Recht im schlimmsten Falle erkämpfen. Wir haben aber ein Interesse daran, das wirtschaftliche Leben vor großen Erschütterungen zu bewahren, und wenn die großen Herren nicht wollen, so muß die Gesetzgebung ihnen die Route vorschreiben. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Ich freue mich, daß auch der Herr Staatssekretär das Wort „Wir verhandeln nicht“ so entschieden zurückgewiesen hat. Von einem Nichtverhandeln der Arbeiterbewegung zeugen auch die Gerichtsurteile über angebliche Bedrohungen von Streikbrechern durch ihre Kollegen. Die Richter vergessen, daß die Arbeiter in ihrem Verkehre nicht jedes Wort auf die Goldwaage zu legen gewohnt sind. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Zum mindesten müßten die Richter mildernde Umstände in solchen Fällen stets bewilligen; denn die Arbeiter befinden sich doch immer in einer gewissen Erregung. Wenn man aber in der Begründung dann liest, das Vorgehen der Arbeiter bedeute eine schwere Schädigung des Unternehmers und müsse deshalb exemplarisch bestraft werden, so begreift das der Arbeiterverstand nicht. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Noch einige Worte über die christliche Arbeiterbewegung: Die christlichen Gewerkschaften stellen ihre Forderungen nicht von irgend welchen revolutionären Prinzipien ausgehend, sondern aus christlichen Grundätzen und als monarchische Staatsbürger auf. Daher müßte man sie zum mindesten prüfen; aber auch das geht den christlichen Herrenmenschen zu weit. Sie fürchten, daß auf diese Weise eine Arbeiterbewegung entsteht, der man nicht das Schlagwort entgegenhalten kann: ihre Forderungen seien sozialdemokratisch. Herr Due hat nun behauptet, die freien Gewerkschaften schloffen jedes Mitglied aus, das sich Terrorismus gegen christliche Gewerkschaftler zuschulden kommen ließe. Es hätte mich gefreut, wenn er eine Statistik solcher Fälle bekannt gegeben hätte. Das eine gebe ich zu: Dem alten Vergarbeitsverbande würde es allerdings verflucht schlecht bekommen, wenn er etwa die Praktiken des Bauerverbandes nachahmen würde. Daß die christlichen Gewerkschaftler auf dem preussischen Vergarbeitskongreß gegen die Zulassung der katholischen Fachvereine gestimmt hätten, ist nicht richtig. Sie haben sich der Stimme enthalten. — Im übrigen mag in der Agitation zwischen den Christlichen auch mal ein böses Wort fallen oder ein Streit entstehen, aber Terrorismus wird nicht geübt. Ich will den Herren etwas aus dem Buche „Die freien Gewerkschaften“ vorlesen. (Zurufe bei den Sozialdemokraten: Lesen Sie doch alles vor! — Heiterkeit.) Das würde wohl der Präsident nicht zulassen. (Präsident Graf Ballesström schüttelt den Kopf. — Heiterkeit.)

Präsident Graf Ballesström: Ich bitte die beiden Herren Abgeordneten, die hier jetzt ein Zwischgespräch halten, dies nach der Sitzung fortzusetzen, es jetzt aber zu unterlassen. (Heiterkeit.)

Abg. Wiesberts (fortfahrend): Die Sozialdemokraten haben schon angegeben, daß eine ideale Einheit zwischen Gewerkschaft und Partei bestehe. Tatsächlich geht die Einheit viel weiter. Wer nicht Sozialdemokrat ist, wird aus der Gewerkschaft ausgestoßen. So gibt es Ländchensdörfer und anderen. Mehrhäuser kommt meistens auch davon. Die Neutralität ist eben Farce. An einzelnen Stellen hat man die christlichen Gewerkschaftler geschlagen.

Die Sozialdemokraten haben daraus verwiesen, daß ein Abgeordneter meiner Partei sich für Beseitigung der Unfallrenten unter 20 Prozent der landwirtschaftlichen Arbeitern ausgesprochen habe. Ich mache darauf aufmerksam, daß der Mann dem Reichstags-Zentrum nicht angehört. (Schallende Heiterkeit.) Wir im Reichstag sind für eine solche Verschlechterung nicht zu haben. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Woher kommt es, daß die Sozialdemokratie wächst? Weil man die Arbeiter überall zurückdrängt! Statt dessen sollte man an der Erziehung der Arbeiter arbeiten. Wir wollen Sozialreform aus Gerechtigkeit! Deshalb wollen wir allen Arbeitern im Lande das Gewissen schärfen und den Arbeitern zeigen, daß es ein Verbrechen ist, das sie an sich selbst begehen, wenn sie sich der Gewerkschaftsarbeit und damit der Kulturarbeit fernhalten. (Beifall im Zentrum.)

Abg. Prinz zu Schönau-Carolath (natl.): Der Abg. Due hat ein überaus trauriges Bild von den Verhältnissen der Arbeiter in den Holzwerken und Hütten entworfen. Ich hoffe aber, daß sich die Zustände in der Zeit, seitdem der Abg. Due sie nicht mehr aus praktischer Anschauung kennt, wesentlich verbessert haben. Er erklärte die Zustände in Schlefien für noch schlimmer als die im Westen. Die westlichen Verhältnisse kenne ich wenig. Dagegen kann ich positiv auszusagen, daß seine Schilderung Zustände in den Betrieben der schlesischen Zinkhütten-

gesellschaft nicht zutreffen. Überall finden sich Holz- und Hüttenbetriebe — natürlich für die Geschlechter getrennt. Doch werden die weiblichen Arbeiter überhaupt nicht in den Vergewerken selbst beschäftigt. Der Durchschnittslohn des männlichen Arbeiters beträgt 900—1100 Mark jährlich, gleich also dem Gehalt eines Volksschullehrers auf dem Lande. (Zuruf links: Schlimm genug!) Der Durchschnittslohn für die weiblichen Arbeiter beträgt 360 Mark, doch arbeiten diese Frauen nicht regelmäßig, sonst wäre der Lohn höher. Die Dividenden sind nicht so hoch, wie behauptet wurde; sie betragen in dem Jahrzehnt von 1890—99 allerdings 13 Proz. Im Durchschnitt einer längeren Zeitperiode jedoch waren sie geringer. Es ist aber doch der Zweck der Aktiengesellschaft, hohe Dividenden zu erzielen! Würde die Gesellschaft nicht so viel verdient haben, so hätte sie auch die Hunderttausende für Hausgärten der Arbeiter und andere Wohlfahrtsanstaltungen nicht ausgeben können. (Beifall bei den Nationalliberalen.) Medner erörtert sodann die Mißstände im Automobilwesen.

Staatssekretär Graf Posadowsky geht auf die Frage der reichsgesetzlichen Regelung des Automobilwesens in längeren Ausführungen ein.

Abg. Regalla v. Bieberstein (kons.): Herr v. Gerlach hat an der Hand eines Beispiels von Hungerlöhnen in der Landwirtschaft gesprochen. Das trifft nicht zu. Der eigentliche Dienstherr der Anechte ist nicht der Gutsherr, sondern der Schäfer, und das, was Sie gestern an Köhnen anführten, ist der Zuzusch, den der Gutsherr dem Schäfer gewährt. Wenn man übrigens von Hungerlöhnen in der Landwirtschaft spricht, so verweise ich auf die Heimarbeit-Ausstellung. (Umrufe links.) Dort werden Hungerlöhne gezahlt, aber nicht für Produkte der Landwirtschaft. In dieser sind die Löhne trotz findender Konjunktur gestiegen. Die Wohnungsverhältnisse auf dem Lande sind immer noch besser als die in den Großstädten. Wenn die Landarbeiter aus den Städten nicht wieder aufs Land zurückkehren, so geschieht das nur aus falscher Scham nicht. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Vielfach wird das ganze Mobiliar der Leute von dem Gutsherrn gegen Feuer- und Diebstahlversicherung gestellt. Wir wünschen, daß es den Arbeitern gut geht. Daß das der Fall ist, beweisen die steigenden Sparrenten. Wie gesagt, sind die Löhne enorm gestiegen, aber alles hat eine Grenze. Die kleinen Landwirte und Bauern können die hohen Löhne vielfach nicht mehr zahlen, ohne zugrunde zu gehen. Aber das wollen gerade die Herren von der äußersten Linken und auch Herr v. Gerlach. Wir wissen wohl, wohin die Reise der Herren geht, aber wir machen diese Reise nicht mit. (Bravo! rechts. Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Karcen (Z.): Wiederholt ist hier ein Antrag auf Regelung des Anwerblausweisens angenommen. Seit fünf Jahren wird uns aber von der Regierung erklärt, daß die Erhebungen noch nicht abgeschlossen, und auch vorige Woche ist uns gesagt worden, daß noch Berichte in dieser Angelegenheit ausstehen. Warum ist und nicht in dieser Session bereits ein Gesetzentwurf über diese Materie ausgegangen? Ebenso bedauerlich ist, daß die Frage der Sonntagruhe für die Wirtschaffstaktik noch immer nicht geregelt ist. Wie die Verhältnisse jetzt liegen, kann es nicht bleiben, wenn nicht das ganze Gummifahrtenwesen verworfen soll. Die Erhebungen über die Angelegenheit waren schon 1901 abgeschlossen. (Beifall im Zentrum.)

Abg. Fräßdorf (Soz.):

Ich gehöre zu denjenigen, die den Wert der Arbeiterversicherung nicht unterschätzen, und ich kann meine Befriedigung darüber aussprechen, daß die Ausdehnung der Krankenversicherung auf die Heimarbeiter in Erwägung gezogen wird. Ich möchte daran den Wunsch knüpfen, die Krankenversicherung der Heimarbeiter auf eine breite und starke Basis zu legen. Würden die Heimarbeiter für sich allein versichert werden, so müßten die Beiträge so hoch werden, daß sie sie nicht tragen könnten. Auch die Invalidenversicherung muß auf die Heimarbeiter ausgedehnt werden. Bisher sind nur die Heimarbeiter der Tabak- und die der Textilbranche gegen Invalidität versichert. — Die Zahl der Unfälle ist fortwährend im Steigen begriffen. 1903 hat Graf Posadowsky anerkannt, daß die große Zahl der Unfälle im Gebiete der Bauerngenossenschaft deshalb so hoch sei, weil die Zahl der technischen Aufsichtsbeamten zu gering sei. Die Zahl dieser Beamten ist nun zwar vermehrt worden, aber gegenüber der Vermehrung der Betriebe ist sie durchaus unzureichend. Uns kommt es nicht darauf an, daß der Arbeiter Rente bekommt, sondern daß Leben und Gesundheit der Arbeiter erhalten wird. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Im preussischen Dreiklassenparlament wird man darin, die Unfallrenten bis zu 20 Proz. aufzubringen. Nach der Unfallstatistik vom Jahre 1897 betragen diese Renten 14,77 Proz. der gesamten Unfallrenten, und sie erfordern 7 400 000 M. Die Verringerung der Renten bis zu 20 Proz. wäre eine Ungerechtigkeit gegen die Unfallversicherten. Vor allem aber würden die Versicherungsanstalten dann darauf dringen, daß die Rente auf weniger als 20 Proz. festgesetzt wird. Nun klagt man über die Kosten der Unfallversicherung. Aber gerade in diesem Punkte sind die Renten ungenügend gering; sie gehen auf 800 M., ja 200 M. zurück. Das ist die Volkstrennung! Nun bedenken Sie, wie wenig noch für das Fünftel, für die 20 Proz. übrig bleibt! Die dauernde Erwerbsunfähigkeit ist rapid zurückgegangen, wie aus der Statistik des Herrn Dr. Klein hervorgeht. Sie beträgt jetzt nur noch 1,06 Proz. Das ist die Wirkung der Reichsversicherung, die sich immer seltener dazu entschließt, die Rente für völlige Erwerbsunfähigkeit zu gewähren. Die ärztlichen Gutachten der ärztlichen Personen sind doch oft recht ansehnlich. Ein bedeutender Obergutachter, Dr. Windscheid in Leipzig, hat es ausgesprochen, daß der Arzt immer möglichst im Interesse der Berufsgenossenschaft gutachten solle. Ein Kieler Professor hat behauptet, ein Arbeiter würde allein durch das Bewußtsein, versichert zu sein, so nervös, daß er bald erwerbsunfähig würde. Solche „Gutachten“ sollten nicht vorkommen. Ebenso sollte kein Arbeiter in seinen Ansprüchen abgewiesen werden, weil aus formalen Gründen schon Verjährung eingetreten sei. Ich mache keineswegs den Ärzten allgemein einen Vorwurf; ich kenne viele, denen beim Wissensdrang das Herz noch nicht verloren gegangen ist.

Wohl ist auf dem Gebiete der Invalidenversicherung von einzelnen Anstalten viel getan. Das gilt aber im allgemeinen nicht von den öffentlichen Anstalten. Wir empfehlen hier besonders vordringende Mittel wie die Erstbehandlung. Wir bedauern, daß die Behandlung der Familie, wie sie die schlesische Kasse einführen wollte, nicht genehmigt ist. Die Arbeitervertreter haben sich sehr gut bewährt. Ich verweise auf das Zeugnis, das der frühere Präsident des Reichsversicherungsamtes, Dr. Bödiker, gerade den sozialdemokratischen Vertretern ausgestellt hat. Daß dieser uns das beste Zeugnis ausgestellt hat, wird Herrn Dr. Mugdan aber wohl nicht hindern, uns weiter anzuzweifeln.

Man redet von den großen Kosten der Arbeitgeber. Dr. Jacher, der Senatspräsident des Reichskriegsministeriums, hat nachgerechnet, daß die Kosten der Unternehmer durchschnittlich 5,3 Pf. auf den Tag betragen. Solche Kosten sind doch zu ertragen. Nun ist uns eine Petition der Ärzte zugegangen. Ich will ihnen durchaus ein anständiges Honorar gewähren; was sie dort fordern, geht aber zu weit. Was würden die um Dr. Mugdan wohl sagen, wenn die Arbeiter etwas Ähnliches forderten. Kollege Pajig hat von der Zunahme der Verwaltungskosten bei den Kassen gesprochen. Wir bedauern dies selbst sehr, müssen aber darauf hinweisen, daß diese Mehrkosten vielfach infolge der Einführung der Familienversicherung entstanden sind.

Es sind namentlich vom Abg. Dr. Mugdan Vorschläge zur Beseitigung der Selbstverwaltung der Krankenkassen gemacht worden. Sollten einmal — was nach den Neuzurechnungen des Herrn Reichsfinanzlers im Landtage nicht ausgeschlossen erscheint — gelegliche Änderungen in dieser Richtung kommen, so würde ich diese lex Mugdan nennen und sie neben die lex Heinze stellen. (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Seitdem Herr Mugdan hier im Hause ist, hat er gegen die Selbst-

verwaltung gesprochen. Aber auch der Abg. Wassermann hat neulich ähnliche Ansprache getan wie der Abg. Dr. Mugdan. — Das Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer wird immer besser. Herr Wassermann meinte freilich, die in den Krankenkassen sitzenden Arbeitgeber seien minderwertige Elemente. Aber das bestreite ich, und es ist ja sehr selten, daß wir die Unternehmer gegen die Versicherungen eines Nationalliberalen in Schutz nehmen müssen. Eine Harmonie mit den Arbeitgebern in politischen Dingen läßt sich nicht erzielen, wohl aber sind Arbeitgeber und Arbeitnehmer besonders in meinem engeren schlesischen Vaterlande über die Fragen der Krankenversicherung durchaus einig. Wir möchten auch die Mitarbeit der Arbeitgeber wegen ihrer Erfahrungen in geschäftlichen und finanziellen Dingen gar nicht missen. — Abg. Eickhoff hat uns zwar erklärt, daß eine Besprechung über die Kassenfragen in seiner Fraktion nicht stattgefunden habe. Die freisinnige Volkspartei überläßt das also ohne weiteres dem Abg. Dr. Mugdan, weil sie überzeugt ist, daß er schon das „Richtige“ trifft. Zu derjenigen „Selbstverwaltung“ der Kassen, wie sie Herr Dr. Mugdan vorschlägt, werden nicht einmal die Hirsch-Dumderschen Gewerkschafter ihre Zustimmung geben und ebensowenig die christlichen Gewerkschafter. Daß wir die Krankenkassen dazu gebrauchen, unsere Leute in Stellen hineinzubringen, ist ganz falsch. Unsere Bewegung schwört zu stark an, daß wir für die Gewerkschaften und auch für die politische Partei kaum genug Kräfte finden. Auch befiehlt die Partei als solche niemals die Stellen in den Kassen, sondern das tun die freien Gewerkschaften. Sie aber nennen alles „politische Tätigkeit“: Wenn ein Nationalliberaler an der Spitze eines Kurvereins steht, ist das natürlich keine politische Tätigkeit, steht aber ein Sozialdemokrat an der Spitze eines solchen Kurvereins, so nennen Sie es „politisch“! Durch die Selbstverwaltung der Kassen wird ein Recht für die Arbeiter geschaffen, ohne sie wäre die Rente ein Almosen, und ein solches wollen wir nicht. Dies hat auch der Amtsgerichtsrat Dr. Hahn anerkannt. Herr Mugdan behauptet, die Krankenkassen hätten für die Arbeiter nichts getan. Das kann nur ein Mann sagen, der so befangen ist im Parteipatriotismus wie der Kollege Mugdan. Herr Mugdan verlangt, daß die Arbeiter vor der Regierung auf den Knien dankbar sind für die Wohlthaten der Krankenversicherung. Graf Posadowsky hat diesen falschen Standpunkt schon zurückgewiesen. In der Politik kann von Dankbarkeit keine Rede sein. (Sehr richtig!) Die von Herrn Mugdan erhobenen Fragebogen sind allen Krankenkassen in größeren Städten zugegangen. Ich habe die Fragen genau eingerichtet nach den Verhältnissen, die und gemacht worden sind von Herrn Mugdan und dem Herrn Reichsfinanzler. Also der Vorwurf des Sand in die Augen steuens ist ganz unberechtigt. Herr Mugdan wird ja wissen, weshalb er ihn erhebt; er will sich offenbar für das, was ihm von oben widerfahren ist, dankbar erweisen.

Für die Einschränkung der Selbstverwaltung werden die Arbeiter, auch die katholischen, auf keinen Fall zu haben sein. Was soll das ganze Vorgehen in dieser Richtung? Sie können die Arbeiterversicherung verderben, aber uns können Sie nicht schaden; Sie erhöhen höchstens die Unzufriedenheit der Arbeiter noch. — Herr Mugdan hat seine Vorwürfe gegen die Krankenkassenverwaltungen ganz allgemein erhoben.

Wenn wir es nun ebenso machen würden? Wenn wir einige Fälle, wie sie in Gemeindevertretungen vorkommen, nun allgemein auf die freisinnigen anwenden wollten? Aber meine Genossen in Görlich werden die Rede des Herrn Dr. Mugdan, in der solche Verallgemeinerungen gegenüber unserer Partei eine große Rolle spielen, schon im Wahlkreise verbreiten, ja — sie werden sie wahrscheinlich in ganz Niederschlesien verbreiten, damit die Herren Dr. Müller-Sagan, Kopp und Well auch etwas davon profitieren. (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Vielleicht werden unsere niedererschlesischen Genossen ihre Meinung darüber, ob man die freisinnige Volkspartei als das kleinere Übel bezeichnen kann, revidieren. Ich für meine Person wenigstens würde, wenn ich die Wahl zwischen dem Herrn Kollegen Kardorf und dem Herrn Dr. Mugdan hätte, den Herrn Kollegen Kardorf vorziehen. (Stürmische Heiterkeit.) Denn er ist wenigstens ein offener Reaktionsärz und nennt sich nicht „freisinnig“. In der Richtung ist durch die Rede des Dr. Mugdan die Situation so klar, daß man sagen kann: Er ist ein Teil — wenn auch nur ein kleiner Teil — von jener Kraft, die stets das Böse will und stets das Gute schafft. (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Feil zu Herrndheim (natl.): Der Abg. Wassermann hat nicht, wie der Redner meinte, gesagt, nur die minderwertigen Arbeitgeber nähmen in den Vorständen der Krankenkassen Platz, sondern er hat nur gesagt: tüchtige Arbeitgeber gingen nicht in diese Vorstände hinein, wenn die Sozialdemokraten die Leitung in Händen haben. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Das ist doch dasselbe!) Jedenfalls hat Abg. Wassermann nicht die Arbeitgeber als minderwertig bezichtigt, die sich an der Verwaltung von Krankenkassen beteiligen.

Graf Posadowsky hat die Hoffnung ausgesprochen, daß sich aus der deutschen Sozialdemokratie eine rechte Arbeiterpartei entwickeln werde, wie sie in Australien besteht. Ich habe diese Hoffnung nicht. Ich fürchte, daß erst eine Katastrophe über uns hereinbrechen muß, ehe die Arbeiter zu der Ueberzeugung gelangen, daß sie auf dem Wege der Revolution nicht zum Ziele kommen. In Australien sind die Arbeiter im Gegensatz zu den unsrigen mit den Schuldschulden einverstanden. In der Frage der Heimarbeit hat meine Fraktion vor einigen Jahren zuerst die Initiative ergriffen. Wir haben schon 1898 einen Gesetzentwurf vorgelegt. Erst 1899 ist uns die Sozialdemokratie mit einem ähnlichen Gesetze gefolgt. Wir haben auch eine Spezialinspektion für die Heimarbeit gefordert. Wir versprochen uns natürlich auch nicht übermäßig viel von den Inspektionen, weil die Beamten auch keine Bauern sind und das menschliche Auge eine Grenze hat. Wir bedauern aber, daß seit unseren ersten Anregungen für die 1 300 000 Heimarbeiter so wenig getan ist. Die schrankenlose Gewerkschaft hat die Heimarbeit geschädigt. Da war es doch im 17. und 18. Jahrhundert besser. Schon in der Prederizianischen Zeit hatte man eine Art Arbeitskammern für die Heimarbeiter. Seit zehn Jahren ist aber nichts mehr für den Schutz der Heimarbeit geschehen. Besonders geeignet für die Inspektion auf diesem Gebiete sind die Frauen. Man kann im allgemeinen sagen, daß ein Heimarbeiter an einem Tage so viel verdient, als ein Fabrikarbeiter in einer Stunde. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. v. Oldenburg-Januschau (l.): Unsere Verhandlungen über das Reichsamt des Innern dauern nun schon sechs Tage. Das liegt daran, daß es zweierlei Abgeordnete gibt: für den einen ist es das höchste Glück Parlamentarier zu sein. Für den anderen ist es ein enormes Pöter. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Bleiben Sie doch zu Hause! Große Heiterkeit.) Dies Gros von Abgeordneten kann die Zeit nicht so totschlagen. (Umrufe und Zurufe links.) Wir werden alle diese Reden noch einmal hören. (Oho! bei den Sozialdemokraten.) Jawohl, beim Gehalt des Reichsfinanzlers! (Widerpruch bei den Sozialdemokraten.) Hier wird schon so viel graue Theorie verhandelt, daß der Zusammenhang des Reichstages mit dem wirklichen Leben immer geringer wird und die Theorie schließlich ganz so werden wie theoretische Ideen und nicht wie die Wirklichkeit. (Widerpruch bei den Sozialdemokraten.) Da ich mich zum Wort gemeldet habe, möchte ich Ihnen auch sagen, warum ich es getan habe. (Große Heiterkeit.) Nicht, weil ich glaube, daß aus den Reden überhaupt etwas herauskommt (Große Heiterkeit), sondern weil unter Umständen aus dem Schweigen Schaden entsteht. Der Abg. v. Gerlach kennt die Verhältnisse auf dem Lande, die auf dem Deputat beruhen, nicht. Da ist im vergangenen Jahre bei mir eine alte Frau gestorben. (Große Heiterkeit.) Die hatte in ihrem Unterrock 500 Taler eingetauscht. (Heiterkeit.) Wenn der Abg. Gerlach eine solche in industriellen Kreisen findet, beglückwünsche ich ihn. (Heiterkeit.)



Seider hat aber der Graf Posadowsky seine Erfahrungen nicht im praktischen Leben gesammelt (Große Heiterkeit links), sonst hätte er nicht sagen können, daß man immer mehrere Armenverbände zusammenlegen müsse. Die liegen die Verhältnisse auf dem Lande? (Wiesfache Jurufe links: Traurig!) Ach, Sie kennen ja das Land nicht. Wenn Sie auf das Land kommen, werden Sie ja weggejagt! (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Die bürgerliche Gesellschaft ist entschlossen, sich in nächstfolgender Weise ihrer Haut zu wehren. (Jurufe bei den Sozialdemokraten: „Rhinozeros-Haut!“ Stürmische Heiterkeit.) Nach Ihren berühmten blutigen Sonntag (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten) stand in der „Nordd. Allg. Ztg.“ eine Neuherung, die nicht dazu dient, die Staatsautorität aufrecht zu erhalten, die aber die großen Kreise der nicht revolutionären Massen irre machen muß. Dort stand, es sei nicht hoch genug anzuerkennen, welche Disziplin die Sozialdemokraten gehalten hätten. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Meine Herren, wenn das noch anerkannt werden soll, daß Sie nicht Blah nehmen wollen auf den Bajonetten, das ist ja großartig. (Stürmische Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Das einzige Gute, was auf Ihren Versammlungen gesagt worden ist, das hat der Abg. Hoffmann gesagt, indem er seine Hörer warnte, ja nicht auf die Straße hinauszufragen; denn er sei ein Feind von „öffentlichen Empfängen“. (Stürmische Heiterkeit.) Aber man kann doch die Sozialdemokraten nicht noch dafür loben, weil sie keine Lust haben, auf den Spitzen der Bajonette Blah zu nehmen. (Heiterkeit.) Nur wenn die bürgerliche Gesellschaft fest gegen das unüberlegte, hegerische Auftreten der Sozialdemokratie zusammenhält, dann wird sie auch von Erfolg gekrönt werden. (Inmitten erneuter stürmischer ironischer Weisheit bei den Soz.)

#### Staatssekretär Graf Posadowsky:

Der Abg. v. Oldenburg hat zu meinen Ausführungen über die Bildung von Gesamtarmenverbänden Neuherungen getan, die er vielleicht besser gemacht hätte bei der zweiten Beratung des Gesetzes über die Änderung des Unterstützungswohngesetzes. Im übrigen waren seine Ausführungen vollkommen unangebracht; denn wenn ich der Ansicht wäre, daß das Reich eine solche Bestimmung als Reichsgesetz erlassen sollte, so würde sie als Reichsgesetz vorgelegt worden sein. Das ist nicht der Fall. Aber im preussischen Ausführungsgesetz steht eine Bestimmung, wonach solche Gesamtarmenverbände gebildet werden können. Ich kann dem Abgeordneten v. Oldenburg versichern, daß hochkonservative Männer mit mir der Meinung sind, daß es wünschenswert wäre, die Bestimmung des preussischen Ausführungsgesetzes dahin zu verstärken, daß unter Umständen solche Gesamtarmenverbände gebildet werden sollten, weil vor allem dadurch die schreienden Mißstände der Abchiebung von Armen, wie sie der hochkonservative Herr v. Meyer-Arnswalde so scharf gegeißelt hat, beseitigt werden würden. Im übrigen — wenn die preussische Regierung ein solches Ergänzungsgesetz erlassen will — so würde ja Herr v. Oldenburg im preussischen Landtage seine Stimme erheben können. Herr v. Oldenburg hat sich ferner gegen meine Neuherung über den zunehmenden Materialismus der besitzenden Klassen gewendet. Ich kann nur erklären, daß ich aus hochkonservativen Kreisen zahlreiche zustimmende Schreiben erhalten habe. (Hört! hört!) In denen angegeben wird, daß in zahlreichen konservativen Kreisen über Mangel an Eiferwilligkeit geklagt wird, wenn es sich um große Dinge handelt. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Wenn der Abg. v. Oldenburg sich auf Aufregungen des Reichsanwalters gegenüber den meinigen bezogen hat, so kann ich nur sagen, es besteht keinerlei Dissonanz zwischen dem Reichsanwalt und mir, weder auf allgemein politischen, noch auf sozialpolitischen Gebieten. (Lebhaftes Hört! hört!) An dem Tage, wo solche Dissonanzen eintreten würden, würde ich nicht mehr 24 Stunden in meinem Amte bleiben. (Lebhaftes Hört! hört!) Es scheint, als ob Herr v. Oldenburg mich verantwortlich machen wolle, für Artikel in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“. Herr v. Oldenburg, ich habe keine Zeit, derartige Artikel zu schreiben (Große Heiterkeit), und ich habe auch zu der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ nicht die geringsten amtlichen Beziehungen. Solche Reden, wie sie Herr v. Oldenburg gehalten hat, kann man halten, wenn man freier und unabhängiger Abgeordneter ist. Aber ob Sie jemals einen Staatssekretär des Innern finden werden, der die verantwortungsvolle Politik treibt, die Herr v. Oldenburg wünscht (Sehr gut! links) und ob ein solcher Mann vier Wochen im Amte bleiben würde, das ist mir sehr zweifelhaft.

#### Darauf vertagt sich das Haus. Persönlich bemerkt

Abg. Hue (Soz.): Der Abg. Prinz zu Schönau-Carolath hat an meinen Ausführungen über die schlechten Zinskünten Ausstellungen gemacht, die den Kern der Sache nicht treffen. Ich habe ausdrücklich anerkannt, daß einige Zinskünten besser eingerichtet sind, daß ihnen aber von den anderen eine Schmutzkonkurrenz gemacht wird. Was ich über niedrige Löhne in Schlefien gesagt habe, bezog sich nicht auf die Zinskünten, sondern ausdrücklich nur auf die Holzwerke. Die Dividende der Zinskünten kann nur dann auf einen Durchschnittswert von 6 1/2 Proz. berechnet werden, wenn man den ganzen Zeitraum seit 1856 zusammenschaut. In letzter Zeit betrug die Dividende 17 1/2 Proz. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Wenn ich dem Herrn Wiesberts auf alle Unrichtigkeiten erwidern sollte, so würde mich (mit Bezug auf den Präsidenten) eine Latzine vom großen Glockner her überschütten. (Heiterkeit.) Ich stehe nicht nur faktisch, sondern prinzipiell auf dem Standpunkte, daß alle Arbeiterorganisationen zusammenarbeiten müssen. Ferner protestiere ich gegen die Unterstellung, daß ich über die christlichen Gewerkschaften nicht die volle Wahrheit gesagt hätte. Was die Zulassung der katholischen Fäbriker zum preussischen Bergarbeiterkongress betrifft, so verweise ich auf Seite 35 des Protokolls. Daraus geht hervor, daß ich es war, der für diese Zulassung eintrat, während Kollege Wiesberts ein Gegner dieser Zulassung war. (Hört! hört!) Um zu beweisen, wer Schuld an der Zersplitterung der gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung trägt, habe ich auf die Christlich-sozialen Blätter vom Jahre 1877/78 verwiesen. Dort wird auf Seite 41/42 bestätigt, was ich ausföhrte. Herr Wiesberts war bei meiner Rede noch nicht zugegen und hat offenbar das Stenogramm noch nicht gelesen. Ferner verweise ich auf die historisch-politischen Blätter vom Jahre 1902/1903. Dort wird mein Verhalten 1899 ausdrücklich als richtig anerkannt, und der Verfasser des Artikels heißt Johann Wiesberts! (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Mugdan (sf. Sp.): Ich kann nicht, wie Herr Fröhndorf behauptete, der Neuherung des Herrn Wasserfmann: die Arbeitgebervertreter in den Krankenkassen seien minderwertig — zugestimmt haben, weil ich nach Herrn Wasserfmann gar nicht gesprochen habe. Herr Fröhndorf bezieht sich offenbar darauf, daß er an der betreffenden Stelle „Sehr unrichtig!“ rief, worauf ich mit „Sehr richtig!“ antwortete.

Abg. v. Oldenburg (L.): Graf Posadowsky hat gesagt, ich hätte geäußert, daß er mit dem Reichsanwalt nicht einer Ansicht wäre (Jurufe: Sehr richtig! und Heiterkeit) und hinzugefügt, daß, wenn dies der Fall wäre, er nicht länger an seiner Stelle sein würde. Ich habe aber nur gesagt, eine theoretische Abhandlung, wie sie Graf Posadowsky unmittelbar nach der Rede des Reichsanwalters hier zur Ausführung gebracht habe, sei geeignet, im Publikum den Anschein zu erwecken, daß die leitenden Kreise der Regierung in dieser Frage der Stellungnahme der Sozialdemokratie gegenüber nicht geschlossen sind. Ich halte das . . . . . (Glode des Präsidenten.)

Präsident Graf Ballestrem: Das ist nicht mehr persönlich, was Sie halten. (Große Heiterkeit.)

Abg. Fröhndorf (Soz.): Ich habe nicht behauptet, daß der Abg. Mugdan gesagt habe, daß die Arbeitgeber, die in den Krankenkassenvorständen sitzen, gegenwärtig minderwertige Elemente seien, sondern nur gesagt, er habe den Ausführungen des Abg. Wasserfmann die dahin gingen, zugestimmt, und das hat ja auch Herr Mugdan bestätigt.

Nach einer weiteren persönlichen Bemerkung des Abg. Mugdan wird die Sitzung geschlossen.

Nächste Sitzung: Sonnabend 1 Uhr. (Interpellation betreffend das Unglück auf der Grube „Vorussia“, Etat des Reichsanwalt des Innern.)

Schluß 6 1/2 Uhr.

## Parlamentarisches.

Nicht weniger als ein Mehr von 273 000 M. fordert die Regierung im Etat für Ostafrika zwecks Trennung der Militär- und Zivilverwaltung. Bei dem Bewilligungsgesetz der Mehrheit hielt sie eine eingehende Begründung dieser Forderung nicht für erforderlich. Ueber diese äußerliche Despektierlichkeit brach ein bishiger Unwille in der gestrigen Sitzung der Budgetkommission auch bei der Mehrheit aus. Selbst Herr Paasche witterte kräftig los und verlangte, daß die Regierung in Zukunft sich dazu bequeme, ihre Forderungen zu begründen. Von den geforderten 8 Bezirksamtännern will er aber immerhin 4 bewilligen. Dabei gab Herr Paasche, der im vorigen Sommer einige Monate in Ostafrika weilte, die sehr interessante Mitteilung zum besten, in Ostafrika sei man allgemein überzeugt, daß diese Kolonie für Deutschland verloren sei, wenn im Bezirk Tabora einmal ein Ausbruch ausbrechen sollte. Der Bezirk liegt etwa 500—600 Kilometer von der Küste entfernt und ist sehr bevölkert. Der Abg. Müller-Sagan führte aus, daß ihm bekannt geworden sei, daß die Offiziere nicht einmal die Zivilbeamten am gleichen Tische dulden. Auch Abg. Spahn protestierte gegen die Art, wie die Reorganisationsforderung vorgelegt worden ist. Die Abgg. Ledebour und Südekum verlangten die Konsequenz zu ziehen und die Forderung abzulehnen. Aber mit 13 gegen 12 Stimmen wurden nur 4 Bezirksamtännern geteilt; die drei geforderten Residenten mit Mehrheit genehmigt. Zur Begründung der Forderung von sechs Forstbeamten führte ein Oberförster als Kommissar aus, daß Ostafrika große und schöne Waldbestände habe, die im Etat einmal eine nützliche Rolle spielen werden. Die Ausnützung dieser Waldbestände sei dringend geboten, schon deshalb, weil Deutschland nur die Hälfte seines Holzbedarfes produzieren kann. Norwegen und Rußland, auf die Deutschland mit seinem Holzbedarf angewiesen, pflegen keine ordentliche Waldwirtschaft. Daher müsse in absehbarer Zeit ein Holzmangel eintreten. Da müssen dann die Kolonien, unter ihnen besonders aber Ostafrika, einspringen, das in den sieben Küstenbezirken allein rund 250 000 Hektar Hochwald aufweise, von den großen Waldungen im Innern des Landes ganz abgesehen. Die Waldungen in den Küstenbezirken werden „über“ 5 Millionen Hektar Rußholz ergeben, eine Holzmenge, die auf das Fünftfache bei einer zweimäßigen Forstwirtschaft gesteigert werden könne. Die Regierung verlange dazu in diesem Jahre 230 000 M. Beim Abg. Paasche jündeten diese Angaben außerordentlich. Sie verleiteten ihn zu einer begeisterten Schilderung des ostafrikanischen Holzreichthums und der Güte des Holzes. Der Mantrobenbestand (Gerbrinde, die angeblich viel wertvoller sein soll als Quebracho) werde auf einen Wert von 800 Millionen Mark taxiert. Auch der Affenbrotbaum soll eine vorzügliche Rinde liefern, die zur Papierfabrikation gebraucht werden kann. Nach Herrn Paasche hat dieser Baum die lobenswerthe Eigenschaft, seine süßliche Rinde in etwa fünf Jahren wieder zu ergänzen, wenn die alte abgehäutet worden ist. Auch der Anbau des zur Herstellung von Schießpulver notwendigen Kampfers lohne sich in Ostafrika; kurz, Herr Paasche zauberte ein wirtschaftlich verführerisches Bild herbor. Sein Fraktionskollege Dr. Semler, der auch im vorigen Jahre den parlamentarischen Wummel in die Kolonien mitgenommen hat, zerstörte dies sofort. Er erklärte, er glaube nicht an all diese schönen Schilderungen, ebenso wenig daran, daß in absehbarer Zeit das Holz in den Kolonien für Deutschland nutzbar zu machen sei. Ueberhaupt wisse er ganz entschieden alle diese optimistischen Angaben der angeblich im Ausficht stehenden Millionen ebenso jurid, wie die dabei auch gegebenen Versprechungen. Er bewillige nur deshalb die geforderte Summe, um eine Gefährdung der heutigen Waldbestände zu verhüten. — Die Fortsetzung der Beratung findet am Dienstag statt.

#### Einkimmige Ablehnung der Regierungsvorlage.

Die Finanzreformkommission beschloß gestern mit der Vorlage betreffend Änderung des Reichsstempelgesetzes. Danach soll der Tarif zum Stempelgesetz vom 14. Juni 1900, wonach Kammolemente und Frachtbriefe im Schiffsverkehr zwischen inländischen und ausländischen Häfen einer Stempelsteuer unterliegen, ausgedehnt werden auf Kammolemente, Frachtbriefe, Ladefcheine, Einlieferungsscheine im Schiffsverkehr zwischen inländischen See- oder Fluhhäfen sowie auf alle sonstigen Frachtbriefe, ferner auf Paketadressen, Gepäckscheine, Beförderungsscheine oder andere eines der bezeichneten Papiere erziehende Schriftstücke pro Stück mit 10 Pf. Der Referent Bernste in berichtet, daß zahlreiche Petitionen aus allen Kreisen der Bevölkerung aus dem ganzen Reiche eingegangen sind, die den Reichstag ersuchen, diese Verkehrssteuer abzulehnen. Es befinden sich unter diesen Petitionen solche von großen Korporationen und Verbänden selbständiger Gewerbetreibender und Geschäftsleute, Handelskammern usw. Fast alle stimmen darin überein, daß diese Steuer den Mittelstand und die Kleinrentnerbetreibenden am allerstärksten treffen und die Gewerbesteuer um das Vielfache erhöhen würde, soweit die Geschäftsleute nicht in der Lage wären, die Steuer auf das Publikum abzumägen. Bernste in schließt mit der Bemerkung, daß die Sozialdemokraten gegen die Vorlage stimmen würden, weil sie verkehrshemmend, mithin kulturfeindlich zu wirken geeignet sei. Im gleichen Sinne äußert sich auch der Antilemit Raab.

Aber er empfiehlt die Annahme eines inzwischen von Müller-Fulda eingebrachten Antrages, der eine Steuer von 20 Pfennigen vorschlägt für Frachtbriefe im inländischen Eisenbahnverkehr, wenn die Urkunde über die Ladung eines ganzen Eisenbahnwagens lautet, bei einem Frachtbetrage von nicht mehr als 25 Mark, bei höheren Beträgen 50 Pf.

Der Reichshauptsekretär bestreitet, daß die kleinen und mittleren Gewerbetreibenden durch die Vorlage besonders schwer getroffen würden, vielmehr sei die Regierung von dem Grundgedanken ausgegangen, damit in erster Linie die großen Waren- und Versandhändler zu treffen, was den anderen Gewerbetreibenden zugute kommen müsse. Ein Gewerbetreibender, der es nicht versteht, diese geringe Steuer auf seine Kunden abzumägen, habe seinen Verstand verkehrt!

In Frankreich bringe die gleiche Steuer 33 1/2 Millionen Frank. in Oesterreich-Ungarn 20 Mill. Kronen. Es sei ja gar kein neues Prinzip, das damit in die Steuerleggebung getragen werde, sondern nur der Ausbau von Vorhandenem. Wenn auch diese Vorlage abgelehnt würde, so werde es immer schwieriger, durch andere Steuervorschläge das große Defizit zu decken. Auf die wiederholt in der Kommission wie auch schon im Plenum angeregte Frage, warum man nicht dem Branntwein zu Leibe gegangen sei und die Liebesgabe heranzöge, habe er zu erklären, daß die Regierung auf dem Standpunkt stehe, daß ein solches Regimen für die kleine Landwirtschaft geradezu verhängnisvoll sein würde. Er schließt damit, die Anhänger der indirekten Steuern recht dringend zu ermahnen, doch nicht in der bisherigen Weise fortzufahren; denn mit jedem Stück, das sie von der Regierungsvorlage abdröckeln, arbeiten sie denen in die Hände, die das Prinzip der indirekten Steuern belächeln und für direkt eintreten! Wenn sollte sich vergegenwärtigen, daß die geforderten Beträge beschafft werden müssen zur Erhaltung der Reichstellung des Reichs. Handel und Industrie haben 35 Jahre den Frieden gehabt und seien jetzt verpflichtet, zur weiteren Hebung und Förderung der Kultur Opfer auf sich zu nehmen.

Müller-Fulda bemerkt, daß das große Defizit des Reichs nicht durch die Erhaltung des Friedens, sondern hauptsächlich durch die Welt- und Kolonialpolitik hervorgerufen sei. Er ist Gegner der Vorlage und tritt für seinen Antrag ein.

Genosse Singer erblickt sowohl in der Vorlage wie in dem Antrage eine Gefährdung der freien Entwicklung des Handels und Verkehrs sowie eine Verletzung des Konsums. Letzteres sei bisher immer bestritten, heute aber vom Schatzsekretär selber zugegeben worden. Also eine weitere Belastung der wirtschaftlich Schwachen zu der, die die neuen Handelsverträge mit den erhöhten Zöllen ohnehin schon mit sich bringen. Merkwürdig sei, daß die Branntweinbrennerei mit den Liebesgaben immer das Kränlein Rührmischungen sei, während man sich doch gar nicht geniere, andere Gewerbe ungebührlich zu belasten und in fortgesetzter Unruhe zu erhalten. Die Vertreter des Volkes hätten die Pflicht, darauf zu achten, daß die erforderlichen Mittel nicht den Schwachen aufgebürdet würden. Durch die Liebesgaben werde auch die kleine Landwirtschaft geschädigt, die ihre Produkte direkt an Konsumenten verkende. Genug, alles spreche gegen die Regierungsvorlage und auch gegen den Antrag. Zur Erbschaftsteuervorlage würden wir Anträge einbringen, die geeignet wären, aller Not des Schatzsekretärs ein Ende zu machen.

Finanzminister v. Rheinbaben bemerkte auf die Ausführungen Singers, daß die Regierung die Vorlage daraufhin geprüft habe, ob sie geeignet sei, die kleine Landwirtschaft zu schädigen. Hätte man das annehmen dürfen, so wäre sie nicht eingebracht worden. Im übrigen ist er überzeugt, daß die kleinen Geschäftsleute keinen Schaden durch die Steuern erleiden, im Gegenteil, sie würden Nutzen davon haben. Diese Anschauung wurde sowohl von unieren Genossen Lipinski, Bernste in und Reichhaus wie auch von den freikämfigen Kämpf und Dr. Wiemer gründlich widerlegt usw., von Lipinski unter Details der Schilderung der Verhältnisse im Buchhändlergewerbe. Er führt den Beweis, daß die Belastung der sächsischen Buchhändler 50 Proz. und der preussischen 200 Proz. der Staatssteuer bringen würde, ohne daß es ihnen möglich sei, auch nur einen Pfennig davon auf das Publikum abzumägen.

Nachdem sich auch Dietrich und Westermann gegen die Vorlage ausgesprochen, obgleich sie bereit sind, die Kosten für die Weltpolitik, die das Volk will, aufzubringen, erfolgt die Abstimmung. Dabei ergab sich für die Regierungsvorlage auch nicht eine Stimme.

Der Antrag Müller wurde mit 17 gegen 9 Stimmen (Sozialdemokraten, Freikämfige und der Pole) angenommen.

Am Dienstag soll mit der Beratung der Fahrkartensteuervorlage begonnen werden.

## Aus der Partei.

#### Genosse Löbe

sendet uns zu der Notiz über die Zurückziehung seiner Revision folgende Klarstellung der Motive seines Entschlusses:

Rechtsanwalt Heine habe ihn anfänglich zur Einlegung der Revision veranlaßt; die Zurückziehung erfolgte aber auf den eigenen Wunsch Löbes und nach Rücksprache mit den führenden Genossen Weislaus, nachdem sich Löbe überzeugt hatte, daß seine Arbeitsfähigkeit bei der Ausficht auf die bevorstehende lange Gefängnisstrafe erheblich litt. So lange begründete Ausficht auf eine erfolgreiche Revision bestand, wäre nach Löbes Verankerung dieser Grund für ihn nicht in Betracht gekommen; als aber diese Ausficht nicht mehr bestand, glaubte er seine Revision zurückziehen zu können, da die Rücksicht auf die politische Agitation in diesem Falle ihre Grenze finde an der Leistungsfähigkeit des einzelnen. Der Verteidiger Genosse Heine hatte auf diese Entschließung keinen Einfluß.

Ein sozialdemokratischer Schöffe. Diese Seltenheit hat nun auch das Ruhrgebiet aufzuweisen und zwar ist es die Stadt Essen, die ihn besitzt. Es ist unser Parteisekretär Genosse Wähler, der mit dem Amt betraut ist. Vor wenigen Tagen ist er zum ersten Male zu einer Gerichtsitzung zugezogen worden.

Nachwahl in Kaiserlautern. Für die am 21. März d. J. stattfindende Reichstagsersatzwahl für den Wahlkreis Kaiserlautern-Kirchheimbolanden stellen unsere Genossen den Landtagsabgeordneten Segny als Reichstagskandidaten auf.

#### Ein „Sozialist“, der einen Königsstuhl aufbringt.

Paris, 6. Februar. (Fig. Ver.)

Herr Brausse, der einstige Jünger Bakunins, leidet im „Possibilismus“ immer erksamlicher. Der Verkehr mit den Majestäten, die er, mit den „Jugereisten“ nicht zufrieden, neuerdings sogar im Auslande aufsucht, ist ihm offenbar so zu Kopf gestiegen, daß er für seine Loyalitätsgeföhle fortdauernd neue Ventile öffnen muß. Und in Ausdrücken von Trinksprüchen nimmt er schon mit den fleißigsten Monarchen Europas auf. Seit gestern sind die Mitglieder des Londoner Grasschaftsrates in Paris, zur Erwiderung des Besuchs, den die Pariser Gemeinderäte ihnen im Herbst gemacht haben. Da die Mehrheit des Grasschaftsrates ebenso aus Radikalen besteht wie die des hiesigen Gemeinderates, haben nicht einmal die so oft angerufenen „repräsentativen Pflichten“ eine Verhinderung vor dem in Eduard VII. so ausgiebig verkörperten monarchistischen Prinzip verlangt. Herr Brausse kann nun einmal nicht anders. Beim gestrigen Bankett im Stadthaus ließ er — zum nicht geringen Erstaunen manches englischen Sozialisten — den englischen König und seine Familie hochleben. Wohlgerührt, nicht nur den offiziellen Träger der britannischen Staatsmacht, sondern gleich die erhabene Verwandtschaft mit; damit die byzantinische Korrektheit vollkommen sei. — Das Wahlkomitee Brausses, die einzige Instanz, die dieser unabhängige Geist anerkennt, wird zu der neuesten Leistung wohl ebenso seinen Segen geben, wie zu den früheren. Indessen wird der selbstgefällige alte Herr, der seine Selbstenheit vorübergehen läßt, ohne eine hochpolitische Ansprache vor sich hinzumurmeln, in und außerhalb der Partei von niemand ernst genommen. Für die organisierten Sozialisten ist Brausse ein aus der Partei tatsächlich ausgeschiedener Ausgebirger der Politik, dessen eigensinnige Kinderreien niemand verpflichtet.

#### Polzcellen, Gerichtliches usw.

Ein neuer Preßprozeß ist gegen die „Königsberger Volkszeitung“ eingeleitet worden. Genosse Crispian soll den Kriegerverein in Marggrabowa beleidigt haben. Es handelt sich um die Notiz, in der geschildert wurde, wie man einen Veteranen in Marggrabowa behandelt hat. Diesen Mann hat der Kriegerverein nur deshalb, weil seine Angelegenheit in der sozialdemokratischen Presse veröffentlicht worden war, ausgeschlossen. Durch die Kritik der „Volkszeitung“ föhlt sich der Kriegerverein beleidigt und ist deshalb zum Kadi gelaufen. Wie es scheint, hat der Staatsanwalt die Sache in die Hand genommen, da Crispian vom Untersuchungsrichter vernommen wurde. Es muß also nach Ansicht des Staatsanwalts öffentliches Interesse vorliegen.

## Die

„Leipziger Volkszeitung“ vor Gericht.

Leipzig, 9. Februar 1906.

#### Telegraphischer Bericht.

Vor der 6. Strafkammer des Leipziger Landgerichts begann heute früh der vielbesprochene Prozeß gegen die „Leipziger Volkszeitung“ wegen Aufreizung (§ 130 St. G. B.), begangen durch 25 Artikel des Blattes. Angeklagt ist der verantwortlich zeichnende Redakteur des Blattes, Friedrich Ostler Feinig. Die Anklage geht dahin, daß durch diese 25 Artikel, welche die russische Revolution und die sächsische Wahlrechtsbewegung behandeln, in einer



den öffentlichen Frieden gefährdenden Weise verschiedene Klassen der Bevölkerung zu Gewalttätigkeiten gegen einander ausgeübt worden seien.

Die Verhandlung begann um 9 Uhr unter dem Vorsitz des Landgerichtsdirektors Maulisch. Die Anklage vertritt Oberstaatsanwalt Boehme. Verteidiger sind die Rechtsanwälte Hübler und Dr. Drucker. Vor Eintritt in die Verhandlung beantragte Verteidiger Hübler: als Sachverständige zu laden 1. Geh. Regierungsrat Professor Dr. Adolf Wagner-Berlin, 2. Professor Dr. Delbrück-Berlin, 3. den Nationalökonom Professor Dr. Diehl-Königsberg. Nach Ansicht der Staatsanwaltschaft bestünde unter den unter Anklage gestellten Artikeln eine Fortsetzung und ein Zusammenhang. Die Staatsanwaltschaft folgere aus der Anwendung der gleichen Ausdrücke „Klassenkampf“, „Revolution“ und so weiter. Es wird nun seitens des Angeklagten behauptet: „Vorj. (unterbr.): Und liegt noch gar keine Behauptung des Angeklagten vor und die Artikel kennen wir ja noch gar nicht. — Vert.: Ich glaube, damit der Abkürzung der Verhandlung dienen zu können. — Vorj.: Es ist aber wollen wir die Artikel lesen und den Angeklagten hören.“

**Vernehmung des Angeklagten.**

**Angeklagter Heinig:** Die Anklage geht von der Voraussetzung aus, daß in den Artikeln, die für eine Verschärfung des Wahlrechtskampfes eintreten, zum Aufbruch aufgefordert werde. Sie geht davon aus, daß wir mit der russischen Revolution sympathisieren und uns mit ihr solidarisch erklären. Ich kann aber nicht zugeben, daß daraus hervorgehen sollte, daß wir bei unserem Wahlrechtskampf dieselben Mittel anwenden wollen, wie das russische Volk. Wenn wir uns mit dem russischen Volk solidarisch erklären, so ist damit noch nicht gesagt, daß wir dieselben Mittel anwenden wollen. Die ganze bürgerliche Presse bis auf einige konfessionelle Blätter und die ganze bürgerliche Intelligenz haben der russischen Revolution ihre Sympathie bewiesen. Die Sozialdemokratie hat stets die Anwendung von Gewalt zurückgewiesen; die Sozialdemokratie ist in jeder Weise eine Partei der Gerechtigkeit. Sie verachtet prinzipiell jedes Mittel, das gegen das Gesetz verstößt, und verachtet jeden Gewaltakt. In den Schriften von Marx und Engels ist das klar ausgesprochen. Es findet sich nicht eine Stelle, die zu Gewalttätigkeiten auffordert; im Gegenteil, es ist ausgesprochen, daß die Sozialdemokratie gewaltlose Mittel zurückweist. Meine Herren! Ich habe keine Veranlassung, hier öffentlich im Gerichtssaal die Prinzipien der Sozialdemokratie zu verleugnen. Das wäre eine erbärmliche Freigabe; aber es ist Tatsache: die Sozialdemokratie denkt nicht daran, Gewalt anzuwenden. Die bisherigen Revolutionen waren bürgerlicher Natur, und auch in Russland hat die Arbeiterschaft, so weit die Sozialdemokratie in Betracht kommt, nur das ökonomische Kampfmittel des Massenstreiks angewendet.

Die Wahlrechtsbewegung hat seit der Wahlrechtsänderung nie aufgehört. Die Wahlrechtsdemonstrationen haben sich in Leipzig ganz friedlich abgespielt, und auch in Dresden wäre es ohne das Vorgehen der Polizei auch nicht so weit gekommen. Nachgewiesen aber ist, daß es nicht Sozialdemokraten waren, welche dort Ausschreitungen begangen haben, dazu ist die Sozialdemokratie viel zu gut diszipliniert. Daß die Sozialdemokratie nicht daran denkt, Gewalt anzuwenden, zeigt ihr Verhalten gegenüber den Versammlungsverböten. Trotzdem hier alle verbrieften Rechte aufgehoben wurden, hat die Sozialdemokratie sich gefügt. Wir haben uns gesagt, daß wir gegen die Gesetze und gegen die Gewalt nichts machen können. Die Sozialdemokratie respektiert die Gesetze und hält auf Disziplin. — Auf eine Anfrage des Vorsitzenden erklärt der Angeklagte, die Verantwortung für alle Artikel, die er bis auf eine Annonce sämtlich gelesen habe, als verantwortlicher Redakteur zu übernehmen.

**Vors.:** Sie sind aber nicht der Verfasser?

**Angekl.:** Nein.

**Vors.:** Und die Verfasser werden nicht genannt?

**Angekl.:** Nein.

**Vors.:** Wie groß ist die Auflage der „Leipziger Volkszeitung“?

**Angekl.:** 40.000.

Es werden dann die 25 Artikel verlesen; dieselben datieren aus der Zeit vom 4. Dezember vorigen Jahres bis zum 11. Januar dieses Jahres.

Auf Fragen über den Sinn einzelner Wendungen, wie „auf der ganzen Linie muß die Schlacht entbrennen“ legt Angeklagter aus dem Zusammenhang des Artikels dar, daß es sich nur um einen rein geistigen Kampf handelt. In einem Artikel wird die Theorie des Klassenkampfes behandelt und dieser als zurzeit notwendiges Mittel bezeichnet. Der Angeklagte erklärt, daß dieser Artikel von dem Professor der Mathematik an der Universität Leiden, **Pannekoek**, herrührt. — **Vert. R. A. Hübler:** Der Verfasser Pannekoek hat mit einem Brief geschrieben, worin er sich als niederländischer Beamter und Observator der Universitätsbibliothek in Leiden bezeichnet und auch ersucht, ihn als Verfasser anzugeben.

Als der Vorsitzende einen Artikel mit der Überschrift „Mitte in Sachen“ zur Verlesung bringen will, erhebt der Angeklagte hiergegen Widerspruch, da der Artikel nicht in der Anklageschrift enthalten, sondern erst nachträglich in den Eröffnungsbeschluss aufgenommen worden sei. — **Vors.:** Das ist richtig. Der Artikel soll außer der Aufreizung auch eine Beleidigung der zweiten Kammer enthalten, die deshalb aus § 185 St. G. B. Strafantrag gestellt hat. Der Beschluss des Landgerichts ist Ihnen auch bekannt geworden, auch ist der Eröffnungsbeschluss schon 8 Tage in Ihren Händen. — **Angekl.:** Ja wohl. — **Vert. Dr. Drucker:** Die Verteidigung hält das hier eingeschlagene Verfahren für prozessual unzulässig und eine Beschränkung der Verteidigung für vorliegend. — **Oberstaatsanwalt Boehme:** Das Verfahren ist nach der Strafprozessordnung zulässig. Die Eröffnungskammer hat eine fortgesetzte Handlung in der Handlung der „Leipziger Volkszeitung“ im Monat Dezember angenommen, und dieser Artikel steht mitten drin. Der Angeklagte ist auf diese Anklage längst vorbereitet, im Landtag hat man darüber verhandelt und die „Leipziger Volkszeitung“ hat dazu ausführlich Stellung genommen und geschrieben: Wir sehen der Anklage mit aller Würdigkeit entgegen. Außerdem sind die Beleidigungen so „knappbündig“, daß gar kein Zweifel möglich ist. — **Angekl.:** Ich widerspreche der Auffassung des Staatsanwalts. — **Vert. Dr. Drucker:** Nach § 199 der Strafprozessordnung ist das hier eingeschlagene Verfahren unzulässig. Es handelt sich hier um ein Verbrechen, das genaue Substantierung verlangt. Es ist rechtlich unzulässig, eine ganze Monatsperiode einer einzelnen Zeitung ohne genaue Substantierung der einzelnen inframittierten Artikel unter Anklage zu stellen. Sowohl mein Kollege Hübler wie ich erklären, daß wir für diesen Artikel keine Verteidigung führen werden.

**Oberstaatsanwalt Boehme:** Ich will nur noch sagen, daß es nur von Vorteil für den Angeklagten ist, wenn die Sache gleich jetzt mit Verhandelt wird.

**Der Angeklagte widerspricht.** — **Vors.:** Der Gerichtshof wird Beschluss fassen. — Nach längerer Beratung beschließt das Gericht, den Artikel „Mitte in Sachen“ zu verlesen. Der Artikel behandelt die Interpellation des sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten Goldstein über das Verhalten der Dresdener Polizei bei den Straßendemonstrationen. Die zweite sächsische Kammer wird darin kritisiert.

**Angekl. Heinig:** Ich werde auf den Inhalt des Artikels nicht eingehen, da ich von vornherein gegen seine Verlesung protestiert habe.

Nach Verlesung der meisten zur Anklage gestellten Artikel macht der Vorsitzende darauf aufmerksam, daß am Schlusse des Eröffnungsbeschlusses die Worte „zu Gewalttätigkeiten“ fehlen; es muß heißen: „zu Gewalttätigkeiten öffentlich ausgeübt haben“. — Das Gericht beschließt, noch weitere nicht unter Anklage gestellte Artikel zu verlesen.

**Vert. R. A. Hübler:** Nunmehr beantrage auch ich die Verlesung einer Reihe von Artikeln. In einem Teil dieser Artikel wird ganz glatt ausgesprochen, daß die „Leipziger Volkszeitung“ von Gewalttätigkeiten jeder Art direkt abrät. Zweitens wird sich zeigen, daß die „Leipziger Volkszeitung“ ihre Kritik der Dresdener Vorgänge unter ausdrücklicher Bezugnahme auf bürgerliche Blätter geübt hat. Darauf wird hervorgehoben, daß die „Leipziger Volkszeitung“ gegen andere Klassen nicht aufreizen wollte.

Die Artikel werden verlesen. Einer dieser Artikel, welcher die Bemühungen des Dresdener Oberbürgermeisters Dr. Veuller die Straßendemonstrationen am goldenen Sonntag im Interesse der Heinen Geschäftseute zu verhindern, bespricht, schließt mit den Worten: „Die Polizei zückt und die Kundgebungen der Arbeiter werden in aller Ordnung verlaufen.“ — **Angekl.:** Dieser Artikel zeigt klipp und klar, daß die Sozialdemokratie mit der Anwendung von Gewalt nichts zu tun hat und daß immer nur die Anwendung ökonomischer Mittel im Auge behalten wurde.

Verteidiger Rechtsanw. Hübler wiederholt seinen Antrag auf Vernehmung der Professoren Wagner, Delbrück und Diehl. Sie sollen darüber vernommen werden, daß in der sozialistischen Literatur wie Journalistik sich ein bestimmter Sprachgebrauch herausgebildet habe und Worte wie Klassenkampf, Klassengegnung und revolutionäre Taktik nicht im Sinne von Gewaltanwendung zu verstehen seien. Darüber könnten die Herren, welche die sozialistische Bewegung berufsmäßig lehren, Auskunft geben. Die Verteidigung schlägt diese Herren vor, deren Neutralität zweifellos sei. Er wolle auch den Schluss aus dem Gutachten ziehen, daß Arbeiter, welche die Anwendung dieser Worte täglich hören oder lesen, darunter auch nicht die Aufforderung zur Anwendung physischer Gewalt verstehen könnten.

Verteidiger Rechtsanw. Dr. Drucker: Gegenüber der Anklage, welche sich auf die Verhandlungen des Jenerer Parteitages stützt, weil die Artikel darüber bezwecken sollen, den Aufbruch von Ausland nach Deutschland zu verpflanzen, wird die Vernehmung der Herren auch darüber nötig sein, daß das, was der Angeklagte über die Ziele der Sozialdemokratie gesagt hat, den Tatsachen entspricht und das Ziel der Sozialdemokratie nicht darauf gerichtet ist, eine Umwälzung durch gewalttätige Mittel herbeizuführen, sondern durch die weitere naturgemäße Entwicklung der Gesellschaft diese umzugestalten.

**Oberstaatsanwalt Böhme:** Ich bitte den Antrag abzulehnen, denn über das, was die Sachverständigen ausfragen sollen, sind wir wohl in der Lage, uns selbst ein Urteil zu bilden.

Das Gericht lehnt den Antrag der Verteidigung auf Vernehmung der Sachverständigen ab. Unter den zur Anklage gestellten Artikeln befindet sich z. B. der Aufruf des internationalen Komitees vom 22. Januar und ein Inzerat der Buchhandlung Vorwärts, in dem die von dieser herausgegebenen Silbesternummer angezeigt wird.

Es erhebt sich Wort zur Vertretung der Anklage **Oberstaatsanwalt Böhme:** Das war der Konfliktprozess, den die „Leipziger Volkszeitung“ in Aussicht gestellt hatte. Es war nichts als ein gewöhnlicher Strafprozess wegen ganz gewöhnlicher Verstöße gegen das Strafgesetz. Der Angeklagte trägt die Verantwortung. Er sagt, daß er die Artikel sämtlich gelesen habe. Der Angeklagte ist ein alter erfahrener Redakteur, das Liebesleben eines Artikels genügt, um den Inhalt zu kennen, und das wird noch erleichtert durch die schönen Stichmarken. Glaubhaft dagegen ist, daß der Angeklagte diese Artikel nicht verfaßt hat. Es sind mehrere gewesen. Einen hat er ja genannt, aber es ist zufällig ein Ausländer. Wer die andern sind, wissen wir nicht, das können wir nur vermuten. Es ist nicht einer gewesen, vielleicht Schüler des Angeklagten. Aber sie stehen nicht unter Anklage. Aber man kann sagen, die politischen Redakteure der „Leipziger Volkszeitung“ sind seine Freunde der Verantwortlichkeit, sonst würden sie hierher kommen und gesagt haben: Ja, wir haben es geschrieben, wir finden nichts darin und tragen die Verantwortung! Allein die politischen Redakteure der „Leipziger Volkszeitung“ lieben nicht die Verantwortung. Möglicherweise ist ihnen ihre Persönlichkeit zu lieb und sie halten die Vorsicht für den besseren Teil der Tapferkeit. Sie haben sich nicht gezeigt, wohl aber haben sie nach dem Erscheinen der Anklage in Ausdrücken wie „Straut und Mühen“, „böhmische Wälder“, „Komik“ usw. geschrieben. Der Angeklagte ist, wie wir gesehen haben, intelligent, ihm konnte kein Zweifel darüber aufsteigen, daß der Artikel Beleidigungen enthält. Er wimmelt ja auch von Beleidigungen der Minister und aller möglichen Personen. Es ist ja nicht gesagt, daß das Gericht schon heute glaubt, eine Verurteilung wegen Beleidigung eintreten lassen zu können. Dann beantrage ich aber die ganze Nummer 200 der „Leipziger Volkszeitung“ auszuscheiden, auch von dem Gesichtspunkte des § 130, der bei diesem Artikel etwas zurücktritt, damit später nicht der alte juristische Grundtag: no bis in idem (zweimal darf nicht wegen derselben Sache bestraft werden) eingewendet werden kann. — Ich wende mich zu dem zweiten Delikt der Aufreizung zum Klassenhass.

Die Staatsanwaltschaft nimmt hier eine fortgesetzte Handlung an. Die „Leipziger Volkszeitung“ hat heute und früher in der Aufreizung und Aufwiegelung der Arbeiter unter größter Entstellung der Wahrheit sehr viel geleistet. Ich will nicht auf den Parteitag in Jena zurückkommen. Die „Leipziger Volkszeitung“ ist sehr und stärker geworden. Sie hat die Grenzen des Erlaubten überschritten, als die russische Revolution aufsteigend zum Sieg zu führen schien. In dieser Zeit erschienen die Dezembernummern der „Leipziger Volkszeitung“. Die Revolution war der „Leipziger Volkszeitung“ in den Kopf gestiegen und aus dieser Stimmung heraus entstand die Aufforderung, es genau so zu machen, russisch zu reden und russisch zu handeln. Dieselbe Auffassung wie bei der Anklagebehörde, ist ja im eigenen Lager der „Leipziger Volkszeitung“ ausgesprochen worden. Ich will das nicht näher ausführen, der Angeklagte weiß es wohl so gut wie ich. Gegen diese Artikel ist der bekannte Dresdener Artikel rein gar nichts oder wenigstens lange nicht so schlimm. Es kann unmöglich eine direktere Aufforderung zum Aufbruch geben. Ich habe es nicht nötig, die Tendenz der „Leipziger Volkszeitung“, die Befinnung ihrer Führer anzuführen. Die Artikel sprechen für sich. Die Sprache der „Leipziger Volkszeitung“ ist revolutionär durch und durch. Es heißt, russisch reden und russisch handeln. Da ist keine Spur von bildlichem oder geistigem Kampf. Manchmal sind die Aufforderungen zu Gewalttätigkeiten direkt ausgesprochen, manchmal nur zwischen den Zeilen zu lesen und manchmal wird auch abgewiegelt. Ich denke es mir so, daß der betreffende Redakteur oder Schreiber immer das Strafgesetzbuch neben sich hat, um sich auf der schmalen Kante des gesetzlich Zulässigen zu halten. Er fragt sich immer: Was kann ich tun, ohne mich strafbar zu machen? Da wird denn auch einmal gegen Gewaltmittel gesprochen. Ich meine aber, das ist zur eigenen Sicherung, damit man ein Loch hat, herauszukommen und zu sagen: Das ist unser Sprachgebrauch und wir haben ja selbst von Gewalt abgeraten. Es ist nicht nötig, daß die Artikel Gewalttätigkeiten bewirken haben; es genügt, wenn die Stimmung zu Gewalttätigkeiten gemacht wird, und das ist der „Leipziger Volkszeitung“, die die Arbeiter ohnehin schon verbittert hatte, glänzend gelungen. Es ist das die allbekannte „Fraktur“ der „Leipziger Volkszeitung“, auf die sie selbst so stolz ist. Die „Leipziger Volkszeitung“ lemt ihre Leser und ihre Leserschaft, das sich sehr oft in die beachtlichste Stimmung hineinbringen läßt. Absicht war, die Besitzlosen gegen die Besitzenden aufzuheben und die Besitzenden in Furcht und Schrecken zu versetzen. Das erstere ist denn auch gelungen. — Ich beantrage, den Angeklagten zu verurteilen 1. wegen öffentlicher Beleidigung der zweiten sächsischen Kammer; 2. wegen Aufreizung zu Gewalttätigkeiten.

**Der Schwerpunkt liegt in der Strafzumessung.** Hierbei kommt die Person des Angeklagten in Betracht. Er hat zwar die Artikel nicht selbst geschrieben, war aber auch kein blindes Werkzeug; er ist ein intelligenter bewährter, alter „Genosse“ und kein Sigredakteur. Die Beleidigung ist verübt mit einer beispiellosen Dreistigkeit, ist gerichtet gegen eine Volksvertretung, gegen eine Versammlung angehender Bewährter, von ihren Kreisen gewählter Männer, die nur den einen Fehler haben, daß sie anderer politischer Ansicht sind als die „Leipziger Volkszeitung“. Sie sind durch ungläublich rohe Beschimpfung verunglimpft worden. Es ist eine alte Klage, daß Beleidigungen zu gelinde bestraft werden. Sie werden hoch greifen müssen, wenn Sie den Angegriffenen eine geliebte Söhne geben wollen! — Die Aufreizung hätte unabsehbare Folgen für die Besitzenden wie für die verführten Besitzlosen haben können. Der Hauptverurteilungsgrund liegt darin, daß diese Aufreizungen sehr nahe grenzen an Aufforderung zum Hochverrat. Ich erwarte deshalb und beantrage eine schwere Gefängnisstrafe, denn nur eine solche vermag zu bewirken, daß der „Leipziger Volkszeitung“ ihr Geißel und Schimpfhandwerk gelegt wird.

Nach den Plaidoyers der Verteidiger, über die wir morgen berichten werden, wurde der Prozess auf Montag um 9 Uhr vertagt. Es soll dann dem Angeklagten das Schlusswort erteilt und das Urteil gesprochen werden.

Der oben geschilderte Verlauf des Prozesses zeigt die Charakteristik des Tendenzprozesses in bösester Form. Zur Anklage gestellt werden Artikel, deren Zweck nicht Anklage erhoben ist — im Plaidoyer beantragt der Vertreter der Anklagebehörde aber, falls nicht wegen aller vermeintlichen Fehler sofort gerichtet werden könne, die der Artikel enthalte, solle der Artikel wieder zurückgestellt werden; die Wirkung des Artikels auf den politischen Gegner ist ja durch die Verlesung erreicht. Die Begründung der Anklage erweist klar, daß nicht eine Tat des Angeklagten, sondern seine Tendenz und seine Befinnung zur Verantwortung gezogen werden sollen. Das heißt zur Klassenjustiz auffordern, die dadurch nicht verdeckt wird, daß erklärt wird, nicht auf die Befinnung, nicht auf die Tendenz des Angeklagten brauche man aufmerksam zu machen, während man darauf hinweist. Die persönlichen Herunterreibungen der politischen Tendenz der „Volkszeitung“, das Hineinziehen von Dingen, die nicht Gegenstand der Anklage waren, die gehäufte Schmädhungen, in denen sich der Anklagevertreter gegen die Verfasser der Artikel erging, zeigen die Aufforderung klar: verurteilt, und verurteilt hoch, weil der Angeklagte Sozialdemokrat ist und Leipzig dank der aufklärerischen Arbeit der „Leipziger Volkszeitung“ sozialdemokratisch vertreten ist. Derselbe Oberstaatsanwalt Böhme ergreiferte vor jetzt fast genau vierzehn Jahren in Burgstädt gegen den inzwischen leider verstorbenen Genossen Albert Schmidt als Ankläger. Er unterfing sich damals, gegen den noch nie verurteilten Angeklagten die Behauptung aufzustellen, er sei ein „gewöhnlich-mäßiger oder gewerbnäßiger Verleumder“. Ihm wurde vom Angeklagten und dessen Verteidiger, da das Gericht nicht schuldig bot, erwidert, im Saale befände sich nur einer, der den Verur oder das Gewerbe betriebe, zu schmähen und zu beleidigen, das sei er selber. Späterhin wurde der damalige Staatsanwalt wegen des Ausdrucks amtlich rektifiziert. Im Prozess selbst erkannte doch durch die politische Gegnerschaft gegen Schmidt und durch die staatsanwaltlichen Ungeheuerlichkeiten über alle Schranken vernünftiger Rechtsauslegung gehobene Gericht auf — 15 Monate Gefängnis. Das Reichsgericht hob das Urteil auf: Albert Schmidt blieb von jeder Strafe verdonert.

Die Schmädhungen und Beleidigungen, deren Auffstellung nach dem oben mitgeteilten Prozessbericht der Staatsanwalt in dem Prozess Heinig für gut befand, können schon wegen ihrer Mäßigkeit einen ähnlichen Effekt nicht haben. Darauf kann auch die Ablehnung des Antrages hindern, unparteiische, den Sozialdemokraten feindselige Sachverständige aber das Unhaltbare der Anklageauslegung anzuhören. — Auf die politische Seite des Prozesses werden wir nach Fällung des Urteils zurückkommen.

**Öffentliche Bibliothek und Lesehalle zu unentgeltlicher Benutzung** für jedermann, SW., Alexanderstr. 26. Geöffnet täglich von 5½—10 Uhr abends, an Sonn- und Feiertagen von 9—1 und 3—6 Uhr. In den Lesehallen liegen zurzeit 515 Zeitungen und Zeitschriften jeder Art und Richtung aus.

**Freireligiöse Gemeinde.** Sonntag, den 11. Februar, vormittags 8½ Uhr, im Rathhaus, Saal 109, Eingang Nützenstraße: Verammlung. Freireligiöse Vorlesung. — Um 10½ Uhr vormittags in der Schulaula, Kleine Frankfurterstr. 6: Vortrag des Herrn Adolf Stern: „Das Tragische in Kunst und Leben“. Gäste, Damen und Herren, sehr willkommen. — Montag, den 12. Februar, abends 8½ Uhr, im Saal, im großen Saal von Dr. Franke, Seebahnstr. 39: Befehlende Versammlung. Wichtige Tagesordnung. Welche Durchführung legitimiert.

**Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter.** (E. H. Hamburg.) Filiale Berlin 5. Mitgliederversammlung am Sonnabend, den 10. d. M., abends 8½ Uhr, bei Platt, Dragonerstr. 15.

**Berein der Lehrlinge und jugendlichen Arbeiter Berlin und Umgegend.** Sonntag, den 11. Februar, nachmittags ½ 2 Uhr: Fortsetzung der Generalversammlung in den Räumlichkeiten, Kommandantenstraße 20. Tagesordnung: 1. Wahlen, a) Redaktion, b) Bildungskommission, c) Bibliothekskommission, 2. Verschleudern, Mitgliedsbuch legitimiert.

Unserem lieben Mitgenossen  
**Emil Hirsch**  
ein dreimal dommerdes Hoch zum  
Wiederkehr!  
Diskutierklub „Große Schanze“.

Als Vermählte empfehlen sich  
**Wilhelm Ebel**  
**Paula Ebel**  
verwitwete Witwe, geb. Blumenfeld,  
Hagenauerstr. 12,  
1212  
Blumenstr. 6.

**Arbeiter-Raucher-Bund**  
Berlins und Umgegend.  
**Todes-Anzeige.**  
Ihr Nachrich, daß unser Bundes-  
Mitglied  
**Max Schwabe**  
vom Rauch-Klub „Havana I“  
verstorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am  
Sonnabend, nachmittags 2½ Uhr,  
von der Halle des Niddorfer  
Kirchhofes am Mariendorfer Weg  
aus statt.  
287/13  
**Der Vorstand.**

**Stukkateure.**  
Am Dienstag, den 6. d. M.,  
verstarb unser stollege  
**Josef Thiel**  
im 19. Lebensjahre an der  
Proletarierkrankheit.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet heute  
vormittags 10 Uhr auf dem  
Zentral-Friedhofe in Friedrichs-  
felde statt.  
Zahlreiche Teilnahme erwartet.  
Die Ortsverwaltung Berlin des  
Zentralverbandes der Stukkateure  
173/1  
Deutschlands.

**Deutscher**  
**Metallarbeiter-Verband**  
Verwaltungsstelle Berlin.  
**Nachruf.**  
Den Kollegen zur Nachrich,  
daß unser Mitglied, der Former  
**Paul Gast**  
verstorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
112/6  
**Die Ortsverwaltung.**

Am Mittwoch, den 7. Februar,  
vormittags 11 Uhr, starb unser  
lieber Sohn  
**Max Ruhnke**  
im Alter von 20 Jahren an der  
Jüderkrankheit.  
Die Beerdigung findet am  
Montag, den 12. Februar, nach-  
mittags 1 Uhr, von der Leichen-  
halle des Zentral-Friedhofes in  
Friedrichsfelde aus statt.  
Für die trauernden Hinter-  
bliebenen  
1222  
**Familie Babst.**





**Der Kenner**  
raucht  
**N<sup>o</sup> 61**  
hochfeine 6 Pf. Cigarre  
vortzöglicher würziger Geschmack  
**J. NEUMANN**  
Cigarren-Fabriken - 103 Filialen.

Davon in Berlin:  
Brunnenstr. 32, Ecke Anklamerstr.  
Chausseestr. 16, Ecke Invalidenstr.  
Chausseestr. 36/37, Ecke Schwartzkopffstraße.  
Dresdenerstr. 5, Ecke Adalbertstr.  
Friedrichstr. 171, Ecke Franz. Str.  
Gertraudenstr. 19, Ecke Breitestr. 20a.  
Invalidenstr. 148, Ecke Bergstr.  
Jerusalemstr. 41, Eck. Kronenstr.  
Kaiser Wilhelmstr. 19, Eck. Münzstr.  
Markgrafenstr. 17, Ecke Junkerstr.  
Oranienstr. 30, Ecke Adalbertstr.  
Potsdamerstr. 57/58, Eck. Bülowstr.  
Prinzstr. 91, Ecke Ritterstr.  
Rosenthalerstr. 48, Ecke N. Schönhauserstraße.  
Wallstr. 14a, Ecke Neue Grünstr.  
Wienerstr. 22, Ecke Grünauerstr.  
Rixdorf: Bergstr. 146.

**Josef Fischer**  
Kohlen-Großhandlung  
Berlin O. 34, Brombergerstr. 19/20.  
Preise ab Wagon von 10 Str. an.  
Industri.-Brikets, Halbsteine p. Str. 80 Pf.  
In. Sonftoberger Salon-Brikets  
"Anna" oder "Mario" p. Str. 80 Pf.  
Henckels Werke . . . . . 90  
Hao u. Anh. Marienrube . . . . . 95  
In engl. Anthrazit, Bruch, Koks,  
Steinkohlen, Holz usw.  
zu billigsten Tagespreisen.  
Sandwagen verleihe zu Kohlen.

# Größte Hosen-Tage Berlins!

Wir haben von einem der **größten Fabrikanten Deutschlands** sämtliche Maßstoffe zu Hosen **aufarbeiten** lassen; wir bringen dieselben und noch **andere** diese Woche zu den **unglaublichsten Preisen** zum Verkauf, um wieder schnell zu räumen:

Serie I	Kammgarn-Hosen,	feinste reine Wolle, reeller Maßwert M. 36.-	nur M. 13.50
Serie II	do. do.	extra-prima, " " " " 32.-	nur M. 11.60
Serie III	do. do.	prima reine Wolle, feinste Verarbeitung, reeller Maßwert M. 20.-	nur M. 9.50
Serie IV	do. do.	garantiert für außergewöhnliche Haltbarkeit, reeller Maßwert M. 22.-	nur M. 7.-
Serie V	do. do.	die elegantesten Muster, reeller Maßwert M. 18.-	nur M. 5.75
Serie VI	do. do.	hochelegant, prima Ware, " " " " 14.-	nur M. 4.90
Serie VII	Cheviot-	reine Wolle, extra prima, " " " " 12.-	nur M. 4.25
Serie VIII	do. do.	hochelegant, sehr fein, " " " " 10.-	nur M. 3.75
Serie IX	Bukskin-	neueste Muster, " " " " 8.-	nur M. 3.35
Serie X	do. do.	sehr haltbar, " " " " 6.-	nur M. 2.80
Serie XI	do. do.	äußerst dauerhaft, " " " " 4.-	nur M. 2.35

**Garantiert nie wiederkehrende Gelegenheit!**

<b>Knaben-Mützen</b> alle Sorten . . . . . Stück	<b>48 Pf.</b>	<b>Kinder-Anzüge mit Mütze</b> . . . . . Stück	<b>2.35</b>
<b>Damen-Mützen</b> alle Sorten . Stück	<b>78 und 95 Pf.</b>	<b>Kinder-Anzüge</b> " " prima . . . . .	<b>3.35</b>
<b>Damen-Mützen</b> Ia Velvet . . . . . Stück	<b>M. 1.95</b>	<b>Kinder-Anzüge</b> " " extra prima . . . . .	<b>4.65</b>
Ein Posten <b>Seide</b> extra prima . . . . . Meter	<b>1.28</b>	Ein Posten <b>Damen-Wäsche</b> ungläublich billig!	
Ein Posten <b>Seide</b> neueste Muster . . . . .	<b>1.58</b>	Ein Posten <b>Herren-Wäsche</b> " " "	
Ein Posten <b>Seide</b> das Feinste . . . . .	<b>1.78</b>	Ein Posten <b>Schuhwaren Handarbeit</b>	
<b>Reste-Seide</b> zu jedem Preise.		für Herren <b>5.75 6.75 7.75 9 u 10 M.</b>	

Nur im Internationalen

80/14

Kommissions- u. Lagerhaus **Rosenthalerstr. 9, Auguststr.**  
Engros, Export, Detail. E. Süskind & Co. Scke

**Witte Waldschlößchen, Eichwalde, Kaiser Friedrichstr. 1.**  
Empfehle allen Vereinen und Gremien zu Ausflügen und Partien  
mein herrlich am Wald gelegenes Lokal, 3 Minuten vom Bahnhof.  
Großer Saal. X Schattiger Garten. X 2 Kegelbahnen. X Ausspannung.  
Sommerwohnungen und Zimmer. 25945

**Lehr- und Versuchsanstalt für Brauer in München**  
Privat-Institut Direktor Dr. Doemens. 204/14  
Beginn des nächsten viermonatlichen Hauptkurses 23. April 1906.  
Prospekte gratis. Bezugnahme auf diese Zeitung erbeten.

## Jeder Arbeiter, Jeder Handwerker sollte zur Arbeit

die Lederhose Herkules tragen. Klein-Verkauf. Sehr hartes Leder in praktischen grauen u. braunen Streifen, auch einfarbig. Am Bund aus einem Stück gearbeitet. Sehr feste Kappnähte. Haltbarste West- u. Taschen. Große Hüften umfassen. Die Hose

Bei Entnahme von 6 Stück 36 Mk. **4 M. 50**

Randwörter-Hose Marke Gambrinus, Zwirnseite . . . 5 M. 50  
Gefüttert, Randwörter-Jackett 14.50, 8.75  
Schlauer Monteur-Jackett 1 M. 90  
Schlauer Monteur-Hose . . 1 M. 50  
Schlauer Monteur-Jackett, prima Körper-Gewebe . . 2 M. 50  
Schlauer Monteur-Hose, prima Körper-Gewebe . . 2 M. 10  
Seihe Herren-Jackett 3.50, 2 M. 75  
Königlicher-Jacken, Zweifig . . 4 M. 50  
Rader-Rittel . . . 3.-, 2.50, 2 M. 25  
Mechaniker-Rittel (braun) 3.-, 2 M. 40  
Seihe Leder-Jackett, Zweifig 7.50, 3 M. 75  
Seihe Lederhosen . . . 4.50, 2 M. 90  
Kleidermacher-Anzüge, blau, nach Vorchrift . . . . . 5 M. 50  
Die Preise gelten für normale Größen.

## Baer Sohn

En gros. Export. En detail.  
Chausseestr. 21a/25, Gradenstr. 11.  
Gr. Frankfurterstr. 20.  
Das 28. Haupt-Breidbuch 1906 wird kostenlos und portofrei angeliefert.  
Bei Bestellung von Hosen ist die Bundweite und die Schrittlänge, bei Jackets und Ritteln die Brustweite anzugeben. 56882\*  
- Versand von 20 M. an franco. -

**Dr. Simmel, Prinzess-Str. 41, Beginnlargi für 29/14\* Haut- und Halsleiden, 10-2, 5-7, Sonntags 10-12, 2-4**



## New-Departure-Freilauf-Bremsnabe

Die beste der Welt

In jeder besseren Fahrradhandlung erhältlich.

Millionen im Gebrauch



# Warenhaus Wilhelm Stein

□ Berlin N. 39, Chausseestr. 65-66 □

## Sonder-Angebot für Hausfrauen und Restaurateure.

für Sonnabend, den 10. Februar

„ Montag,	„ 12.	„ so lange
„ Dienstag,	„ 13.	„ Vorrat *

## Colonialwaren

	1 Pfund	5 Pfund		1 Pfund	5 Pfund		1 Pfund	5 Pfund
	Pfg.	Pfg.		Pfg.	Pfg.		Pfg.	Pfg.
Erbsen, kleine . . . . .	14	65	Bohnen, klein . . . . .	19	90	Reis, Bruch . . . . .	14	65
Erbsen, Viktoria . . . . .	14	65	Linsen, klein . . . . .	27	130	Reis, Rangon . . . . .	17	80
Erbsen, geschält . . . . .	18	85	Linsen, mittel . . . . .	33	160	Reis, Java II . . . . .	22	105
Erbsen, halb . . . . .	14	65	Linsen, gross . . . . .	38	185	Reis, Java I . . . . .	25	115
Erbsen, grün . . . . .	14	65	Gries, gelb . . . . .	19	90	Graupen, fein . . . . .	17	80
Bohnen, lang . . . . .	22	105	Gries, weiss . . . . .	17	80	Graupen, mittel . . . . .	17	80

Kunsthonig 10 Pfd.-Eimer . . .	2.95 M.
Kunsthonig 5 Pfd.-Eimer . . .	1.60 M.
Marmelade fl., 10 Pfd.-Eimer . .	2.30 M.
Marmelade fl., 5 Pfd.-Eimer . .	1.20 M.

**ZUCKER** Pfund 19 Pf.  
5 Pfd. 90 Pf.

**Gebrannter Kaffee**  
Unsere Marken sind, der guten Qualität wegen, sehr zu empfehlen.

Mischung	IV	III	II
	90 Pf.	1.10	1.30 M.

## Seifen

Harkernseife, hell, Riegel 5 grosse Stücke	38 Pf.	Stein's Vaseline-Seife, ca. 125 g. Stück	9 Pf.	Palmöl-Oberschale, sehr trocken, Riegel ca. 3 Pfund . . . . .	55 Pf.
Harkernseife, rotbraun, Ia Qualität, Riegel ca. 3 Pfund . . . . .	46 Pf.	Stein's Lanolin-Seife, ca. 185 g. 3 Stück	48 Pf.	Stein's Waschkraft spart Zeit und Geld, ist das Beste, Pack ca. 1 Pfund 18 Pf., 6 Pack . . . . .	90 Pf.
Weisse Dranienburger Kernseife, 5 grosse Stücke	45 Pf.	Riviera-Veilchenseife, 6 St. in einem eleg. Kart. m. Goldpräg.	98 Pf.	Stein's weisse Flieder-Seife, reine Fettsäure, 3 St.	45 Pf.

\* Verkauf an Wiederverkäufer findet nicht statt.



Aus Industrie und Handel.

Prinzipieller Schutzoll-Gegner für Schutzoll-Politik. Unsere Kritik der indirekten Verteidigung der Agrarzölle im „Plutus“ hat dem Verfasser des betreffenden Artikels Veranlassung gegeben, in reichlich ausgedehnten Ausführungen einige Einwände zusammenzutragen. Wir lesen zwischen den Zeilen sehr starke Verlegenheit. „Plutus“ meint u. a., wir hätten bei Angabe der von uns angegebenen Löhne und der Handelsgewinne „bezeichnender“ Weise solche Waren ausgewählt, die für den Export nicht in Frage kommen. Von solchen Einwänden gehen 12 auf ein Duzend. Unsere Feststellung hatte, wie auch ausdrücklich betont wurde, den Zweck, nachzuweisen, wie lächerlich gering oft die Lohnquote an dem Verkaufspreis resp. an der Differenz zwischen Selbstkosten und Verkaufspreis sei. Hätten wir Exportartikel aufgeführt, konnte der „Plutus“ einwenden: Im Inlande werden die hohen Handelsgewinne herausgeschlagen, beim Export wird der Gewinn aber durch den Zoll absorbiert. Wir gaben eine starke Differenzierung der Löhne bei Arbeiten gleicher Qualität an. „Plutus“ bemerkt pfeifig, das komme vielleicht daher, weil der eine Fabrikant für den Export, der andere für das Inland arbeite. Hätten wir für unsere Nachweisung Artikel ausgewählt, die ein und derselbe Fabrikant in der Heimarbeit um 50-100 Proz. niedriger bezahlt als in der Fabrik, konnte der „Plutus“ auch mit dem obigen Einwand kommen, er beweist nichts. Auch hätte er sich durch einen Blick in die in der Heimarbeiterausstellung ausliegenden Schriften von der Richtigkeit seiner Einwände überzeugen können. In Nr. 2 der „Heimarbeiterein“ liest man:

„Die Erde rechts steht besonders „vergünstigt“ aus. Hier sind die Erzeugnisse der Papierindustrie und allerhand Dinge, wie sie unser Gewerksverein der Heimarbeitereinnern verschiedener Verufe“ hervorbringt, ausgestellt. Freilich steht all das bunte Seidenpapier, die vielfarbigen Lüten, die gestickten Hausseggen, die Wachsfloren, fröhlich aus. Und doch ist dieser Tisch einer der traurigsten in der ganzen Ausstellung! Da hängt die hellblaue Kette, deren Herstellung der Arbeiterin nur 3 Pf. Stundenlohn bringt. Da ist der so naturgetreue Weichenstrauß. Das Duzend wird mit 5 Pf. Arbeitslohn bezahlt. Die Arbeiterin braucht eine Stunde zur Herstellung eines Duzends. Dabei soll im Verkauf ein Strauß 12-15 Pf. kosten, das Duzend also 144-180 Pf.!“

Die Materialkosten sind sicher mit 1 Pf. pro St. gedeckt, wie soll ein Zoll die Differenz zwischen Selbstkosten und Verkaufspreis erklären? In dem vom Hauptvorstande des Verbandes der im Bergolbergwerke beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen herausgegebenen Schriftchen ist folgendes zu lesen:

„Die verehrten Besucher der Heimindustrie-Ausstellung werden aus dem beigegebenen Verzeichnis der Leistenproben der Gold- und Polituren-Industrie erkennen, daß eine gewaltige Differenz zwischen den Preisen bei ein und derselben Sorte Leisten besteht, die bei Zwischenmeistern gezahlt werden und in den Großbetrieben. Es ist fast durchweg das Doppelte, was in letzteren mehr gezahlt wird. Der geringste Unterschied sind 50, der höchste 205 Proz. Im Durchschnitt bei allen Zwischenmeistern zusammengerechnet ergibt die Latsche, daß in den Großbetrieben resp. beim Großfabrikanten über 100 Proz. mehr für dieselben Leisten gezahlt werden.“

Die „Metallarh.-Btg.“ (Separatabdruck) schreibt u. a.: Die Geigenmacher in Markneufkirchen sind wahre Künstler, und sie bringen es bei angestrengter Arbeit auf 8 bis 12 M. die Woche, während der Unternehmer 50, 60, ja bis 100 M. für eine Geige bekommt, für die er dem Heimarbeiter 5, 6 oder 7 M. bezahlt hat. Auch diese Künstler haben eine endlose Arbeitszeit, von 3 oder 4 Uhr morgens bis 11, 12 und 1 Uhr nachts! Und um auch für Exportartikel eine große Differenz zwischen Selbstkosten und Verkaufspreis nachzuweisen, entnehmen wir aus dem Schriftchen über „Die Heimarbeit in der Handschuhindustrie“ folgendes:

So müssen Handschuhmacher für einen schließlichen Fabrikanten, nach Abzug aller Unkosten, das Duzend für 1,50 bis 1,60 M. arbeiten. Das ist 60-70 Pf. weniger als in der Fabrik desselben Fabrikanten und 1 M. weniger als in norddeutschen Fabriken gleicher Art. Bei einem Arbeitsquantum von 10 Duzend pro Woche beträgt der Mindestverdienst des Hausarbeiters also 5-6 bezw. 10 M. pro Woche weniger als beim Fabrikarbeiter.

Die Jahresproduktion an Handschuhen kann in Deutschland auf circa 24 Millionen Paar im Werte von 50-55 Millionen Mark geschätzt werden. Für ungefähr 30 Millionen Mark werden ausgeführt. Amerika mit 20 Millionen Mark und England mit 6 Millionen Mark sind die Hauptabnehmer. Eingeführt werden hauptsächlich von Oesterreich nach Deutschland circa 6-7 Millionen Paar Handschuhe im Werte von 15-18 Millionen Mark.“

Mit den Einwänden des „Plutus“ kommt man nicht vom Fleck. Seine Haltung ist bestimmt von einer Inkonsequenz. Er sagt zum Beispiel, obwohl das von uns angeführte Bital zweifellos indirekt eine Verteidigung der Getreidezölle, nämlich als Kampfmittel, enthält:

„Die Getreidezölle an und für sich beurteile ich prinzipiell, wie alle Zölle auf Lebensmittel und Rohmaterialien.“

Derselbe Verfasser schrieb aber in Nr. 4 des „Plutus“ folgendes:

„Englands Industrie befindet sich im Niedergang. Und schon mehrten sich die Stimmen, die die englischen Gewerkschaften und ihre sozialpolitischen Bestrebungen dafür verantwortlich machen wollen. Der wirkliche Grund für diesen Niedergang ist aber, daß die englische Industrie teils in ihrer technischen Anlage veraltet, teils aber gewaltig dadurch geschwächt wird, daß sie inmitten einer mächtigen Konkurrenz, die der heimische Schutzoll stärkte, vom eigenen Vaterlande schutzlos gelassen worden ist. Wollen die englischen Arbeiter es vermeiden, daß die Erregung über die fortwährende Schwächung der englischen Industrie schließlich von geschickten Agitatoren gegen ihre Trades-Unions ausgenutzt wird, so bleibt ihnen zuletzt gar nichts anderes übrig, als Chamberlain Heredesfolge zu leisten.“

So da die prinzipielle Gegnerschaft gegen Getreide- und Rohmaterialzölle steht, ist ein Geheimnis, das wir nicht ergründen.

Das Nützlichste. Frankreich hat ein feines Empfinden für die Bedürfnisse der russischen Rotabeln: Billiger Wein! Es ist auf Veranlassung der französischen Behörden ein Uebereinkommen getroffen worden, wonach den französischen Rotabeln, deren Alkoholgehalt 13 1/2 Grad nicht überschreitet, sowie Schaumweinen in Flaschen gewisse Erleichterungen und Begünstigungen bei der Zollbehandlung gewährt werden. Diese - soziale Vorzüge wird die russischen Land- und Industrie-Proletarier gewiß hoch befriedigen, sie selbst können ja den Schwächlingen etwas strammer anziehen.

Verteuerung des Brotes. Die gegenwärtige außerordentliche Höhe der Roggenpreise kommt auch schon im Brotpreise deutlich zum Ausdruck, indem das Gewicht des Laibes leichter wird. Welche Steigerung der Roggenpreis seit 1903 gemacht hat, das ergibt sich aus den Dezemberpreisen der letzten Jahre. Es kostete die Tonne Roggen in Mark an nachfolgenden Plätzen:

Table with 3 columns: Location, 1903, 1904, 1905. Locations include Berlin, Bremen, Breslau, Danzig, Frankfurt a. M., Köln, Königsberg, Leipzig, Magdeburg, Mannheim, München.

Roggenmehl ist 1905 entsprechend gestiegen, so daß die Verringerung des Brotpreises ganz begreiflich ist. Die Öffentlichkeit hat sich mit der Verteuerung des Brotes so gut wie noch gar nicht beschäftigt.

Die Preussische Hypotheken-Aktien-Bank erzielte einen Reingewinn von 8 623 240 M. Daraus sollen 5 Proz. Dividende zur Verteilung gelangen. Bei einem Bruttogewinn von 8 092 182 M. erbrachte das letzte Geschäftsjahr für den Darmer Bankverein einen Reingewinn von 4 079 823 M. 7 1/2 Proz. Dividende werden verteilt. Der nächsten Generalversammlung soll ein Antrag auf Vermehrung der Betriebsmittel um 10 500 000 Mark unterbreitet werden.

Aus der Frauenbewegung.

Mersdorf. Der hiesige Verein für Frauen und Mädchen hält Montag, den 12. Februar, bei Böllstein seine Generalversammlung ab. Die Tagesordnung lautet: 1. Vorlesung. 2. Berichte. 3. Neuwahl des Vorstandes. 4. Aufnahme neuer Mitglieder und Verschiedenes.

Brh. Am Donnerstag, den 15. d. M., abends 8 1/2 Uhr, findet bei Weniger, Werderstr. 27, eine öffentliche Volksversammlung statt. Genosse Schriftsteller Stoerner spricht über: „Die Frau in der heutigen Gesellschaftsordnung und der Klassenkampf“. Ferner steht auf der Tagesordnung: Bericht und Resumé der Vertrauensperson. Zahlreichen Besuch erwartet die Einberufenerin.

Groß-Lichtersfeld - Lanfisch. Montag, den 12. Februar, hält der hiesige Frauen- und Mädchen-Verein seine regelmäßige Mitgliederversammlung ab. Vortrag von Herrn Dr. Silberstein über: „Schulhygiene“. Gäste willkommen. Zahlreiche Erscheinen erwünscht.

Eingegangene Druckschriften.

„Plutus“, kritische Wochenzeitung für Volkswirtschaft und Finanzwesen (Herausgeber: Georg Bernhardt), 6. Heft (Abonnement einschließlich der Plutus-Verkaufsdienstleistungen per Post und Buchhandel 3,50 M., direkt vom Verlag 4 M., Verlag Berlin-Charlottenburg, Goethestr. 69.)

Unwiderruflicher Schluss des Aufsehen erregenden

Sonder-Verkaufs

Montag, den 12. Februar abends 9 Uhr.

- Viele Hunderte Herren-Anzüge 36.- 27.- 8 Mk. 65
Viele Hunderte Herren-Hosen 8.- 6.- 2 Mk. 25
Viele Hunderte Herren-Westen 4.- 3.- 1 Mk.

Die Preise sind beispiellos billig, teilweise bis unter die Hälfte herabgesetzt.

Baer Sohn

Spezial-Haus grössten Massstabes.

Chausseestrasse 24a/25 • 11 Brückenstrasse 11 Gr. Frankfurterstr. 20.

Anerkannt sehr leistungsfähig ist die Firma

Gebrüder Rauh Gräfrath bei Solingen.

Nachstehende Gegenstände versenden wir 30 Tage zur Probe!

Jedes Stück wird einzeln abgegeben!!



Versand unter Nachnahme gegen Vorauszahlung des Betrages.

Garantieschein. Nichtgefallende Waren tauschen wir bereitwilligst um oder zahlen Betrag zurück.

Rasier-Garnitur „Cotonia“

No. 2210 Unübertroffen praktisch u. billig! Fein polierter Holzkasten, verschließbar m. verstellbarem Rasier-Spiegel, enthaltend sämtliche Rasier-Utensilien: 1. Ein hochf. Silberstahl-Rasiermesser, für jeden Bart passend, fein hohl geschliffen u. fert. zum Gebrauch 2. Einen guten Streichriemen 3. Eine Dose Schürimasse 4. Eine Dose antisept. Rasierseife 5. Einen Rasierpinsel 6. Einen verwickelten Rasiernapf. Alles zusammen nur 3 Mk. Porto 50 Pfg. No. 2211. Dieselbe Garnitur, aber Rasiermesser mit Schutzvorrichtung für Ungeübte (Verletzung ausgeschlossen) mit Anleitung nur 3.50 M. Porto 50 Pfg.



Kasten 20 cm lang, 16 cm breit, 5 1/2 cm hoch.

Haarschneidemaschine „Perfekt“ No. 264 wie Zeichnung, mit 2 Aufschiebekämmen, um die Haare 4, 7 und 10 mm schneiden zu können, zum Preis von 4.30 Mk. franko.

Haarschneidemaschine „Symbolo“ No. 264 1/2 leichtere Ausführung nur 3.50 Mk. franko.

Umsonst und portofrei ohne Kaufversenden wir auf Wunsch an Jedermann unseren neuesten illustrierten Pracht-Katalog ca. 6000 Gegenstände enthaltend und zwar: alle Arten Solinger Stahlwaren, Haus- und Küchengeräte, Werkzeuge, Luxusartikel, Waffen, optische Waren, Bijouterie, Gold- und Silberwaren, Uhren, Lederwaren, Pfeifen, Zigarren, Stöcke, Schirme, Musikinstrumente, Kinder-Spielwaren und viele andere Artikel in größter Auswahl. Wir bemerken noch, daß nur elegante, gediegene und preiswürdige Ware zum Versand kommt. Ueber 5000 lobende Anerkennungs-Schreiben bestätigen Güte und Qualität unserer Waren.

So schreibt Herr Jaffke unaufgefordert: „Ich habe vor 6 Jahren 1 Rasiermesser und 1 Taschenmesser von Ihnen bekommen und sind beide Teile zu meiner Zufriedenheit ausgefallen. Mit dem Rasiermesser habe ich mich wöchentlich rasiert und es ist noch gerade so gut, als es am ersten Tage war.“ (gez.) Otto Jaffke.

Bei größeren Sammel-Aufträgen Extra-Vergünstigungen.

Sophien-Säle Berlin C., Sophienstr. 18. 4 neueste Festsäle sind täglich unter den kulantesten Bedingungen zu vergeben. 10 Vereinszimmer.

Ein gesunder kräftiger Junge, Sohn hochachtbarer Eltern, kann die Schriftgelehrerlehre oder die Lehre des Buchhändlers erlernen. Adresse: ...



Für den Inhalt der Anzeigen übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

### Theater.

Sonnabend, den 10. Februar. Anfang 7 1/2 Uhr:

**Opernhaus.** Die lustigen Weiber von Windsor.

**Schauspielhaus.** Der Damenkrieg. Die Dienstboten.

**Deutsches.** Der Kaufmann von Venedig.

**Weihen.** Schützenfest.

Nachm. 3 Uhr: König Lear.

**Berliner.** Der Widerspenstigen Zähmung.

Nachm. 2 1/2 Uhr: Die Räuber.

Anfang 8 Uhr:

**Leffing.** Und Wippa tanzt.

**Neues.** Salome.

**Schiller O.** (Wallner-Theater.) Cyprienne.

**Schiller N.** (Friedrich Wilhelm-Schauspielhaus.) Zwei glückliche Tage.

**Zentral.** Der Vogelhändler.

Nachm. 4 Uhr: Prinzgehen Goldbraut.

**Walhalla.** Nach Afrika, nach Kamerun.

**Kleines.** Kinder der Sonne.

**Komische Oper.** Hoffmanns Erzählungen.

**Reichshallen.** Der Prinzgemahl.

**Trianon.** Loulou.

**Lustspielhaus.** Der Weg zur Hölle.

**Thalia.** Bis früh um fünf.

**Metropol.** Auf ins Metropol.

**Carl Weiß.** Die lebende Brücke auf Cuba.

Nachm. 4 Uhr: Hänsel und Gretel.

**Luffen.** So sind sie alle.

**Deutsch-Amerikanisches.** Er und Ich.

**Kaffee.** Die goldene Brücke.

**Hypoko.** Insel Tulipatan. Im Orient-Paradies. Spezialitäten.

**Herrnfeld.** Familienfest im Hause Prellstein.

**Folies Caprice.** Nach dem Zäpfchenstreich. Der Beheme.

**Belle Alliance.** Der grüne Teufel.

**Spezialitäten.**

**Wintergarten.** Otto Reutter. — Spezialitäten.

**Reichshallen.** Stettiner Sänger.

**Passage.** Spezialitäten.

**Urania.** Taubenstr. 48/49.

Abends 8 Uhr: Am Golf von Neapel.

Hörsaal 8 Uhr: Dr. Donath: Stromwärme.

**Sternwarte.** Invalidenstr. 57/62.

**Urania** Taubenstr. 48/49.

Nachmittags 4 Uhr: Im Lande der Mitternachtssonne.

Abends 8 Uhr: Am Golf von Neapel.

Hörsaal 8 Uhr: Dr. Donath: Stromwärme.

**Sternwarte** Invalidenstr. 57/62.

**Castans Panoptikum**

Friedrichstr. 165.

Ohne Extra-Entree.

Bergbewohner Abessinians.

65 Eingeborene Männer, Weiber und Kinder, sowie das Baby „Berolina“.

Eintritt 50 Pf.

**Trianon-Theater.**

Anfang **Loulou.** 8 Uhr.

Sonntag nachm.: Die horbe Frucht.

**Lustspielhaus.**

Abends 8 Uhr: Der Weg zur Hölle.

Sonntag nachm. 3 Uhr: In Behandlung.

**Folies Caprice**

Budapester Possen-Theater

132 Linienstr. 132.

Ecke Friedrichstraße.

Jum 145. Male: Nach d. Zapfenstreich.

Vorher: Der Beheme u. d. ausgezeichn. Spezialitäten.

Anfang 8 Uhr.

Vorher: tagl. d. Wertheim u. an der Theaterkasse von 10 Uhr vor-mittags an.

**Deutsch-Amerikanisches Theater.**

Köpenickerstraße 67/68.

Heute Sonnabend Gastspiel Adolf Philipp

zum

**50. Er & Ich**

Malo

Sonntag nachm. 3 Uhr, halbe Preise! „Ueber'n großen Teich“.

Montag, 19. Februar, abends 8 Uhr: Fest-Vorstellung anlässlich des 25-jährigen Künstlerjubiläums von Adolf Philipp.

Billetts sind jetzt zu haben.

**Berliner Theater.**

Nachm. 2 1/2 Uhr: Schiller-Vorstellung zu erniedrigten Preisen: Die Räuber.

7 1/2 Uhr: Der Widerspenstigen Zähmung.

Sonntag nachm. 2 1/2 Uhr zu erniedrigten Preisen: Kam. Abends 7 1/2 Uhr: Die Jüdin von Toledo.

Montag: Hans in allen Gassen.

**Neues Theater.**

Anfang 8 Uhr.

**Salome.**

Sonntag, Montag: Ein Sommernachtsraum.

Anfang 7 1/2 Uhr.

**Kleines Theater.**

Kinder der Sonne.

Anfang 8 Uhr.

Sonntag nachm. 3 Uhr: Nachtsyl.

Abends 8 Uhr: Kinder der Sonne.

**Zentral-Theater**

(Operette) 4 Uhr, halbe Preise: Prinzgehen Goldbraut.

8 Uhr: Der Vogelhändler.

**Luisen-Theater.**

Anfang 8 Uhr.

**So sind sie alle.**

Sonntag nachmittags: Maria Stuart.

Abends: Ein Sommernachtsraum.

Montag: Ein Sommernachtsraum.

**Komische Oper.**

Sonnabend, 10. Febr., abends 8 Uhr: Hoffmanns Erzählungen.

Sonntag nachmittags 3 Uhr zu erniedrigten Preisen: Die Bohème.

Sonntag abends: Hoffmanns Erzählungen. Montag zum erstenmal: Don Pasquale.

**Metropol-Theater**

Anfang 8 Uhr.

**!Auf - in's Metropol!**

Große Jahresrevue mit Gesang u. Tanz in 9 Bildern v. Jul. Freund. Musik von Viktor Hollaender. Rauchen in all. Räumen gestattet.

**Apollo-Theater.**

Heute Wiederauftreten heute 10 Uhr: 10 Uhr: **Katsukuma Higashi,** Meister der Selbstverleugungslehre „Jiu-Jitsu“.

Dazu das vollständig neue Spezialitäten-Programm mit Robert Belling. Vorher: Insel Tulipatan, Operette.

**Passage-Theater.**

Anfang d. Abendvorstellung 8 Uhr.

**Miß Gertrude,** Tänzerin.

**Karl Bernhard,** der Humorist. — Bierzehn Nummern. — „Und Pepi singt“ (Pepi Weiß).

**Residenz-Theater.**

Direktion: Richard Alexander.

Heute und folgende Tage 8 Uhr: Der Prinzgemahl.

Satirischer Schwanz in 3 Akten von 2. Kautz und 3. Chance.

Sonntag, den 11. Febr., nachm. 3 Uhr: Die Höhle des Löwen.

**Carl Weiß-Theater.**

Or. Frankfurterstr. 132.

Nachmittags 4 Uhr Kinder-Vorstellung.

Kleine Preise:

**Hänsel und Gretel.**

Abends 8 Uhr und folgende Tage: Die lebende Brücke auf Cuba.

**W. Noacks Theater.**

Direktion: Rob. Oll. Brunnenstr. 16.

**Kostüm-Fest**

des „Kaiserlichen Männerchor“:

**Eine Kirmess am Rhein.**

Sonntag: Mit dem Strom.

Anfang 7 Uhr. Entree 30 Pf. Goll.

**Kasino-Theater**

Voltringerstr. 37. Täglich 8 Uhr.

**Die goldene Brücke.**

Schauspiel in 3 Akten v. R. Stowomeit.

Im Reinen Theater 3. 3. m. Pension.

Erfolg gegeben!

Vorher: Das Brill. bunte Programm.

Sonntag nachmittags 3 Uhr: Das Opferlamme.

**Etablissement Buggenhagen**

Moritzplatz.

Täglich

in den unteren Sälen

**Gottschalk-Konzert.**

**Schiller-Theater.**

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater). Sonnabend, abends 8 Uhr: Cyprienne. Lustspiel in 3 Aufzügen v. Victorien Sardou und G. de Rajac.

Sonntag, nachm. 3 Uhr: Nora.

Sonntag, abends 8 Uhr: Hofjüngel.

Montag, abends 8 Uhr: Königsglaube.

Schiller-Theater N. (Friedr.-Wilh. Th.). Sonnabend, abends 8 Uhr: Zwei glücklich Tage. Lustspiel in 4 Akten von Franz v. Schönthan und Gustav Kadelburg.

Sonntag, nachm. 3 Uhr: Don Carlos.

Sonntag, abends 8 Uhr: Zapfenstreich.

Montag, abends 8 Uhr: Cyprienne.

**Arnold Scholz. Neue Welt.** Hasenheide 108/114.

Im größten und schönsten Saale Berlins und Umgegend täglich:

**Großes Münchener Bockbierfest.**

**Baron Muckl's**

**Oberbayerische Bauernkapelle D'Hollertauer.**

Bedienung durch 30 echte bayer. Madl in Nationaltracht.

Anfang Wochentags 7 Uhr. Anfang Sonntags 5 Uhr. Entree 30 Pf. Entree 50 Pf.

Nächsten Dienstag: Gratis-Verlosung eines eleganten Herren-Schreibtisches und einer Nähmaschine.

**Zirkus**

**Albert Schumann**

Heute abend präpfe 7 1/2 Uhr: XXI. Grande Soiree High Life. Das neue Sensations-Programm, u. a.: Neu! Ihre Exzellenz! Neu! Margaretha Fehin Pascha das Rätsel des Morgenlandes. The great Morgana Family. The Ergotti and King Louis Troupe. The great Creard Troupe, Maritische Spiele auf lebendem Pflanzstamm. NIB Abie Mitchell und ihre farbigen

**20 Studenten 20**

Ferner sämtliche Spezialitäten.

Zum Schluss: Die dieb. große Ausstattungspantomime

das neue **Femina** Frankreich.

Sonntag: 2 Gala-Vorstell., nachm. 3 1/2 Uhr (ein Kind frei) und abends 7 1/2 Uhr. In beide Vorstell. sämtliche oben angegebenen Nummern. Abends **Femina.**

**Gebrüder Herrfeld-Theater.**

Heute und folgende Tage: **Familiengtag im Hause Prellstein.** Familienmitglieder: Fridolin Unterbett, Emmerich Unterbett, Samuel S. Unterbett, Frau Wolkenbruch, Jonas Tischfuch, Hannibal Sauerstoff, Fredy Eiweiß, Maurice Archimedes, Flora Prellstein, Kicky v. Kitzky, Monika v. Kitzky, Igel u. Kodak, Stanislaus, Helene, Schestak, Rechtskonsulent (Anton Herrfeld), Esau Prellstein (Donat Herrfeld).

Anf. 8 Uhr. Vorherf. 11-2 Uhr.

**Wintergarten**

**Neues Programm.**

**Otto Reutter.**

Charles Hera, Jongleur. Satoliffe-Truppe, schottisch. Akrob. Stein-Erolto, Handspringer. Robbins, Kunstfahrer.

Das „Motogirl“.

**Tschin - Maa - Truppe**

Chinesische Gaukler und Zauberer. Mistinguette, Pariser Sängerin. Recoco, Ballettzone. Clark u. Hamilton, musik. Excentr. Japanische Gards, Damenensemble.

**Biograph.**

Otto Preitzkows **Berliner Anormitäten-Theater** Hünzstr. 16.

Neu! Neu! **Die Elite-Liliputaner-Truppe** die kleinsten Vortragskünstler und Sterne der Liliputaner der Welt. Die Bühn-Künstlerin Margarete Marjet, Helisaberin Armida, malri-jugendliche Wunderbarne. Pluta, Wunderbarne, geb. mit 4 Beinen, 2 Köpfe, lebend. u. Niesen, Joverge, Phänomen, Gafire usw.

**Reichshallen.**

Täglich: **Stettiner Sänger** (Wenzel, Pietro, Britton, Bödmann, Böhme, Balben, Seidel, H. u. D. Schrader).

Anfang Wochentags 8 Uhr, Sonntags 7 Uhr.

**Carl Gabriels Volks-Museum** Friedrichstr. 113a, am Oranienb. Tor. Zirka 2000 Ausstellungsobjekte! Entree 30 Pf. Sold u. Kind 20 Pf. Sämt. Räum. 60 Pf.

**Sanssouci.** Kottbuser Straße 4a. Dr. Wilhelm Reimer. Sonnt. Konz. Donnerst. Hoffmanns Norddeutsche Sänger und Tanzkränzchen. Sonnt. 8 u. 9 Uhr, 8 u. 9 Uhr. Anm. d. d. ar. Theaterlauf und d. d. Säle u. nächsten Saison v. schon jetzt entg.

**Elite-Februar-Programm.**

**Fröhels Allerlei-Theater.**

Schönhauser Allee 148.

Jeden Sonntag und Mittwoch: **Konzert, Theater, Spezialitäten, Tanz.**

Anf. Sonntags 6 Uhr, Wochent. 8 Uhr.

**Variété Elysium**

Kommandantenstraße 3/4.

Um 9 1/2 Uhr: Auftreten des berühmten Stegreifdichters **Paul Steinitz.**

**Schiller-Theater N. (Friedr.-Wilh. Th.)**

Sonnabend, abends 8 Uhr: Zwei glücklich Tage. Lustspiel in 4 Akten von Franz v. Schönthan und Gustav Kadelburg.

Sonntag, nachm. 3 Uhr: Don Carlos.

Sonntag, abends 8 Uhr: Zapfenstreich.

Montag, abends 8 Uhr: Cyprienne.

**Zirkus Busch.**

XI. Berliner Saison.

Prunk- und Parade-Abend. Neu! Sensationell! **Der automatische Mensch.** Zum ersten Male in Europa. Noch nie dagewesen! Zum Schluss (um 9 1/2 Uhr): Die neueste und größte Sehenswürdigkeit Berlins: **Indien.** Origin-Manager-Ausstattungsstück des Zirk. Busch in 8 Bild. Besonders hervorzuheben: Eine Witwenverbrünnung. Avis! Morgen 2 gr. Vorstellungen, nachm. 4 Uhr u. abends 7 1/2 Uhr. In beiden Vorst.: Der autom. Mensch. Nachmittags: Mexiko. Abends: Indien.

**Bernhard Rose-Theater**

Gesundbrunnen, Badstraße 58.

Morgen Sonntag, den 10. Februar, nachmittags 3 Uhr: **Der Leiermann und sein Pflegekind.** Abends 8 Uhr: **Das Gefängnis.** Billet-Vorverkauf von 10-1 Uhr.

**Walhalla-Theater**

Nach Afrika, nach Kamerun.

Ausstattungsstücke in 6 Bildern.

Anf. 8 Uhr. Rauchen überall gestattet.

**Palast-Theater**

Burgstr. 24, 2. Rm. v. Bg. Böfje.

Heute

Sonnabend, den 10. Februar: **Wegen Privat-Festlichkeit keine Vorstellung**

Morgen und folgende Tage das **Elite-Februar-Programm.**

**Fröhels Allerlei-Theater.**

Schönhauser Allee 148.

Jeden Sonntag und Mittwoch: **Konzert, Theater, Spezialitäten, Tanz.**

Anf. Sonntags 6 Uhr, Wochent. 8 Uhr.

**Reichshallen.**

Täglich: **Stettiner Sänger** (Wenzel, Pietro, Britton, Bödmann, Böhme, Balben, Seidel, H. u. D. Schrader).

Anfang Wochentags 8 Uhr, Sonntags 7 Uhr.

**Carl Gabriels Volks-Museum** Friedrichstr. 113a, am Oranienb. Tor. Zirka 2000 Ausstellungsobjekte! Entree 30 Pf. Sold u. Kind 20 Pf. Sämt. Räum. 60 Pf.

**Sanssouci.** Kottbuser Straße 4a. Dr. Wilhelm Reimer. Sonnt. Konz. Donnerst. Hoffmanns Norddeutsche Sänger und Tanzkränzchen. Sonnt. 8 u. 9 Uhr, 8 u. 9 Uhr. Anm. d. d. ar. Theaterlauf und d. d. Säle u. nächsten Saison v. schon jetzt entg.

**Elite-Februar-Programm.**

**Fröhels Allerlei-Theater.**

Schönhauser Allee 148.

Jeden Sonntag und Mittwoch: **Konzert, Theater, Spezialitäten, Tanz.**

Anf. Sonntags 6 Uhr, Wochent. 8 Uhr.

**Variété Elysium**

Kommandantenstraße 3/4.

Um 9 1/2 Uhr: Auftreten des berühmten Stegreifdichters **Paul Steinitz.**

**Gustav Behrens** Spezialitäten-Theater Frankfurter Allee 85.

**Die größte Sensation des Ostens** sind Die kleinen Mädchen von Berlin.

Am zweiten Abende: Die sechs schönen Manolizigaretten. Außerdem: Das neue Februar-Programm.

**Restaurant „Zum Prälaten“** Rummelsburg. Anf. 8 Uhr. F. Boragk. Sonnabend, 10. Februar: **Original-Harburger Sänger.** Direktoren: C. Fricke und Fr. Kascho-Krause. Neues hochkom. Progr. Anf. 8 Uhr. Entree 30 Pf. Boragk-Karten gelten. Nachher: Tanz. Sonntags: **Spezialitäten-Vorstellung.**

**Berliner Genossenschafts-Bäckerei.**

Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung. Berlin, Neue Friedrichstraße 18. Bilanz per 30. September 1905.

**Aktiva.**

1. Kassa-Konto	1 806,35 Mk.
2. Effekten-Konto	7 051,05 „
3. Anbeter-Konto	350,— „
4. Gehalts-Konto	11 500,— „
5. Betriebs-Unkosten-Konto	560,— „
6. Gehalts-Unkosten-Konto	801,90 „
7. Waren-Konto	6 236,35 „
8. Konto pro Diverses	1 806,80 „
<b>Zusammen</b>	<b>30 112,45 Mk.</b>

**Passiva.**

1. Kassa pro Diverses	7 666,60 Mk.
2. Reservefonds-Konto	550,— „
3. Konto der Genossenschaftler	1 600,— „
4. Gewinn- und Verlust-Konto	— „
Alte Rechnung	6 736,44 „
Neue	13 559,21 „
<b>Zusammen</b>	<b>30 112,45 Mk.</b>

Im Laufe des Geschäftsjahres 1904/05 ist kein Genosse beigetreten und keiner ausgeschieden. Es gehören am Schlusse des Geschäftsjahres 1904/05 der Genossenschaft 16 Genossen an mit einer Gesamthaltsumme von 1000 Mk. und dem gleichen Mitgliedschaftsbetrag. Die Haftsumme hat sich nicht vermindert und nicht verringert.

Berlin, den 9. Februar 1906.

Der Vorstand:  
A. Michaelis, Paul Lenz.

**Nathan Wand**

129 Stattherrstr. 129.

Die schönsten Herren - Winter - Paletots und Anzüge in neu sowie speziell Monats-Garderobe von Kavalieren getragene Sachen, fast neu, für jede Figur passend, speziell Bauganzüge sind in großer Auswahl feil zu staunend billigen Preisen zu haben.

**Nathan Wand**

129 Stattherrstr. 129.

Hochbahnhofs-Kottbuser Tor. Bitte auf Hausnummer zu achten.

**Großdistillation „Zum Für“.**

Anf. Karl Gagemann.

1. Geschäft: Linienstr. 213.

2. Geschäft: Dresdenerstr. 18.

Eröffnung des 2. Geschäftes Dresdenerstr. 18 heute Sonnabend, den 10. Januar, nachmittags 4 Uhr.

**Greift zu!** dem Besten

Monats-Anzüge v. 10,— an

Abonnements-Anzüge 12,50

Monats-Paletots 5,—

Joppen 5,—

Partie-Anzüge, teils mit unmerklichen Fehlern 10,50

Anzüge, Ganz für Maß 20,—

Rammung, Hof- od. Vadelite 3,—

Alles auch für locupletente Hugenot! Getrag. Kleidungsstücke v. Kavalieren, Reisend., aus den feinsten Stoffen Berlin, teils von Hosiery, kolossal billig. Strohhüte - Bergung! Bitte achten **Zentral-Keller, Berlin,** 35 Neanderstr. 35, Köpenickerstr. 35, v. Stadtbahn-Bannowbrücke.

**Zigarren!** Billigste Bezugsquelle für Händler: ab Mk. 16.— **Bell & Co.** Rosenstraße 18. I. Spezialitäten: 21-25-26-28-29-30-32-33-35-40-55-75. Slets reguläre Marken. Goldenehlspeil mit Preis.

**Hotel u. Restaurant „Zur Schleuse“**

Neue Mühle bei Königs-Wusterhausen. Herrlich an der Dahme gelegen. Prachtvoller Naturgarten. Großer Parkettaal (700 Personen fassend). Kleinere Säle. Kegelhöfen. Dampfer-Anlegestelle. Bootshafen. Fischfang. Möblierte Zimmer mit und ohne Pension. Den werten Vereinen und Gesellschaften bei Ausflügen bestens empfohlen. Tel.-Amt Königs-Wusterhausen 52. **Otto Ballmüller.**

**TUMA-ZARI** Beste 2 Pfg.-Zigarette.

**Blitz-Schnell**

kommt man mit der Hochbahn bei Weingarten, Gitschinerstr. 72, Station im Hause. Empfehlung:

1 Posten Monats-Anzüge, 1 Posten Monats-Paletots, 1 Posten Monats-Beinkleider zu staunend billigen Preisen, auch für locupletente Herren passend. Dieselben sind von feinen Kavalieren und Reisenden, die nur einen Monat ihre Garderobe tragen. 57012\* Fahrgeld wird vergütet. Bitte auf Hausnummer zu achten.

**Orts-Krankenkasse** der Kürschner u. verw. Gewerbe zu Berlin.

Fortsetzung der außerordentlichen General-Versammlung der Delegierten am Dienstag, 13. Februar 1906, abends 8 1/2 Uhr, in der Branerei Wähow, Wrenzlauer Allee 247.

Tages-Ordnung:

1. Bessere Beratung über Punkt 2; Welche Stellung nimmt die Generalversammlung zur Geschäftsführung der Kasse und gegen die Restanten ein. 270/13

2. Erscheinen aller Delegierten ist unbedingt notwendig. Die Herren, welche in die Rednerliste eingetragen sind, werden gebeten, pünktlich zu erscheinen.

Die angeforderte Karte legitimiert, ohne dieselbe kein Einlaß.

Der Vorstand:  
H. G. Seidankranz, Vorsitzender.

**Nathan Wand**

129 Stattherrstr. 129.

Die schönsten Herren - Winter - Paletots und Anzüge in neu sowie speziell Monats-Garderobe von Kavalieren getragene Sachen, fast neu, für jede Figur passend, speziell Bauganzüge sind in großer Auswahl feil zu staunend billigen Preisen zu haben.

**Nathan Wand**

129 Stattherrstr. 129.

Hochbahnhofs-Kottbuser Tor. Bitte auf Hausnummer zu achten.

**Großdistillation „Zum Für“.**

Anf. Karl Gagemann.

1. Geschäft: Linienstr. 213.

2. Geschäft: Dresdenerstr. 18.

Eröffnung des 2. Geschäftes Dresdenerstr. 18 heute Sonnabend, den 10. Januar, nachmittags 4 Uhr.

**Greift zu!** dem Besten

Monats-Anzüge v. 10,— an

Abonnements-Anzüge 12,50

Monats-Paletots 5,—

Joppen 5,—

Partie-Anzüge, teils mit unmerklichen Fehlern 10,50

Anzüge, Ganz für Maß 20,—

Rammung, Hof- od. Vadelite 3,—

Alles auch für locupletente Hugenot! Getrag. Kleidungsstücke v. Kavalieren, Reisend., aus den feinsten Stoffen Berlin, teils von Hosiery, kolossal billig. Strohhüte - Bergung! Bitte achten **Zentral-Keller, Berlin,** 35 Neanderstr. 35, Köpenickerstr. 35, v. Stadtbahn-Bannowbrücke.

**Zigarren!** Billigste Bezugsquelle für Händler: ab Mk. 16.— **Bell & Co.** Rosenstraße 18. I. Spezialitäten: 21-25-26-28-29-30-32-33-35-40-55-75. Slets reguläre Marken. Goldenehlspeil mit Preis.

**Hotel u. Restaurant „Zur Schleuse“**

Neue Mühle bei Königs-Wusterhausen. Herrlich an der Dahme gelegen. Prachtvoller Naturgarten. Großer Parkettaal (700 Personen fassend). Kleinere Säle. Kegelhöfen. Dampfer-Anlegestelle. Bootshafen. Fischfang. Möblierte Zimmer mit und ohne Pension. Den werten Vereinen und Gesellschaften bei Ausflügen bestens empfohlen. Tel.-Amt Königs-Wusterhausen 52. **Otto Ballmüller.**

**TUMA-ZARI** Beste 2 Pfg.-Zigarette.

**Blitz-Schnell**

kommt man mit der Hochbahn bei Weingarten, Gitschinerstr. 72, Station im Hause. Empfehlung:

1 Posten Monats-Anzüge, 1 Posten Monats-Paletots, 1 Posten Monats-Beinkleider zu staunend billigen Preisen, auch für locupletente Herren passend. Dieselben sind von feinen Kavalieren und Reisenden, die nur einen Monat ihre Garderobe tragen. 57012\* Fahrgeld wird vergütet. Bitte auf Hausnummer zu achten.



# Achtung! Bohner Berlins u. Umgegend!

Sonntag vormittags 10 Uhr  
im Lokale von Ahrens, Fruchtstraße 20  
Besprechung sämtlicher Bohner Berlins und Umgegend

Tages-Ordnung:  
1. Sie organisieren sich die Bohner? 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.  
Die Parteiführer werden gebeten, die Bohner auf diese Zusammenkunft hinzuweisen.  
Der Einberufer.

# Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin.  
Haupt-Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1-5. Fernsprecher: Amt IV, 9679.  
Neben-Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 34. Amt IV, 3353.

Montag, den 12. Februar, abends 7 Uhr, im Gewerkschaftshaus,  
Engel-Ufer 15 (großer Saal):

# Versammlung

aller in Metallgewerben beschäftigter Former u. Berufsgenossen  
Berlins und Umgegend.  
Tages-Ordnung:  
1. Vortrag des Kollegen Pawlowitsch über: „Kriminalrecht und Strafvollzug.“ 2. Diskussion. 3. Verhandlungsangelegenheiten.  
Kollegen! Es ist Eure Pflicht, für guten Besuch dieser Versammlung zu agitieren!  
Jede Sichelei muß vollständig erscheinen!  
Die Ortsverwaltung.

# Deutscher Buchbinder-Verband.

(Zahlstelle Berlin.)  
Montag, den 12. Februar 1906, abends 8 1/2 Uhr, im großen  
Saale von Vuggenhagen, am Moritzplatz:

# Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:  
„Die größte Sünde“, Schauspiel von Otto Ernst, registriert von  
Herrn Volkoffe.  
Wir machen die Mitglieder darauf aufmerksam, daß die Versammlung  
pünktlich eröffnet wird. Um jede Störung zu vermeiden, wird ersucht,  
sich in den Pausen zu restaurieren. Rauchen verboten!  
Um zahlreiches Erscheinen ersucht  
Die Ortsverwaltung.

# Achtung! Kleber. Achtung!

Von Montag, den 12. d. M., an tritt für die nächsten 14 Tage  
die graue Marke in Kraft, und muß dieselbe im 4. Felde der Karte  
sein. Jeder zu tarifmäßigen Preisen arbeitende Kleber muß im  
Feld dieser Kontrollkarte sein. Dieselbe wird verabsichtigt Sonntag,  
den 11. Februar, von 9-12 Uhr bei Krüger, Lindenstr. 8; Stephan,  
Wienerstr. 31; Fabe, Kunitzstr. 6; Pantow, Verlebergerstr. 32;  
Rüder, Steinmetzstr. 35; Wüster, Fruchtstr. 54, sowie Sonnabend  
und Sonntag bei Meiser, Bergstr. 10; Raiff, Charlottenburg,  
Pestalozzistr. 82, sowie im Rathaus, Rüderstr. 6.  
177/6 Die Verbandsleitung.

# Vereinigung der Maler, Lackierer, Anstreicher.

Filiale Berlin.  
Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 36. Telefon: Amt IV, 9720.

Sonntag, den 11. Februar 1906, mittags 12 Uhr, in der „Neuen Welt“, Hafensheide:

# Versammlung

für alle im Malergewerbe beschäftigten Personen.

Tages-Ordnung: Das Resultat der Verhandlungen der Lohnkommission.  
Kollegen! Wir machen darauf aufmerksam, daß die Versammlung pünktlich um 12 Uhr eröffnet wird, da  
der Saal um 9 Uhr geräumt werden muß. — Bei dieser so wichtigen Angelegenheit erwarten wir, daß niemand  
der Versammlung fern bleibt. Erscheint Mann für Mann.  
Der Saal wird um 11 Uhr geöffnet.

Die Ortsverwaltung.

# Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Treppengeländerbranche.  
Montag, den 12. Februar 1906, abends 8 1/2 Uhr:

# Versammlung

aller in Treppengeländerfabriken beschäftigten Arbeiter, als:  
Tischler, Stellmacher, Drechsler, Bildhauer, Maschinensarbeiter etc.  
Tages-Ordnung:  
Vericht über die weiteren Verhandlungen vor dem Einigungsamt.

# Tischmacher!

# Branchen-Versammlung

am Sonntag, den 11. Februar, vorm. 10 Uhr im Gewerkschaftshaus  
Saal 5

Tages-Ordnung:  
1. Vortrag des Kollegen Krüger.  
2. Ist es möglich, in der Branche einen Tarif einzuführen?  
3. Werkstattangelegenheiten und Verschiedenes.

# Zur Beachtung!

Heute Sonnabend abend  
wird des Kostümfestes  
(Baumbüste in Werder) wegen von 7-9 Uhr auf den  
Zahlstellen laffiert.

# Orts-Krankenkasse der Buchbinder

und verwandten Gewerbe.  
Am Dienstag, den 20. Februar  
dieses Jahres, abends 8 1/2 Uhr,  
findet auf Grund des § 51, Abs. 8  
und 4 des Statutensatzes eine  
Außerordentl. General-Versammlung  
in Frankes Festsaal, Sebastian-  
straße 39 statt. 270/12

Tages-Ordnung:  
1. Einpruch von 71 Arbeitgeber-  
Delegierten gegen die Beschlüsse der  
Generalversammlung vom 8. No-  
vember v. J.  
2. Reumal der durch Amtsieder-  
legung auscheidenden vier Vorstands-  
mitglieder, der Vertreter der Arbeit-  
geber.  
3. Verschiedenes.

Der Vorstand.  
Bernh. Jost, Georg Bähler,  
Vorhändler, Schriftführer.

# Verband deutscher Gastwirtsgehilfen

(Ortsverwaltung Berlin.) Dirskenstr. 39 I. Amt III. 1813.  
Das Lokal

# „Pracht-Säle des Ostens“

(Inhaber: Gastwirt Granz)  
Frankfurter Allee 151/152

für organisierte Gastwirts-Gehilfen wegen Nicht-  
anerkennung des kostenlosen Arbeitsnachweises  
des Verbandes

# gesperrt.

Die seitens des Ausschusses der Berliner Gewerkschaftskommission  
angebahnte Einigung ist, wie bereits im „Vorwärts“ berichtet wurde,

# gescheitert.

NB. Mit diesem ersuchen wir alle Vorstände und Komitees,  
soweit sie bei Herrn Granz Versammlungen und  
Versammlungen abgemacht haben, uns gefl. ihre Adressen anzugeben,  
damit wir in der Lage sind, über die Ursachen der Sperre die not-  
wendige Aufklärung zu geben.  
287/14\*

J. H. F. Braun.

# „Seglerschloß“ Hankels Ablage

a. Zenthener See u. Wald  
gelegen, ist den ver-  
ehrten Vereinen, Ge-  
sellschaften, Fabriken und Schulen empfohlen. Große und kleine Säle.  
Hallen für 1000 Personen. Große Spielplätze. Bes. W. Heinrich.

# 1. Ziehung 2. Kl. 214. Kgl. Preuss. Lotterie.

Ziehung vom 8. Februar 1906, vormittags.  
Nur die Gewinne über 50 Mark sind den betreffenden  
Nummern in Klammern beigelegt.

(Ohne Gewähr.) Nachdruck verboten.

7 197 [200] 202 480 71 731 1048 91 96 141 67 287  
330 418 [200] 10 509 13 2354 419 593 887 3010  
40 611 39 4090 118 317 525 47 [200] 639 794 [200]  
5067 776 322 81 502 705 917 70 6163 73 239 [200] 351  
706 15 7141 63 209 623 47 49 633 45 74 8006 12 101  
611 261 50 361 442 584 842 9038 98 171 96 483 781 803  
62 995  
10022 396 79 409 925 83 11129 273 467 545 [200]  
80 664 779 838 12199 243 403 505 800 13001 255  
[200] 883 904 14006 263 304 17 418 598 15033 545  
57 76 [200] 639 768 984 16045 87 241 51 301 77 401  
775 17074 78 128 33 275 435 [200] 61 658 829 939  
85 18012 62 217 57 677 773 878 10023 184 417 577  
640 757 856  
20179 456 618 21 717 92 844 76 21112 295 525  
61 [200] 754 22042 104 298 380 88 435 73 637 823  
23249 535 611 54 734 38 278 24084 457 630 792 907  
25005 65 281 83 904 26249 59 420 54 77 590 751  
611 [200] 12 38 96 940 67 27118 80 304 37 540 656  
[200] 28099 109 437 556 95 794 [200] 904 29215 326  
67 438 531 57 [200] 601 [200] 521 77 942 48  
30396 92 469 724 812 31125 323 822 723 908  
32129 301 12 645 507 59 33484 617 788 839 314005  
275 309 575 744 861 902 74 80 35072 343 68 [200]  
307 28 30 [200] 444 [200] 54 94 97 636 91 746 76 827  
900 [200] 36123 [200] 342 85 484 504 699 35 93 808  
37069 102 399 [200] 83 804 [200] 82 38000 [400] 90  
91 132 33 287 413 [200] 36 748 890 39237 301 31  
450 503 72 [200] 678 706 907 75 83  
40157 80 428 510 838 918 35 61 41074 139 85  
281 303 90 554 611 701 90 887 984 42065 100 223 [200]  
396 431 874 933 [200] 41 43027 33 132 398 414 60 504  
35 89 823 44041 175 [200] 258 79 86 [400] 399 407  
563 655 806 981 45169 224 304 442 640 54 809 46048  
296 383 67 79 482 639 768 47321 426 522 742 48144  
310 87 671 863 912 31 75 49079 122 36 [200] 377 091  
92 712 73 91 808 72 [200] 74 891  
50040 593 605 909 51027 137 92 319 745 [200] 848  
974 [200] 52007 66 85 106 38 376 612 782 899 95  
53157 81 440 729 828 [200] 95 941 54019 70 205 311  
516 722 810 55057 65 478 521 68 761 74 848 96 76  
988 56000 21 116 238 [200] 397 679 729 951 57119  
615 58116 229 693 795 807 909 59030 46 236 475 526  
809 [200] 59 948  
60168 95 294 48 619 726 25 821 61328 69 419  
656 704 21 [200] 68 898 99 62016 170 94 357 59 471  
338 786 894 29 65 [200] 63426 63 696 877 64418 75  
548 67 80 89 600 835 [200] 970 65066 92 482 868  
96 66390 80 160 222 30 354 443 858 94 911 67681  
90 433 746 846 68194 260 514 17 30 72 [400] 705  
69000 33 [400] 61 187 217 314 [200] 73  
70025 49 223 446 808 14 16 36 [200] 71264 76  
333 400 311 72189 297 339 [200] 789 830 82 520 73210  
13 98 332 43 98 492 714 867 81 [400] 83 74355 57  
70 437 53 61 509 648 75070 94 289 348 65 874 76831  
208 [200] 59 64 99 349 716 840 942 77289 352 600  
708 45 78176 330 31 615 65 836 60 681 70113 475  
803 629 841 44 54 915  
80359 523 29 66 642 812 81040 174 390 461 582  
741 912 52661 159 470 531 85 93 830 47 83016 82  
[200] 108 211 692 [200] 690 924 28 66 84081 204 371  
467 29 65 728 94 837 70 959 71 85086 208 93 346 463  
66 576 770 [200] 77 80096 114 72 230 348 761 893  
96 925 87177 342 451 83 553 59 774 894 [200] 88107  
299 [200] 364 419 595 [200] 846 75 89031 241 94  
404 818  
90106 57 101 220 36 456 513 50 [200] 564 91070  
98 190 79 97 308 79 439 42 569 685 90 782 92275 80  
466 522 68 714 899 93379 468 590 [200] 687 94123  
233 [200] 61 483 [200] 885 732 941 95156 299 784 840  
902 88 90083 155 64 353 668 90871 741 802 97314 17  
66 454 68 519 41 856 [200] 989 95100 39 75 96 337  
724 24 88 99034 481 95 816 994 24 87  
100022 62 240 518 829 59 90 784 892 33 926  
101062 97 186 890 765 90 817 102286 368 75 452  
816 83 800 907 103041 48 136 74 204 312 25 29 74  
410 548 642 57 870 [200] 95 915 42 43 71 81 104204  
167 874 57 883 980 100595 71 455 581 77 653 761  
101012 73 197 247 82 322 450 553 [200] 68 622 33  
788 50 51 84 861 98 912 107099 112 63 450 29 61 518  
606 11 719 79 108083 60 103 [200] 21 286 [200]  
380 403 37 611 714 84 847 902 109036 179 414 94 561  
750 899 956  
110017 [200] 46 92 175 353 452 657 971 111007  
26 120 67 84 290 333 493 505 61 96 850 843 952  
113001 61 237 228 78 [200] 919 61 60 91 844 113005  
68 341 93 497 638 827 34 925 114301 37 98 528 783  
854 115011 50 222 80 336 542 77 821 40 63 787 969  
116152 323 37 442 600 771 932 82 61 117059 99  
186 [200] 278 323 75 590 68 692 748 90 92 847 118395  
300 510 [200] 813 781 908 54 61 119064 93 235 [200]  
84 530 685 840 935 54 66

# 1. Ziehung 2. Kl. 214. Kgl. Preuss. Lotterie.

Ziehung vom 8. Februar 1906, nachmittags.  
Nur die Gewinne über 50 Mark sind den betreffenden  
Nummern in Klammern beigelegt.

(Ohne Gewähr.) Nachdruck verboten.

120146 218 87 98 311 82 476 573 788 851 92  
121003 140 378 595 825 46 93 [200] 918 21 122144  
315 530 648 66 744 812 30 123076 135 260 334 634 54  
712 631 46 124115 241 50 403 36 91 839 932 125199  
311 52 462 782 809 126008 85 93 355 408 [200] 90  
990 127238 433 574 82 [200] 99 688 701 11 [200] 899  
128239 300 38 442 80 997 129704 92  
140095 343 [200] 51 450 693 939 75 141042  
144 98 200 66 63 317 423 [200] 527 671 806 142067  
[200] 267 68 284 434 85 595 678 705 826 83 143189  
277 281 410 578 811 942 144125 599 725 57 145082  
900 34 43 728 [400] 82 146084 202 487 572 633 88  
786 942 147023 65 67 77 [200] 376 500 [200] 709 862  
[200] 89 95 146068 209 30 620 820 961 149043 109  
309 15 770 84 900  
150048 232 88 383 82 405 [200] 541 47 805 936  
55 151102 317 42 612 839 [200] 152073 114 322 436  
510 35 716 24 [400] 42 846 970 81 153063 118 409 17  
[200] 95 [200] 754 973 78 154000 100 341 510 912  
25 31 155211 [200] 513 694 770 839 156062 [200]  
243 582 94 619 730 94 95 876 157122 44 341 699 988  
158049 50 [200] 283 470 512 943 159177 728 904 24  
160065 253 310 478 90 839 59 961 161032 208  
313 682 98 162569 644 759 61 817 34 43 976 163029  
27 [200] 187 298 323 91 409 74 609 83 164100 212 363  
408 592 66 668 165234 89 375 86 418 547 61 669  
793 939 166194 302 9 31 462 87 98 542 90 99 651  
[200] 727 849 54 74 167339 597 642 56 841 973 94  
168043 128 229 56 86 344 53 521 51 633 75 914 37  
169033 72 147 534 41 775 925  
170028 65 392 577 683 708 949 171134 55 257  
61 372 500 70 626 63 62 773 973 912 172022 91 128  
63 293 90 77 89 340 415 77 880 173051 144 275 400  
844 754 814 88 946 76 174035 132 316 [200] 42 502  
16 38 44 735 65 83 175119 37 688 811 934 176125  
343 489 76 518 17 700 802 94 177371 386 707 894  
951 178305 424 516 89 61 631 43 [200] 742 856 920  
179199 390 [200] 68 2201 629 830 43  
180068 284 814 [200] 855 181044 431 88 500 771  
[200] 885 80 182079 67 254 329 584 838 629 30 740 803 39  
183280 496 [200] 578 [200] 685 826 38 997 184024  
[200] 302 628 795 850 932 47 185022 41 85 591 617  
742 870 985 186041 168 60 286 574 641 57 707 811  
[200] 187461 531 706 898 975 86 188377 412 889  
682 731 54 70 885 912 18 189185 451 63 622 744  
855 985  
190107 398 36 706 [200] 44 88 191081 104 558  
87 910 145 951 192092 325 41 62 97 691 611 79  
547 715 193328 89 478 729 194097 210 66 367 477 632  
738 50 826 987 195132 200 1 33 394 521 654 86 824 86  
912 196055 245 82 343 430 90 546 804 43 197303  
457 598 905 198140 258 635 861 199284 97 344 78  
[200] 569 70 625 90 772 806 938 73  
200035 115 470 708 33 201079 156 290 490 521  
893 619 20 202032 17 161 402 15 569 855 991 203011  
47 [200] 133 83 [200] 390 890 75 721 821 45 909 204079  
177 334 496 723 44 78 205387 805 47 73 735 206035  
40 108 292 328 41 592 735 807 51 [200] 207317 457  
578 208058 388 429 730 64 880 941 77 209038 309 493  
597 873  
210096 [200] 229 315 211050 209 345 438 510  
39 850 212084 104 298 390 75 478 213039 369 418  
[200] 583 689 917 41 214150 511 [200] 43 780 215000  
95 106 211 479 850 68 72 216070 166 [400] 488 607  
730 809 92 217007 38 78 88 188 281 411 802 37 688  
[200] 888 944 56 219373 434 62 581 599 [15000] 948  
220042 216 24 569 637 89 94 943 221076 91 170  
364 408 24 739 888 962 222016 39 177 200 454 80  
672 739 802 4 223317 26 403 503 608 39 80 [200]  
708 86 224 24051 [200] 85 223 320 29 99 472 878  
914 87 225079 162 [100000] 459 67 530 619 25  
93 737 69 83 226267 443 87 695 227419 40 507 25  
655 896 228301 330 42 48 481 858 229197 [200]  
387 484 619 74 755  
230030 301 450 81 714 64 809 48 47 979 231001  
3 7 19 26 67 594 442 53 519 53 706 32 88 847  
232113 78 81 224 461 587 632 89 732 815 [200] 961  
233044 [200] 60 115 27 267 424 [200] 29 44 96 928 748  
55 881 72 99 234082 92 [200] 290 80 304 20 400 579  
600 10 11 890 60 183 235067 355 702 4 927 84 236077  
442 833 678 [200] 728 31 200 [200] 75 833 88 96 980  
237011 41 415 72 621 238184 386 808 986 96 915  
239048 [200] 80 [200] 219 71 343 50 82 470 630 47  
709 55 807 985  
240095 9 623 76 895 244154 85 262 574 602 90  
708 807 90 907 [200] 242729 499 521 [200] 790  
243233 90 395 747 809 995 244980 70 110 80 634  
793 83 99 886 245079 111 397 443 623 892 246007  
112 378 94 405 57 662 979 247032 200 405 6 76 587  
687 835 913

# 1. Ziehung 2. Kl. 214. Kgl. Preuss. Lotterie.

Ziehung vom 8. Februar 1906, nachmittags.  
Nur die Gewinne über 50 Mark sind den betreffenden  
Nummern in Klammern beigelegt.

(Ohne Gewähr.) Nachdruck verboten.











**Christliche Nächstenliebe.** „Selig sind die Barmherzigen“, und „Was ihr einem der Geringsten getan, das habt ihr mir getan“. Weder dieses und manches andere mahnende Wort von Christus an die Barmherzigen hat wohl auch der Pfarrer der heiligen Bonifatius-Gemeinde in Berlin seinen Gläubigen manche schöne Sonntagspredigt gehalten. Es scheint aber auf wenig fruchtbaren Boden gefallen zu sein. Da befiel die katholische Kirchengemeinde in der Barutherstraße 14 ein Haus, dessen Verwalter der Herr Pfarrer ist. Eine arbeitsame Arbeiterfamilie wurde bisher von einem an Asthma leidenden alten Manne betreut, von dem Schäftemacher Ernst Wolf. Natürlich mußte der arme Mann seine Miete an die reiche Gemeinde bezahlen, was ihm nicht leicht geworden sein mag, denn er lebte von Armenunterstützung und Invalidenrente. Er kam in Rückstand und schuldete ganze 44 M. Das ging nicht so weiter, die frommen Christen waren ihm hinaus! Der seine Miete nicht bezahlt, wird erzwungen, so erlaubt es das Gesetz. Aber sollte die christliche Nächstenliebe sich nicht erbarmen in einem solchen Fall? — Wer das annimmt, kennt unsere frommen Christen nicht. Da stehen seit einigen Tagen die wenigen Möbel und Habseligkeiten des Mannes auf dem Hofe, von Schnee und Kälte bedeckt; unter diesen Sachen befindet sich auch eine Näh- oder Stieppmaschine, durch die er vielleicht noch einige Groschen verdient hat, und die jetzt durch die Kälte sicher großen Schaden leidet. Man hat die Wohnung gewaltsam geräumt, um sie herzurichten für einen neuen Mieter, von dem man erwartet, daß er sich zahlungsfähiger erweisen werde. So der arme Mann geblieben ist, weiß man nicht; es wird vermutet, daß er bei Verwandten Unterkunft gesucht hat; wenigstens tröstet man sich damit.

„Des Menschen Sohn wußte nicht, wo er sein Haupt hinlegen sollte“, und sie würden ihn heute noch aus der elendesten Kellerwohnung vertreiben, die am lauteften zu ihm beten, wenn er seine Miete nicht bezahlen kann.

**Begrüßungstelegramme von Stadtverordneten.** Stadtverordneter Dr. Langerhans hat gestern folgendes Telegramm aus Paris erhalten: „Die zu Paris vereinigten Stadtverordneten von London und Paris senden den Kollegen der dritten europäischen Kulturstadt den Ausdruck ihrer freundschaftlichen Hochachtung. (gez.) Broussé. (gez.) Cornwall.“ Stadtverordnetenvorsteher Dr. Langerhans hat das in deutscher Sprache abgefaßte Telegramm sofort französisch wie folgt beantwortet: „Ich habe Ihre freundschaftlichen Grüße mit großer und herzlichster Freude empfangen. Die Stadtverordneten von Berlin werden über diese Grüße sehr erfreut sein.“ (gez.) Dr. Langerhans.

**Die Hausabbrüche** waren im Jahre 1905 in Berlin nicht so zahlreich, wie im Jahre 1904. Diesmal wurden nur 128 Gebäude niedergelegt, während im vorhergehenden Jahre die Zahl der abgebrochenen Gebäude sich auf 139 belaufen hatte. Diesmal waren aber die Gebäude mit Wohnungen mehr als im vorletzten Jahre an den Abbrüchen beteiligt. Im Jahre 1905 wurden 117 Wohngebäude abgebrochen, im Jahre 1904 dagegen waren 111 Wohngebäude abgebrochen worden. Die Zahl der Wohnungen und Zimmer, die dadurch in Wegfall kamen, stellte sich im letzten Jahre auf 1125 Wohnungen und 2968 Zimmer. Die im vorletzten Jahre niedergelegten Wohngebäude hatten nur 1025 Wohnungen mit 2825 Zimmern enthalten.

**Der gemeinsame Unterricht von Knaben und Mädchen** hat sich noch in einigen Gemeindefschulen Berlins erhalten, besonders in katholischen Schulen, deren Klassen man bei Anerkennung der Geschlechter manchmal nur bis zur Hälfte der üblichen Zahl besetzen konnte. Noch im Sommer 1905 gab es einzelne Gemeindefschulen, in denen diese Mischung der Geschlechter bis in die oberste Klasse hinaufreichte, in diesem Winter aber ist sie zum erstenmal auf die mittleren und unteren Klassen beschränkt worden. Sie reicht jetzt nirgends mehr über die vierte Klasse hinaus. Gemeinsamer Unterricht wird jetzt noch erteilt in 10 dritten Klassen, 15 fünften Klassen, 18 sechsten Klassen, 28 siebenten Klassen, 31 achten Klassen und außerdem in familiären 125 Nebenklassen.

**Der Mörder Hennig überall.** Aus Ober-Schönewalde war gestern bei der hiesigen Polizei die Nachricht eingetroffen, daß sich Hennig in der königlichen Wuhlsche aufhalte. Daraufhin wurden von zahlreichen Beamten in den dortigen Waldungen ausgedehnte Streifen abgehalten, die jedoch ohne jeglichen Erfolg blieben. Es hat den Anschein, als ob die Meldungen, die über ein Auftauchen des Mörders bei der Polizei gemacht werden, oft in leichtsinniger Weise, in einzelnen Fällen auch aus reinem Nebermut erfolgen. Stumm ist eine Nachricht eingetroffen, wonach der gefährliche Verbrecher in einem der nördlichen Vororte beobachtet sein soll, so trifft kurz danach wieder eine Meldung ein, welche besagt, daß Hennig in einem östlichen oder südlichen Vorort auftaucht sei. Die Nachforschungen der Kriminalpolizei werden durch diese sich immer kreuzenden Meldungen erschwert. Sie muß sämtliche Angaben prüfen, und sobald sich ein tatsächlicher Rückhalt daraus ergibt, wird die Spur aufgenommen und verfolgt. Es sind wohl noch niemals bei einer Affäre so viele Gerüchte entstanden, als bei der Flucht des Raubmörders Hennig. Bald ist er hier, bald da aufgetaucht, und erfolgt irgend eine Verhaftung, so heißt es gleich „Hennig ist festgenommen!“ So war beispielsweise gestern abend das Gerücht aufgetaucht, man habe den Raubmörder an der Grenze von Friedenau und Steglitz endlich gefaßt. Es handelte sich jedoch in diesem Falle um die Festnahme zweier Juchthaussträber, von denen sich der eine nach in Anstaltskleidung befand. Was die beiden Verhafteten, die bei der Steglitzer Polizei eingeliefert wurden, auf dem Herdholz haben, dürfte die Untersuchung ergeben.

**„Kriminalpolizei und Spiritismus“.**

Das Thema klang interessant genug und die Vorspiele zu dem Vortrag eines Dr. Müller über die Beziehungen der Polizei zur Geisteswelt (am Donnerstagabend in der Annenstraße) waren auch vielversprechend, aber man wurde enttäuscht. — Die Firma Raub u. Hartmann hatte wieder einmal Penur geübt und die Anknüpfung an den Plafonds nicht in der ursprünglichen Form gestattet, unter der Begründung, daß die Behörde „nicht ins Fache gezogen werden dürfe“. Der harmlose Vortrag fand unter hoher polizeilicher Bewachung statt; ja, es schien, als habe die Polizei die Versammlung einzukerkern, denn Leutnant E. nahm mit seinem Geleit am Vorstandstisch Platz, und die beiden Beamten füllten die kleine Rednertribüne vollständig aus. Dagegen protestierte Dr. Müller in erregter Weise; es half aber nichts. Da kam eine Dame auf den Augen Einfall, schnell eine Rednertribüne auf der anderen Seite des Saales herzurichten. So geschah es, und die Versammlung drehte prompt der hohen Obrigkeit den Rücken zu, ganz gegen den schuldigen Respekt, aber nochedrungen natürlich. „Viel Lärm um nichts“, konnte man hier auch sagen, denn der Vortrag selbst war herzlich unbedeutend. Dr. Müller ist Spiritist und konnte mit seinen alten Spulgeschichten keinen Eindruck machen. Im Gegenteil lehnte sich der gesunde Menschenverstand vieler Zuhörer dagegen auf, was den Redner sehr zu kränken schien. Dr. Müller hatte bekanntlich vor einiger Zeit behauptet, daß die Kriminalpolizei sich auch des Spiritismus bediene, um Verbrechern auf die Spur zu kommen, aber die Kriminalpolizei hatte diese Behauptung als ganz und gar unbegründet zurückgewiesen. Nun erwartete man, daß der Redner auf diese Sache näher eingehen würde, aber um der Gerechtigkeit willen sei konstatiert, daß er nichts Überzeugendes für seine Behauptung vorzubringen wußte. In dem Verlaufe, in dem die Kriminalpolizei geriet, ist sie aber selbst faul, denn Dr. Müller erzählte, wie Kriminalbeamte ihren Ill mit ihm trieben und seine Kenntnisse über den Spiritismus auf die Probe stellten. Er erzählte auch, daß er Beziehungen zu Ministern und Generälen habe und daß der Spiritismus in der Umgebung des Kaisers sehr beliebt sei. Von der Wichtigkeit des Spiritismus für die Kriminalpolizei ist er überzeugt, aber eine Wirkung könnte da nur erzielt werden durch eine „Sitzung über dem Grabe“. (Na, das genügt!) Die Hauptaufgabe des Spiritismus ist nach Dr. Müller, gegen die materialistische Weltanschauung vorzugehen. Auf die Sozialdemo-

kratie hatte er es auch abgesehen, aber es lohnt nicht, darauf einzugehen. — Die Spiritisten verlangen, grümmig ernst genommen zu werden, aber sie wissen nicht, wie schwer das ist. In einem anderen Sinne, als Förderer des Aberglaubens, wären sie allerdings ernst zu nehmen, aber das Gift der Lächerlichkeit erweist sich noch immer am wirkungsvollsten, um die Massen zu schützen. Bei der abgestumpften Intelligenz der sogenannten höheren Kreise der Gesellschaft findet der Spiritismus schon eher fruchtbaren Boden, wo seine Giftpflanzen gedeihen.

**Nahrungsvorgaben** haben den 40jährigen Kaufmann Richard Schilbnacht in den Tod getrieben. Sch. der Vater von fünf Kindern, war in einem Futterengeschäft als Reisender angestellt gewesen. Anfang dieser Woche verschwand er plötzlich. Im Grunewald ist jetzt die Leiche des Bedauernswerten aufgefunden worden. Sch. hat durch einen Revolververstoß seinem Leben ein Ende bereitet.

**Zahlreiche Ausweisungen** zugewanderter Russen aus Berlin haben in den letzten Tagen stattgefunden. Die von der Ausweisung Betroffenen sind fast durchweg Handwerker und Arbeiter, nur verschwindend wenige Kaufleute und Handelsbesitzer. Bei einem Teile der Ausgewiesenen ist vollständige Mittellosigkeit die Ursache der polizeilichen Maßnahme, bei anderen wurden die nachgewiesenen Substanzmittel für ungenügend erachtet; einzelne Russen wurden jedoch auch angewiesen, das preussische Staatsgebiet innerhalb einer bestimmten Frist zu verlassen, obwohl sie hier in Fabriken und größeren Werkstätten Beschäftigung gefunden hatten. Manche von den Ausgewiesenen waren bereits jahrelang in der Reichshauptstadt ansässig, einer z. B. wohnte seit sechs Jahren unbeanstandet in Berlin. In hiesigen Russenkreisen wird behauptet, daß keiner der Ausgewiesenen, unter denen sich auch verschiedene Frauen befinden, politisch hervorgetreten ist.

Wohl in keinem Lande ist das Asylrecht so eingeschränkt, wie in Preußen. Preußen geht eben „überall voran“.

**Zu dem Raubmord in Reinickendorf** haben wir schon berichtet, daß der Verdacht der Polizei, die Schwiegertochter könne als Täterin in Betracht kommen, sich als haltlos erwiesen habe. Uns wird mitgeteilt, daß die durch eine Korrespondenz verbreitete Nachricht, nach der bei Frau Gordy ein Betrag von 900 M. in Gold gefunden worden sei, unrichtig ist. Es sei auch nicht richtig, daß das junge Ehepaar vor etwa vier Jahren die jetzt Ermordete in ihrer Wohnung überfallen und ihr 400 M. bares Geld abgenommen habe. Auch eine Reihe anderer Einzelheiten, die über diese Sache verbreitet wurden, seien unzutreffend. Wir haben in unserem Blatt nur zum Teil von den vielen Mitteilungen, die über diese Tat verbreitet wurden, Notiz genommen, nichtdeshalbweniger halten wir es für die vornehmste Pflicht der Presse, wenn ein Verdacht sich unrichtig erweist, dafür Sorge zu tragen, daß der Betroffene auch wieder rehabilitiert wird. Vor einem Verdacht kann sich niemand schützen und wenn Frau Gordy das Unglück hatte, in einen so schweren Verdacht zu geraten, so ist das recht bedauerlich. Hoffentlich gelingt es, den oder die Täter zu ermitteln und somit weiten Kreisen die Unschuld der Frau Gordy darzulegen.

**Kollidie und ihre Fehler.** Von der Kriminalpolizei wurde gestern eine stattliche Fehlerbande unschädlich gemacht. Den Verhafteten wurde gleichzeitig die Deute im Werte von 35 000 M. abgenommen.

Es handelt sich um das Nachspiel zu einem dreifachen Wagen-diebstahl, der am 17. November v. J. Unter den Linden an der Ecke der Friedrichstraße verübt wurde. Wie wir seinerzeit mitteilten, verschwand dort nachmittags um 4 Uhr ein dem Berliner Speditiverein gehöriger Wagen mit einer Ladung im Werte von 35 000 M. Man erfuhr, daß ein früherer Schlächter und Kutscher Hermann Woche und der Lumpenhändler Karl Jentsch aus der Weberstraße die Diebe waren. Jentsch hat in der Weinstr. 5 einen Lumpenseller und ein Möbeltransportgeschäft. Mit ihm stand Woche in Verbindung. In die „Verfälschung“ konnten sie einstweilen nicht denken, denn der Speditiverein schickte eine Belohnung von 1000 M. aus, und Zeitungen und Anschlagzettel veröffentlichten eine Beschreibung der gestohlenen Waren. Für später aber bereiteten sie den Abzug vor, indem sie sie an die Produkthändlerin Wandree in der Raunynstr. 65, den Handelsmann Walter Wandree in der Alten Jakobstr. 1, die Händlerin Anna Martin in der Münzstr. 8 und den Handelsmann Hermann Kupferstein, der in der Androoststr. 39 wohnt und in der Lindenstr. 15 seinen Geschäftsfelder hat, unter der Hand verteilten. Die Kriminalpolizei kam aber auch hinter diese Erhebungen. Nachdem sie den Verbleib der Deute festgestellt hatte, fielen mehrere Beamte zu gleicher Zeit gestern bei allen Händlern ein und nahmen ihnen den Raub wieder ab. Jentsch leugnete erst. Als er aber sah, daß die Kriminalpolizei genau Bescheid wußte, legte er ein Geständnis ab. Von ihm erfuhr man, daß einige Sachen an einen Handelsmann und Privatleute in Rixdorf verkauft waren. Auch diese wurden ermittelt. Jentsch und seine Fehler wurden heute dem Untersuchungsrichter vorgeführt. Woche ist entkommen.

**Einen halben Silberrubel statt Zweimarkstücke.** Jedenfalls auf einen Gauerntrick ist seit einiger Zeit das Zirkulieren russischen Geldes im Südosten der Stadt zurückzuführen. In Geschäften, Restaurationen usw. werden die Inhaber vielfach dadurch geschädigt, daß sie statt der Zweimarkstücke halbe Silberrubel in Zahlung bekommen. Die fremden Geldstücke sind unseren Zweimarkstücken zum Verwechseln ähnlich, und nur bei eingehender Prüfung ist der Unterschied zwischen den beiden Geldmünzen zu bemerken. Während der Raub unserer Zweimarkstücke geächtet ist, ist derjenige der Silberrubel glatt. Der Wert des letzteren Geldstückes beträgt nur 1 05 M. Es kann also vor Entgegennahme von Zweimarkstücken gewarnt werden.

**Dem Berliner Zoologischen Garten** sind dieser Tage zwei junge Löwen aus Deutsch-Ostafrika als Geschenk zugegangen, die im großen Raubtierhause untergebracht sind. Der eine, ein männliches, jetzt elf Monate altes Stück, ist von Herrn Oberleutnant Schwarz dem Garten in dankenswerter Weise geschenkt worden, während eine um drei Monate jüngere Löwin von Herrn Leutnant Fischer mitgebracht wurde. Beide Tiere sind als wenige Tage alte Junge in die Hände der genannten Herren gefallen und in der liebevollen Pflege der letzteren zu reizend zahmen und zutunlichen Geschöpfen geworden, die sich hoffentlich zu ebenso kräftigen und starken Prachtstücken weiterentwickeln, wie der vor zehn Jahren dem Garten von dem desforbenden Major v. Wignam mitgebrachte Löwe.

**Gerichts-Zeitung.**

Eine „Engelmacherin“ stand gestern in der Person der schon bezahlten Frau Piathege geb. Krüger vor dem Schwurgericht des Landgerichts I. Die Angeklagte wurde beschuldigt, das ihr in Pflege gegebene uneheliche Kind eines Fel. G. derart gemißhandelt und verachtloß zu haben, daß hierdurch der Tod des 3½-jährigen Mädchens eingetreten ist. Das Bild, das die Verhandlung von dem Elend, in welchem die sogenannten Ziehkinder bisweilen leben, bot, war ein tiefstauriges. Das Kind befand sich ursprünglich in guter Pflege, wo es gut versorgt und sauber und in ausgezeichnetem Ernährungszustande gehalten wurde. Die Pflegemutter erkrankte jedoch und so kam das Kind zu der Angeklagten. Hier wurde es, wie die Beweisaufnahme ergab, in der brutalsten Weise behandelt: es kam in kein Bett, mußte auf dem Fußboden, oft ohne jede Unterlage, schlafen. Eine operierte „Gasenscharte“, an der das Kind litt, war derart vernachlässigt, daß dem unglücklichen Geschöpf, das als ein hübsches, freundliches, artiges Kind geschildert wurde, der Eiter aus Mund und Nase lief. Als die Angeklagte dem Kinde auf Anregung einer Nachbarin ein Tuch zum Abwischen reichte, schlug sie das Kind damit vorher fertig ins Gesicht. Nachbarleute hörten fast ständig Lärm und Geräusch, als ob das Kind gegen die Korridorwände gestoßen würde. Das Fallen von fließenden

Schlägen wurde den ganzen Tag wahrgenommen, das Weinen und Schreien des Kindes war so arg, daß eine Nachbarin bitten ließ, die Fenster der Wohnung zu schließen, da es sonst nicht zum Aushalten sei. Das Kind habe furchtbar geschrien, bis in die letzte Zeit hinein, wo es nur noch habe wimmern können. Wie es scheint, hat schließlich der Bräutigam der Tochter der Angeklagten, der mit der Einwilligung seiner künftigen Schwiegermutter zu kämpfen hat, den Stein ins Rollen gebracht, und auch die eigene Tochter hat bei ihrer ersten polizeilichen Vernehmung die Missetaten ihrer Mutter vollumfänglich bestätigt, bei weiteren Vernehmungen aber ihre Aussage verweigert. Bei dieser Weigerung verließ sie auch im gestrigen Termin. Am 24. August v. J. wurde das Kind in das Krankenhaus am Friedrichshain gebracht und nach am gleichen Tage, Dr. Verlorenst, Assistent am Krankenhaus, schilderte den Befund, wie er sich bei der Aufnahme ins Krankenhaus zeigte: das Kind war fast pulslos, in höchst elendem Zustande, es ist gestorben an einer Kopfverletzung, die durch Stoß, Schlag oder dergleichen entstanden sein muß. Die beiden Sachverständigen, die die gerichtliche Leichenschauung vorgenommen haben, Geh. Rat Prof. Dr. Straßmann und Medizinalrat Dr. Hoffmann, konnten diese Angaben nur bestätigen. — Die Angeklagte verweigerte, alle gegen sie erhobenen schwereren Beschuldigungen als Verleumdungen hinzustellen, die Beweisaufnahme fiel aber vollständig zu ihren Ungunsten aus. — Der Staatsanwalt beantragte fünf Jahre Zuchthaus. Der Gerichtshof berücksichtigte die bisherige Unbescholtenheit der Angeklagten und erkannte auf vier Jahre Gefängnis.

**Leuh und Harden** gaben sich gestern ein Rendezvous vor dem Schöffengericht in der seit etwa neun Monaten schwebenden Privatklage. Leuh hält die Kritik, die ihm Harden, Harden die, die ihm Leuh hat drücken lassen, für eine Beleidigung. Nach vielem Hin und Her kam es abermals zu einer Vertagung, damit die durch Anwälte vertretenen Parteien ihre Klagen erst vorbereiten.

**„Matin“ und „Mündener Neueste Nachrichten“.** Der Pariser „Matin“ lud der verantwortlichen Redakteur der „Mündener Neuesten Nachrichten“ vor das Mündener Schöffengericht, weil diese dem „Matin“ den Vortritt der Geisteslosigkeit, der Schamlosigkeit, der Vorkensmondbildung und nichtwürdigen Ausnutzung seiner Beziehungen zu dem Minister Delcassé gemacht und eine all-gemein ungünstige Kritik der Charakteristik des „Matin“ gegeben hätten. Das Gericht wies den Kläger unter Freisprechung des Redakteurs der „Mündener Neuesten Nachrichten“ ab.

**Weltgehendes Strafgesetzbuch gegen Fortbildungshörer.** Das auf Grund des § 120 Absatz 3 der Gewerbe-Ordnung für Rathhaus erlassene Ortsstatut betreffend die Fortbildungsschule, verbietet in seinem § 4 den Schülern jeden Unfug und jedes Lärmen auf dem Wege nach und von der Fortbildungsschule. Das Kammergericht erklärte anlässlich eines Strafverfahrens gegen den Fortbildungsschüler Meves, das auf Grund des Ortsstatuts und des § 150 der Gewerbe-Ordnung eingeleitet war, diese Bestimmung für rechtsgültig, da auch das Verhalten der Fortbildungsschüler auf dem Wege nach und von der Schule unter die autoritative Kontrolle der Schulbehörde gestellt werden könne. Das Kammergericht billigte demgemäß an sich die Anwendung der Strafvorschriften der Gewerbe-Ordnung und verwies die Sache lediglich wegen der Wahl eines falschen Strafmaßes noch einmal an das Landgericht Danzig zurück.

**Der „Simplicissimus“ vor dem Reichsgericht.** Die Verurteilung zu nur 1000 M. Geldstrafe gegen den russischen Fürsten Koffhuber, für dessen Fußritte die schamlosen Darstellungen des „Simplicissimus“ als Milderungsgrund angeführt waren, hatte der „Simplicissimus“ durch Wort und Bild kritisiert. Das sächsische Ministerium erblühte in der wichtigen und scharfen Kritik eine Beleidigung des Dresdener Schöffengerichts und stellte beim Stuttgarter Landgericht gegen den für diese Sünde verantwortlichen Redakteur Julius Fimmelogel Strafantrag. Dies erkannte am 26. Juni auf Verurteilung. Das Reichsgericht vertwarf am Donnerstag die Revision.

In einer zweiten Revisionsinstanz, in der der „Simplicissimus“ vom Reichsgericht Recht erhielt, wurde die Verurteilung des Urteils auf den 22. d. M. aufgehoben. Es handelt sich in diesem Falle um das formvollendete Thomaseeigentatgedicht, das den Eigentäten Wobn für seine Person und den Oberkrieger für den Eigentäten Weber und alle auf dem Kölner Kongress beteiligten Geistlichen zur Strafantragstellung betrug. Das Stuttgarter Landgericht verurteilte Fimmelogel zu 200 M. Thoma zu 6 Wochen Gefängnis. Vor dem Reichsgericht bezeichnete der Reichsanwalt die Frage, ob Beleidigung in Beziehung auf den Beruf vorliege (nur für diesen Fall hätte eventuell der Oberkrieger ein Strafantragsrecht) für zweifelhaft. Das Gericht, in dem die Sünden gegen die vielen Geistlichen verbrochen sein sollten, bezog sich sich bekanntlich auf jegliche Dinge.

**Briefkasten der Redaktion.**

**Spandau, Grunewaldstr. 99.** 1. Drei bis vier Jahre Volksschule (je nach dem Ort), neun Jahre Gymnasium, mindestens drei Jahre Universität. 2. Auf dem Gymnasium jährlich 10—20 M. für Bücher, Hefen usw. 3. Auf der Universität jährlich 1200 M. für Lebensunterhalt, Studium usw., wenn er sich einschränken kann. 4. Wer viel Unterricht gibt, kann viel verdienen, aber — nicht studieren. 5. Realchule hat sechs Jahresstufe. 6. Beamter, Lehrling, Kaufmann. 7. „Einkaufslöhne“ ist wohl keine richtige Stellung, „Politik unabhängig“ kann noch am besten der Kaufmann sein. — **Ziegenhans.** 1. Annonce oder Stellenvermittlungsbureau. 2. Bielefeld. Aber ein Kranke zur Arbeit? 3. Reist 30 M. pro Monat. 4. Nur nach Recherche. 5. An die Kreispflege-Deputation, an das Stiefenhaus-Kuratorium, beide im Rathhaus.

**Berliner Marktpreise.** Aus dem amtlichen Bericht der städtischen Marktschalen-Direktion. Ambletsch 1a 63—66 pr. 100 Pfund, 11a 54—62, 11a 49—53, 1Va 39—47, Ralbletsch 1a 82—90, 11a 65—80, 11a 55—64, Dammelsch 1a 62—73, 11a 56—62, Schweinesch 72—77, Rotwils Pfund 0,40—0,60, Damwils 0,58—0,70, Haken Stück 3,75—3,85, Kaninchen Stück 1,00—1,15, Hühner pro Stück, alte 1,60—2,80, junge 1,25—1,70, da 11a 0,00—0,00, Tauben, junge 0,35—0,70, alte 0,40—0,50, Enten, Stück 2,40—3,00, Gänse pr. Bd. 1a 0,70, 11a 0,90—0,90, russische 0,35—0,60 M., Schellfische 33—34 M., Humber 12—17 M. pro 100 Stk., Hechte 100—115 M., Schlei, unsort. 0,00 M., Kalle, groß 0,00, mittel 103—107, Köpfe 64—67, Karpfen 71—72,00, Regenwurm 675,00, Seelachs 20—25 pr. 50 Stk., Schollische Vollheringe (gefilzt) 40—44 M., Eier, Schod 4,00, Winter pro 100 Pfund 11a 118—120, 11a 114—118, 11a 110—114, abfallende 00—00, Kartoffeln pr. 100 Stk. rote 2,00—2,20, Roten 0,60—0,90, Klause 0,00—0,00, runde weiße 1,80—2,00, Hirsenstahl pr. Schod 7,00—12,00, Weizenst. pr. 100 Stk. 2,75—3,25, Kollold pr. Schod 6,00—10,00, Kohl 14—15 M., Saure Gurken, Schod 2,00 M., Pfeffergurken 2,00 M.

**Witterungsbericht vom 9. Februar 1906, morgens 8 Uhr.**

Stationen	Barometer-höhe mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Stationen	Barometer-höhe mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter
Stettin	742	SW	3	Schnee	Dapranba	730	S	6	bedeckt
Danzburg	743	SW	2	bedeckt	Petersburg	756	SD	2	bedeckt
Berlin	744	SW	4	wolfig	Scilly	764	SW	3	wolfig
Kranf a M	750	SW	2	wolfig	Aberdeen	750	SW	6	heiter
München	751	SW	6	Schnee	Paris	756	SW	3	heiter
Wien	750	SW	1	bedeckt					

**Wetter-Prognose für Sonnabend, den 10. Februar 1906.** Gleichmäßig kalt und veränderlich, vielfach wollig mit Niederschlägen mit heißen nordwestlichen Winden.

**Berliner Wetterbureau.**

**Wasserstand** am 8. Februar. Elbe bei Aßig + 0,07 Meter, bei Dresden — 1,23 Meter, bei Ragdeburg + 1,79 Meter. — Unstrut bei Strankfurt + 1,50 Meter. — Ober bei Rathor + 1,03 Meter, bei Dresden Oberpegel + 4,98 Meter, bei Dresden Unterpegel — 1,16 Meter, bei Frankfurt + 1,77 Meter. — Weichsel bei Deutschenthal + 3,38 Meter. — Warthe bei Josen + 1,94 Meter. — Nege bei Wsch. — Meter.